

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 3 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telefon 2721.
Sprechstunden: 6—7 Uhr abends.

Anzerate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Anzeraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Anzerate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Kredit und Bank.

* Leipzig, 19. Juni.

Schon vor mehr als fünfzig Jahren ist der Versuch gemacht worden, die moderne Volkswirtschaft durch die Bezeichnung Kreditwirtschaft genauer zu charakterisieren. Man glaubte dabei mit der Stufenfolge von Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft den allgemeinen ökonomischen Entwicklungsgang angedeutet zu haben. Daß dieser Dreiteilung das logische Gefüge fehlte, hat Marx im zweiten Bande seines Kapitals nachgewiesen. Wohl hebt sich ein Wirtschaftszustand, in dem nur direkter Tausch von Sachgütern (Naturalien) der Produktion für den Selbstbedarf zu Hilfe kommt, scharf ab von der Periode, wo durch Dazwischentreten des Geldes der Händewechsel von Produkten sich vollzieht, die von vornherein für den Verkauf und zum Gelderwerb hergestellt worden sind. Aber die sogenannte Kreditwirtschaft ist selbst nur eine Form der Geldwirtschaft. Der Kredit schiebt zwar die schuldige Geldzahlung hinaus, aber das Geld bildet doch Ausgang und Ziel jedes Kreditgeschäfts. Und der Sammer ist groß, bleibt einmal nach einer Kreditoperation tatsächlich das Geld aus. Mit obiger Einschränkung kennzeichnet der Ausdruck Kreditwirtschaft immerhin — und heutzutage noch besser als vor einem halben Jahrhundert — die Phase des Kapitalismus, in der in alle menschlichen Verkehrsakte der Kredit sich einschleicht, d. h. unzählige Leistungen im Vertrauen (Kredit) auf die „später zu erfolgende Gegenleistung“ geschehen. Auf der realen Geldbasis türmt sich dann der nach Höhe und Breite gewaltige Kreditüberbau.

Wie man auf die Funktionen des eigenen Körpers erst durch anormalen Verlauf und schmerzhaftige Störungen aufmerksam gemacht wird, so treten auch die Triebkräfte und Cirkulationsprozesse im Wirtschaftskörper erst in das Blickfeld des allgemeinen Interesses, wenn eine Katastrophe ihren gewöhnlichen Gang unterbricht. Der Leipziger Bankkrach des Vorjahres mit seinen volks- und privatwirtschaftlichen Folgeerscheinungen, von denen ja auch die Arbeiterwelt durch Entlassungen, gedrückte Löhne u. zu schmecken bekam, legt Erörterungen über das Wesen des Kredits und die Aufgaben der Bank nahe. Die graue Färbung theoretischer Auseinandersetzung gewinnt durch das grellfarbige Sozialfotograf für den Laien Anziehungskraft.

Die Rolle des Kredits im Proletariatsdasein, wobei es sich ja ausschließlich um sogenannten Konsumkredit (Kredit zur Beschaffung des Lebensunterhalts) handelt, lassen wir beiseite. Wie folgenreich dieser Kredit beim Krämer, Bucherer, Pfandleiher u. für den Arbeiterhaushalt auch werden kann, er ist nichts für die kapitalistische

Wirtschaftsweise Spezifisches. In dieser gewinnt der Kredit erst seine Hauptbedeutung in der Gewährung von industriellen Darlehen, sei es in Waren oder Geld. Nicht jede beliebig große Geldsumme kann profitbringende Produktion kommandieren. Je nach dem Gewerbszweig, in dem ein Kapital Anlage finden soll, und je nach dem durch die Konkurrenzunternehmungen erzwungenen betriebstechnischen Entwicklungsgrad ist dem Kapital ein Minimum an Umfang vorgeschrieben, unter dem es nicht aktionsfähig werden kann. Da macht sich dann Vereinigung vieler Kapitalien in Aktiengesellschaften oder Aufnahme fremder Gelder nötig. Der Kredit tritt auf den Plan, stampft Fabriken, Eisenbahnen, Bergwerke, Häuser aus dem Boden — er „gründet“.

Der Ruin der Leipziger Bank ist ja bekanntlich durch die Beteiligung an den wahnwitzigen Gründungsschwindelen der Kasseler Trebergesellschaft herausbeschworen. Ein ganzer Mattenkönig von Fabriken waren von dieser zum Teil unter Assistenz der Leipziger Bank ins Leben gerufen. Das gute Geld der Bankaktionäre und Bankgläubiger verwandelte sich in Treberaktien und deren prophezeite Dividenden — in blauen Dunst.

Man begreift kaum, wie so etwas möglich sein konnte. Selbstverständlich ist nicht jede „Gründung“ faul. Aber die zweifelhaftesten Geschäfte monopolisiert schon die Großfinanz, den mittleren und kleinen Bankinstituten werden dadurch die riskanteren und unsicheren Geschäfte zugewiesen. Haben sie sich durch diese gründlich ruinieren, dann erscheinen wieder die Großbanken und nisten sich, wie die Deutsche Bank im Heim der Leipziger Bank, ein. Auch ein Kapitel aus der Konzentration der Kapitalien und der Betriebe!

Neben dem Gründungs- und Anlagekredit stehen nun weitere Kreditgeschäfte, die eng mit dem Betrieb einer Unternehmung zusammenhängen. Das industrielle Kapital durchläuft einen steten Kreislauf als: 1. produktives Kapital (Roh- und Hilfsstoffe, Maschinen- und Arbeitskräfte, alles was zur Produktion nötig ist); 2. Warenkapital (Erzeugnis der Produktion); 3. Geldkapital (Warenerlös). Dieser Kreislauf kann sich nur mittels des Kredits regelmäßig vollziehen. Die gewöhnliche Form dafür ist der Wechselkredit, der um so wichtiger für die Waren- und Geldzirkulation wird, je räumlich und zeitlich ausgedehnter diese ist. Erniedrigt die Ziehung von Wechseln dem Industriellen, seinen Betrieb stetig fortzusetzen, so kann er andererseits auch einen Wechsel schon vor dem Zahlungstermin zu Gelde machen, indem er ihn durch einen Geldmann diskontieren läßt. Er erhält dafür die Wechselsumme ansbezahlt abzüglich einer Provision und der Zinsen für die Summe, die ja bis zum Verfalltag des Wechsels aus dem eigenen Vermögen des

Geldgebers geliehen erscheint. Dieses Diskontgeschäft bildet einen Hauptteil des gewöhnlichen Bankbetriebes; es gehört neben der Beleihung von Pfändern (Lombard) oder von Immobilien (Hypotheken) zu den Aktiengeschäften der Bank, bei denen also die Bank als Gläubiger erscheint. Das Geld, womit die Bank diese Geschäfte abwickelt, ist zum geringsten Teil das eigene Aktienkapital, sondern zumeist Geld, das die Bank sich durch Passivgeschäfte verschafft. Der Kredit hilft dem Industriellen nicht nur über augenblicklichen Mangel an Vermitteln hinweg und überbrückt die Entfernungen in Raum und Zeit, die der Warentransport und -Abzug zu durchmessen hat, er spielt auch bei zeitweiligem Ueberfluß an Geldmitteln eine große Rolle. Geld zinslos daliegen zu sehen, ist jeder Unternehmerseele ein Greuel, und unbedeuten ist auch das Risiko der Aufbewahrung. Da versucht der Fabrikant aktive Kreditgeschäfte mit seinem Geld zu machen, es einem anderen resp. der Bank zur Nutzung zu überlassen. Schließlich erscheint es ihm überhaupt ungewinnlich, für alle vorkommenden Fälle volle Kasse zu halten. Er überträgt die Abwicklung seiner Geldgeschäfte der Bank, die noch für viele andere diese Funktionen der Ein- und Auszahlungen übernimmt. Alle Beteiligten haben bei der Bank laufendes Konto (Contocorrent), und der Geldverkehr zwischen den Contentinhabern (Girokunden) vollzieht sich dann zum größten Teil sogar ohne Wechsel- und Geldzirkulation u. einfach durch Ueberweisung in den Büchern.

In der Form des Deposits erhält die Bank von ihren Bankkunden Wertgegenstände, Wertpapiere, Geldbestände u. Da das Deposit jederzeit zurückforderbar ist, muß die Bank für Deckung sorgen. Und hieraus ergibt sich fast von selbst das wichtigste Prinzip der Bankpolitik, zwischen Aktiv- und Passivgeschäften der Bank Gleichgewicht zu halten. Würde eine Bank regelmäßig auf lange Fristen verleihen und auf kurze entleihen, so wäre sie bald außerstande einlaufende Forderungen zu begleichen. Ebenso erscheint es gefährlich für die Bank, fast alles Geld an einen Ort zu verleihen. Das Risiko des Verlustes schwilt dadurch bedenklich an. Das Treberverhältnis der Leipziger Bank redet auch hier eine laute Sprache.

Bei der Bedeutung des Bankwesens für die kapitalistische Volkswirtschaft erscheint die Sicherheit der Bank von größter Wichtigkeit. Je mehr sich die Bank auf die eigentlichen Bankgeschäfte beschränkt, um so sicherer steht sie, die Aktionäre können dann aber auf eine allzureichliche Dividende schwer rechnen. Die Leipziger Bank hielt bis zur Aera Exner äußerst konservativ am ausschließlichen Contocorrent- und Diskontgeschäft fest. Der Wunsch, das Institut rasch in die Höhe zu führen, das Streben nach großem Gewinn für Aktionäre und Verwaltung legt dagegen Spekulation nur allzu nahe,

Seuilleton.

2]

Ein Doppelgänger.

Von Theodor Storm.

Und schon in der Frühe des anderen Morgens, als noch die Taupropfen auf den Blättern lagen und die ersten Vogelstimmen am Wege aus den Büschen riefen, befand ich mich auf der Wanderung. Nachdem ich etwa eine Stunde, zuletzt an einem Eichenwald entlang, gegangen war, bog ich gemäß der empfungenen Weisung in einen breiten Fahrweg ein, der zur Linken unter die schattigen Wipfel durchführte. Bald mußte ich den Weg sich öffnen und das Heimwesen meines neuen Freundes vor mir liegen sehen! Dann, kaum eine Viertelstunde weiter, kam aus der großen Waldesstille ein Geräusch wie von wirtschaftlichem Leben mir entgegen; die Schatten um mich hörten auf, und ein blinkender Licht und jenseits desselben ein altes, stattliches Gebäu mit mächtigem Girschegeviß über dem offenen, auf einer Treppenplatte befindlichen Thore lagen in der lichten Morgensonne vor mir; ein wilder Geseß von wenigstens einem halben Dutzend großer und kleiner Jagdhunde erhob sich und verstummte plötzlich auf einen gellenden Pfiff.

„Grüß Gott und tausendmal willkommen!“ rief, statt dessen die mir schon bekannte Männerstimme; und da kam er selbst aus dem Hause, die Stiege herab und um den kleinen Teich herum; aber nicht allein: eine zarte Frau, fast mädchenhaft, ging an seinem Arm; doch sah ich im Näherkommen wohl, daß sie den Vierzig nahe sein müsse. Sie begrüßte mich, indem sie fast nur die Worte ihres Mannes wiederholte; aber ein Zug von Güte um

den halb geöffneten Mund, der noch ein Weilschen in dem stillen Angesicht verblieb, ließ keinen Zweifel an ihrer Echtheit aufkommen. Während wir dann miteinander dem Hause zugehen, fiel es mir auf, wie sie mitunter ihren Arm auf seinem ruhen ließ, als wollte sie ihm sagen: „Du trägst mein Leben, und Du trägst es gern; Dein Glück und meines sind dasselbe!“

Als wir dann drinnen in dem bürgerlich schlichten Zimmer beim Morgenkaffee saßen, den man für mich aufgeschoben hatte, legte der Oberförster sich behaglich in seinen Lehnstuhl zurück. „Christinchen,“ sagte er, mich und seine Frau mit einem schelmischen Blicke streifend, „ich habe Dir einen lieben Gast gebracht, von dem ich gleichwohl weder Namen noch Stand weiß; er mag uns beides sagen, wenn er uns verläßt, damit wir ihn doch wiederfinden können: es ist so tröstlich, auch einmal mit einem Menschen und nicht eben mit einem Herrn Geheimen Ober-Regierungsrat oder einem Bienenant zu verkehren.“

„Nun,“ sagte ich lachend, „Qualitäten habe ich nicht zu verhehlen“; als ich dann aber mit dem Hinzufügen, daß ich ein schlichter Advokat sei, meinen Namen nannte, wandte sich die Frau wie überrascht mir zu, und ich fühlte, wie ihre Augen flüchtig auf meinem Antlitze weilten.

„Was hast Du, Frau,“ rief der Oberförster; „der Advokat ist mir schon recht!“

„Mir auch,“ sagte sie und reichte mir eine Tasse Kaffee, dessen Duft mich mit allem einverstanden sein ließ. Sie war noch einmal aufgestanden, kehrte aber, nachdem sie eine Handvoll Brosamen aus dem offenen Fenster geworfen hatte, auf ihren Platz zurück. Draußen stürzte sich, einem Blatzregen gleich, eine Flucht von Tauben von dem Dache auf den Boden herab; aus den Bänken

vor dem Hause kamen die Sperlinge dazu, und ein lustiger Tumult erhob sich.

„Die haben's gut!“ sagte lachend der Oberförster, mit dem Kopfe nach dem Fenster winkend; „seit unser Paul in Ruhla ist! Sie kann es nicht lassen, den allzeit Hungerigen Brosamen auszustreuen; sei es nun der Bub, oder seien es nur unseres Herrgotts Krippenfreßer!“

Aber die Frau setzte ruhig ihre Tasse von dem Munde: „Der Bub allein? Ich dachte, der Vater wäre auch wohl dabei!“

„Komm, Alte,“ rief der Oberförster; „ich merke doch, Du bist mir zu geschäftig; wir wollen Frieden machen!“

Wir plauderten weiter; und wenn das liebe Frauenantlitze sich zu mir wandte, konnte ich es mir nicht ver sagen, nach bekannten Zügen darin zu suchen; allein obgleich ein paarmal, wie im Fluge, als wolle es mir helfen, das frühere Kinderantlitz mich daraus anzublicken schien, ich mußte mir dennoch sagen: „Die kennst du nicht; du hast sie nie gesehen.“ Ich lauschte dann auch ihrer Sprache, aber weder die uns heimische Verwechslung verwandter Vokale, noch die von solchen Konsonanten kam zum Vorschein; nur ein paarmal meinte ich das scharfe S vor einem anderen Konsonanten zu vernehmen, dessen ich selbst freilich mich längst entwöhnt glaubte.

Am Vormittage ging ich mit dem Oberförster in den umliegenden Wald; er wies mir seine Hauptschlöße, die mit uralten und mit kaum fingerhohen Eichen, und entwickelte mir eindringlich sein System der Waldkultur; wir sahen einen Hirsch mit sechzehn Enden und ein paar Rehe; aus einem schlammigen Sumpe schielte sogar der schwarzbraune Vorstehkopf eines Weilers aus seinen eng geschliffenen Augen nach uns hinüber. Wir gingen ohne Hunde; „nur ruhig weiter!“ mahnte mein Geleits-

Durch Beteiligung an industriellen Unternehmungen, durch Gründung neuer Werke sucht die Bank das Glück an ihren Wagen zu fesseln. Gelingt die Spekulation, so fragt kein Mensch nach den geraden oder krummen Wegen — misst sie, sind tausende von Existenzen davon betroffen.

Und der Sturz ist um so furchtbarer, als zumeist wie der Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht vom Ruin die ahnungslosen Bankkunden und Bankaktionäre trifft. Die Veröffentlichung der Bilanzen, die nach dem Handelsgesetzbuch die öffentliche Kontrolle wahrnehmen sollen, artet schon lange zu einer Komödie — und Tragödie der Irrungen des lieben Publikums aus. Die Tatsache, daß bei der Leipziger Bank eine Forderung von ca. 90 Millionen unbemerkt durch die Bilanzen schlüpfen konnte, spricht Bände, und keine anderen Leiden geben die Bilanzunfugnisse der Sünden-Banken. Aber neben der Bilanzverschleierung steht nicht minder bedenklich die fast planmäßige Verfälschung des Publikums durch die lokale bürgerliche Presse, für die ebenfalls der Leipziger Bankrott das Musterbeispiel abgeben kann. Galt doch Herr Direktor Egner noch am Tage des Communiqué den neuesten Nachrichten für ein hervorragendes Talent, dem die Presse alle Urache habe, die Wege bahnen zu helfen.

Im übrigen muß ja der begonnene Prozeß lehren, wie weit verbreiteter Leichtsinns das Unglück heraufbeschworen hatte. Sicher ist es falsch, nur Persönlichkeiten dafür verantwortlich zu machen. Die immer größere Verschleierung des Wirtschaftslebens und der immer stärkere Konkurrenz-Kampf, die Planlosigkeit der Produktion und die Einsichtslosigkeit der Kapitalistenklasse, die in der wirtschaftlichen Niederhaltung des Volkes sich selbst die Absaynkte steigert, — alles das führt zu den gewaltigen Krisen-Eruptionen des Wirtschaftslebens, die auch in den Bankrotten zu Tage treten und Proletarier und Nicht-Proletarier auf den gefährlichen Boden des Kapitalismus hinweisen.

Politische Uebersicht.

Das russische Endziel

Auch die Bonner Vorurufen haben ein Endziel. Der erste Chargierte des Corps hat es gestern beim Kaiserkommerz laut verkündet und in Gegenwart des Kaisers, der in Couleur erschienen war und dem Festkommerz mit dem Schläger präbizierte, feierlich namens des Corps gelobt, daß es dessen Endziel bleiben solle, für König und Vaterland brauchbare Männer zu bilden, ebenso wie sie auf der Mensur eine schneidige Klinge zu schlagen verjuchten. Hierauf wurde die Marcella der Bonner Vorurufen gespielt: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben.“

Da der § 201 der Reichsstrafprozessordnung den Zweikampf mit tödlichen Waffen mit einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten bedroht und die Annahme wohl ausgeschlossen ist, daß der Chargierte der Vorurufen in Gegenwart des Reichsoberhauptes zu einer Gesetzesübertretung auffordern könnte, so bleibt nur die Deutung übrig, daß die „schneidige Klinge“ nur bildlich, etwa in Uebertragung auf Biermensuren, gemeint war, was ja wohl noch gefehlich zu lässig ist, solange der Entwurf des preussischen Landtags gegen den Mißbrauch von alkoholischen Getränken noch nicht Gesetzeskraft erlangt hat.

Auch in einer Rede des Kaisers auf die Kaiserin war von einem Waffengang die Rede, der wohl eine blutige Deutung ausschließt. Der Kaiser sagte:

Wenn unsere Vorfahren zum Waffengang zusammentraten, dann blühte ein Kranz schöner Frauen auf sie herab. So lange die Geschichte deutscher Universitäten geschrieben ist, ist keiner Universität eine solche Ehre zu teil geworden, wie am heutigen Tage. Im Kreise der Studenten Bonn, umgeben von fürstlichen Damen, ist die Kaiserin erschienen, die erste Landesfürstin, die einem Kommerz der Studentenschaft beizuwohnt. Der Kaiser fuhr fort, er hoffe und erwarte, daß alle jungen Vorurufen, auf denen heute das Auge der Kaiserin ruhe, dadurch eine Weihe für ihr ganzes Leben empfangen. Die Rede schloß mit einem Salamander auf das Wohl der Kaiserin.

In Erwiderung auf die Ansprache des Erstchargierten des Corps Borussia führte der Kaiser aus:

„Von ganzem Herzen danke ich Ihnen als dem ersten Chargierten der Borussia für die Worte, die Sie mir senden namens der jungen Generation, die jetzt das Corps ausmacht, entgegen-

gebracht haben. Sie sehen um sich versammelt — der Einladungs des Corps folgend aus allen Gauen und Teilen unseres Vaterlandes herbeigekommen — die alten Herren, ein Beweis, wie fest und innig das schwarz-weiß-schwarze Band uns umschlingt. Ihr Jüngling, der Ihr noch das Leben vor Euch habt, noch den schäumenden Becher mit Freude zum Munde führt, möge bei aller innigen Fröhlichkeit und bei aller überschäumenden Kraft der Jugend doch der Tage gedenken, auf die Ihr Euch vorbereiten müßt, denn das Leben ist ein ernstes und das Vaterland bedarf der Männer. Die Jugend aber bedarf vor allen Dingen der Vorbilder, und ich glaube, daß niemand von Euch in Zweifel darüber sein wird, wenn er sich in diesem Kreise umblüht, daß Ihr dem Himmel dankbar sein könnt für alle die Männer, die aus dem Corps hervorgegangen sind, von denen ein jeder an seinem Ort, in seinem Stand und in seinem Amt dazu beitrug, unser Vaterland groß und glücklich zu machen, und dabei die Ehre unseres Landes, unseres Corps zu verherrlichen und zu erheben. Euch ist es beizulegen, Fürstenthümer unter Euch zu sehen, sie vorbereiten zu helfen, sie einzuführen in das Leben. Möge ihnen nicht nur die hellere, sondern auch die ernste Seite des Lebens klar gemacht werden. Ich aber spreche von ganzem Herzen meine Freude aus, daß es mir vergönnt ist, wieder einmal unter den jungen Vorurufen zu stehen, denn die Jugend hat den Wagemut, hat die Thatkraft, sie folgt dem Rufe, während das reifere Alter zuweilen zweifelt und zögert, dem Rufe zu folgen. Ich wünsche, daß alle, die aus dem Corps hervorgehen und das schwarz-weiß-schwarze Band tragen, stets dem Gedächtnis des ersten Chargierten des Corps getreu, dem Rufe des Königs gern folgen werden, sei es im Innern zum Wohl des Vaterlandes, sei es nach außen zu seiner Verteidigung. Wir alten Herren erheben aber die Gläser und hoffen, daß in alle Ewigkeit sich stets junger Nachwuchs finden möge, der aus diesem Corps auch ferner solche Männer hervorbringt, wie sie hier unter den alten Herren sitzen. Ich wünsche Ihnen namentlich bis ins höchste Alter denselben Schmelz, dieselbe Frische und fröhliche Thatkraft und Freude am Leben und Vaterlande, wie sie zum Beispiel Excellenz von Los zeigt. Und nun die Gläser hoch und ein donnerndes Hurra dem Corps, ein vivat, crescat, floreat in alle Ewigkeit! Hurra! hurra, hurra!

Bisher war die Welt, in Uebereinstimmung mit den Worten des Psalmisten und den Erfahrungen der Geschichte, wenig geneigt, irgend einer menschlichen Institution Ewigkeitsdauer zuzubilligen. Für die Bonner Vorurufen wird der revolutionäre „Rahn der Zeit“ wohl auch keine Ausnahme machen; wohl aber glauben wir gerne, daß sie ihrem hohen Endziel nachjagen werden — in alle Ewigkeit.

Reine lox Leipzig!

Der deutsche Gewerkschaftskongress hat es abgelehnt, sich der Fraktion Döblin-Reghäuser zur Rechtfertigung und Vollenbung ihrer Gewaltpolitik zur Verfügung zu stellen. Die Frage der Vertretung der Buchdrucker im Leipziger Gewerkschaftskartell ist nun wieder offiziell, was sie thatsächlich von Anfang an war und nie aufgeführt hat zu sein, eine interne Angelegenheit des Leipziger Kartells, eine lokale Sache der Leipziger Gewerkschaften. Die Beschlüsse des Kartells in untergeordneten Fragen lokaler Natur, so betreffs der Lokalfrage, bestehen nach wie vor zu Recht, und wenn die Leipziger Organisation der Verbandsbuchdrucker sich diesen nicht fügt, stellt sie sich dadurch selbst außerhalb des Kartellverbandes. Ebenso ist es die ganz private Gesandtschaftsache der Herren Döblin-Reghäuser, wenn diese an der Vertretung der Buchdrucker im Leipziger Kartell Anstoß nehmen und mit dieser nicht im Kartell zusammenarbeiten wollen. Die Leipziger Gewerkschaften haben gegen diese Vertretung der Buchdrucker gewerkschaftlich und persönlich nicht das geringste einzuwenden, und die unangenehmen Empfindungen eines schlechten Gewissens, mit denen die Herren Reghäuser und Genossen die von ihrem Meister Döblin aus dem Verband seiner Zeit ausgeschlossenen betrachten mögen, brauchen für die Entschliessungen der Leipziger Gewerkschaften ja nicht maßgebend zu sein. Das Blatt hat sich gewandt: Das Leipziger Kartell hat sich auf dem Gewerkschaftskongress ausdrücklich auf dem Boden des Frantfurter Kongressbeschlusses über die Tarifgemeinschaft gestellt und wird damit den Anschluß an die Generalkommission auch offiziell wieder finden. Die Leipziger Verbandsbuchdrucker aber stehen oder genauer stellen sich außerhalb des Leipziger Kartells, und weder dieses noch die Generalkommission noch endlich der Gewerkschaftskongress haben die geringste Veranlassung, sich die persönlichen Schrauben der Herren Döblin-Reghäuser irgendwie anzueignen.

Damit erübrigt sich alles Weitere von selbst, und die Herren Döblin-Reghäuser mögen nun zusehen, wie sie mit diesem Erfolg ihrer gewaltthätigen Diplomatie zu Rechte kommen!

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 18. Juni. Das Herrenhaus nahm heute das Ausführungsgesetz zum Fleischbeschau-gesetz nach ausgedehnter Debatte in der Fassung des Abgeordnetenhauses an. Dadurch werden — allerdings erst vom 1. Oktober 1904 ab — auch jene agrarischen Uebernut und agrarischer Städtefeindlichkeit entsprungenen Bestimmungen Gesetz, wonach eine zweite Untersuchung bereits einmal tierärztlich untersuchten Fleisches in den städtischen Schlachthäusern nur dann gestattet sein soll, falls das Fleisch auf dem Transport vom Lande in die Stadt in den Verdacht der Verderbenheit geraten ist. Gegen diese Maßnahme, deren einziger Zweck zu sein scheint, die Landwirte und Viehzüchter von einer unerwünschten amtlichen Kontrolle zu befreien, erhob sich eine sehr lebhaft Opposition der Oberbürgermeister, die dies rückschrittliche Verbot mit großer Ausdauer und einem reichhaltigen Material bekämpften. Besonders die Oberbürgermeister Beder-Köln, Schneider-Magdeburg und Bender-Breslau wiesen eingehend nach, daß durch diesen plötzlichen Einnahmeausfall die Schlachthäuser besonders der kleineren und mittleren Städte unrentabel werden und völlig veröden müßten, daß ferner mit diesem Verbot einer wirklich wissenschaftlichen Fleischschau die Bevölkerung den größten gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sei, da die Gesundheitsatteste der ländlichen Tierärzte oft von sehr zweifelhaftem Werte seien. Auch die Oberbürgermeister von Gilsheim, Flensburg, Thorn und Halberstadt erhoben Protest gegen diese Bestimmungen, und schließlich stimmte — erst in der Specialdebatte — auch Oberbürgermeister Kirchner-Berlin in den Chor der Mißvergünstigten ein.

Der Regierung war angesichts dieser vielstimmigen Fronde nicht recht wohl zu Mute. Herr v. Podbielski und Herr v. Rheinbaben wußten nur zu sagen, daß die Regierung, um überhaupt das Gesetz verabschieden zu können, notgedrungen diesen Bestimmungen habe zustimmen müssen. Besonders Herr v. Rheinbaben hielt mit den eigenen Beklemmungen nicht zurück: die Zeit bis zum Inkrafttreten dieses Paragraphen soll benutzt werden, um darüber zu beraten, ob nicht in dem zukünftigen neuen Schlachthausgesetz die den Städten erwachsenden Schäden wieder paralytisch werden können. Eine merkwürdige Art von Gesetzesmacherei, die eine für schädlich erkannte Maßnahme acceptiert in der vagen Voraussicht, sie später vielleicht einmal wieder unschädlich machen zu können!

Die Agrarier schwiegen konsequent; nur Graf Schlieben wagte es, die Befürchtungen der städtischen Bevölkerung als gerechtfertigt anzuerkennen, und Herr v. Dura erklärte kurz, solche Beschlüsse seien durchaus „konstitutiv“. Er hat seine Partei damit aufs schönste charakterisiert.

Das Gesetz wurde gegen einen Teil der sogenannten „Linken“, der Bürgermeister, Professoren- und Geheimratspartei, angenommen.

Dann schloß Vizepräsident Herr v. Mantuffel nach den obligaten Dankreden die Sitzung.

Am Nachmittag erfolgte die gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser des Landtags. Ministerpräsident Graf Bismarck verlas die Urkunde, durch die der Schluß der gegenwärtigen Session verfügt wird. Die übliche Loyalitätskundgebung schloß die Ceremonie, zu der sich die Mitglieder beider Häuser nur spärlich eingefunden hatten.

Die Röhre unserer sozialen Bettelstuppen.

Gestern ist in Düsseldorf unter starker Teilnahme der Vertreter der deutschen und ausländischen Regierungen der Internationale Arbeiterversicherungskongress eröffnet worden. Von den Anstrengungen des Ausstellungsbesuches erholt man sich im beschaulichen Frieden der Kongressstunden zu neuer Tätigkeit. Und die schönen Reden hat man gratis. Sie haben viel und schön gesprochen: der Geheimere Oberregierungsrat Döblin, der Graf von Posadowsky, Handelsminister Möller, Vertreter der französischen, italienischen, österreichischen und — last not least — russischen Regierung, Abgeordneter Wenner im Namen des rheinisch-westfälischen Unternehmerverbandes etc. Und der Geist und Citatenschaf Bismarcks schwebte über den Redenden. Man dokumentierte seine spirituelle Anwesenheit durch ein Begrüßungstelegramm.

mann; „und wir kommen ungefährdet wieder nach Hause.“

Nach dem Mittagessen führte mein Wirt mich eine Treppe hoch nach hinten zu in das mir angewiesene Zimmer. „Sie wollten noch Briefe schreiben“, sagte er; „hier finden Sie alles, was dazu nötig ist! Unser Junge hat hier vordem gewohnt; aber es ist kühl und still!“ Er zog mich an eines der offen stehenden Fenster: „Hier unten sehen Sie ein Stück von unserem Garten, dahinter zieht sich der Teich herum; dann dort die grüne Wiese und dann der hohe dunkle Wald — der schützt Sie vor allem Weltgeräusch! — Nun ruhen Sie vorerst sanft nach Ihren Wanderstrapsen!“ sagte er und drückte mir die Hand.

Er ging, und ich that nach seinen Worten; und die Stimmen der Grasmücken aus dem Garten und des Pirols und der Falken aus dem nahen Walde und über seinen Wipfeln aus der blauen Luft kamen wie aus immer größerer Ferne durch die offenen Fenster; dann hörte alles auf.

Ich erwachte endlich; ich hatte lang geschlafen; der Weiser meiner Taschenuhr zeigte schon nach fünf; gleichwohl mußte der Brief geschrieben werden, denn ein Knecht sollte ihn um sechs Uhr mit zur Stadt nehmen.

So kam ich erst spät wieder in das Haus hinab. Die Frau fand ich vor demselben im Linsenschatten auf der Bank, mit einer Flickarbeit beschäftigt. „Das ist für unseren Paul“, sagte sie wie entschuldigend und schob die Sachen an die Seite; „er schleift, er ist noch jung und wild; aber noch mehr gut als wild! — Und Sie haben fest geschlafen: die Sonne will schon zur Reize gehen!“

Ich frug nach ihrem Mann.

„Er hat auf eine Weile geschäftshalber fort müssen; aber er läßt sie grüßen; wir sollten nähere Bekanntschaft machen — so hat er mir gesagt — und dort die Schneise durch die Tannen hinaufspazieren; nach der anderen Seite, als wo Sie heute vormittag mit ihm hinaus waren; er wird uns dort bald finden!“

Wir plauderten aber noch eine Weile, nachdem sie auf meine Bitte ihre mütterliche Arbeit wieder aufgenommen hatte; dann, da er nicht kam, erhob sie sich. „Es wird wohl Zeit!“ sagte sie, und ein flüchtig Not ging über ihr Antlitz.

So wanderten wir denn nebeneinander auf dem Wege zwischen den hohen Tannen, dessen eine Seite noch von der Sonne angeleuchtet war. Unser Gespräch schien ganz erloschen; nur hin und wieder prüfte ich mit einem Blicke ihr Profil; aber es machte mich nicht klüger.

„Gestatten Sie, verehrte Frau“, sprach ich endlich, „daß ich die Waldstille unterbreche; es drängt mich, Ihnen eins zu sagen und Ihnen eine Frage vorzulegen; Sie wissen wohl, daß man in der Fremde doch immer heimlich nach der Heimat sucht!“

Sie nickte. „Sprechen Sie nur!“ sagte sie.

„Ich glaube nicht zu irren“, begann ich, „Sie ahnenen überaus, als ich heute morgen meinen Namen nannte. Gatten Sie ihn früher schon gehört? Mein Vater war, wenigstens im Lande, ein bekannter Mann.“

Sie nickte wieder ein paarmal. „Ja, ich erinnere mich Ihres Namens aus meiner Kinderzeit.“

Als ich dann aber meine Vaterstadt ihr nannte, wurden ihre Augen plötzlich starr und blieben unbeweglich auf den meinen ruhen; nur ein paar vorquellende Thränen verbunkelten jetzt beide.

Ich erschrak fast. „Es war nicht mein Gedanke, Ihnen mehr zu thun“, sagte ich; „aber der Wirt zum Wären, der meine Heimat aus dem Fremdenbuch erfahren hatte, behauptete, wir beide seien Stadtkinder miteinander!“

Sie that einen tiefen Atemzug. „Wenn Sie daher stammen“, sagte sie, „so sind wir es.“

„Und doch“, fuhr ich etwas zögernd fort, „ich glaube alle damaligen Familien unserer Stadt zu kennen und wüßte nicht, in welche ich Sie hineinbringen sollte.“

„Die meine werden Sie nicht gekannt haben“, erwiderte die Frau.

„Das wäre seltsam! Wann haben Sie denn die Stadt verlassen?“

„Das mag fast dreißig Jahre her sein.“

„O, damals war ich noch in unserer Heimat, bevor wir, so viele, in die Fremde mußten.“

Sie schüttelte den Kopf. „Die Ursache liegt wo anders; meine Wiege — sie zögerte ein wenig und sagte dann: „Ich hatte wohl nicht einmal eine; aber die Rathe, in der ich geboren wurde, war nur die Mietwohnung eines armen Arbeiters, und ich war seine Tochter.“

Sie blickte mit ihren klaren Augen zu mir auf. „Mein Vater hieß John Hansen“, sagte sie.

Ich suchte mich zurecht zu finden, aber es gelang mir nicht; der Name Hansen war bei uns wie Sand am Meer.

„Ich kannte manchen Arbeiter“, erwiderte ich; „unter dem Dache des einen war ich als Knabe sogar ein wöchentlich Gast, und für manches, was ich noch zu meinem Besten rechne, fühle ich mich ihm und seiner braven Frau verpflichtet. Aber Sie mögen recht haben, der Name Ihres Vaters ist mir unbekannt.“

(Fortsetzung folgt)

Die Sprecher konnten sich recht im Frohgefühl der sozialpolitischen Maßnahmen ihrer diversen Regierungen. „Eine Grundbedingung aller zivilisierten Völker zu Gunsten der Fürsorge für die Arbeiter“ — so apostrophierte Böckler die Versammlung. 50 Referenten sollten allen Zweifel daran niederzulegen. Im Ziel ist man einig, auf die Art des Wagens und des Reisewegees komme es nicht an; nützlicher ausgedrückt heißt das: wie viel das gelobte Ziel je erreichen werden und wie langsam und mühsam die alle Regierungen positivische sie durch den Sumpf des Kapitalismus schleppen, das ist Nebensache. Wir wollen uns „von utopischen Bestrebungen fernhalten“. Freilich es wäre ein Utopismus, sich mit dem offiziellen Reiseroute näher befassen zu wollen.

Pofadomsky rollte dann mit kühner Handbewegung die „soziale Frage“ auf. Die persönliche Fürsorge des Arbeitgebers, die freie Arbeitsmöglichkeit und die geordnete Gemeindefürsorge schätze den Arbeiter nicht mehr vor äußerster Not. Die Bevölkerung wächst „dank der modernen Wohlfahrtspflege“ (!) zu schnell und Großbetrieb und Freizügigkeit lösen das persönliche Band zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber durch die Arbeiterversicherung schaffe man dem Arbeiter Gewähr gegen die Gefahren seines Berufslebens. Und wenn zu ihm hier noch etwas übrig bleibt, so dürfe man sich trösten: „die soziale Frage sei eben eine ewige Frage“.

Der Handelsminister Möller sieht als früherer Industrieller das Ziel schon erfüllt.

Wir in Deutschland, schloß der Minister, können der Arbeiterbewegung mit ruhigem Gewissen gegenüberstehen! Das ist viel wert. Wir können ihr gegenüberstehen in dem Bewußtsein, unsere Pflicht erfüllt zu haben.

Wahrlich ein stolzes Wort und in noch herrlicheren Glanz rückt es, wenn man die einzige sachliche Begründung, die Herr Möller dafür zu geben mußte, nachprüft.

Die Zahl der schweren Unfälle habe in Deutschland durchaus abgenommen; das sei ausklagend.

Uns fehlt das Wort, diese Fälschung der Tatsachen gehörend zu beleuchten. Kennt der Herr Minister nicht die Veröffentlichung der Unfallversicherungen? Er nehme das letzte statistische Jahrbuch des deutschen Reiches zur Hand. 1889 5260 Unfall-Geldsätze in versicherungspflichtigen Betrieben, 1899 8124, ist das keine Zunahme? Aber wir verstehen schon, der Herr Minister hat nur von dem Rückgang der durch Unfall dauernd völlig Erwerbsunfähigen oberflächlich Kenntnis genommen. Freilich 1889 hatten wir 2908 solcher Krüppel und 1899 zählt die Unfallstatistik nur 1326. Hat der Minister nicht die Unfallstatistik gehört? Ist dem Minister nicht die Tatsache bekannt, daß ganz prinzipiell die Versicherungsanstalten in ihren Feststellungen totaler Erwerbsunfähigkeit einen immer bedeutender werdenden Maßstab anlegten? Der Ring schließt sich. Die Versicherungsanstalten entziehen systematisch dem Volk die ihm gebührende Rente und der Minister preist vor Zu- und Auswand dann den Rückgang der Unfälle. Besser konnte der Minister die Gesundheit der bürgerlichen Sozialpolitik auf dem Kongress nicht — brandmarken.

* Berlin, 19. Juni. Die Berliner Politischen Nachrichten berichten, daß Erörterungen zwischen den Ministerialreferats über die **Gewährung von Zulage** an die in den zweisprachigen Landesteilen stationierten Beamten sich auch auf die dortigen Volksschullehrer erstrecken.

Staatsbeamte auf einem Arbeiterkongress sind gewiß wunderbare Figuren. Wenigstens, wenn sie nicht als überwachende Polizeibeamte, sondern als lernbegierige Zuhörer im Auftrag ihrer Regierungen erscheinen. Der Stuttgarter Gewerkschaftskongress hat drei Fabrikinspektoren in amtlicher Eigenschaft auftreten lassen, und der Vorsitzende des Kongresses hat, wie die Leser aus unserem heutigen Bericht erfahren können, die Beamten in offizieller Weise begrüßt. Die württembergische Regierung hat sich dadurch wiederholt das Zeugnis sozialer Vorurteilslosigkeit ausgestellt, wie sie das ja bereits bei Gelegenheit des Stuttgarter Parteitagess getan hat, wo sie den sozialdemokratischen Delegierten den Empfangsalon erster Klasse auf dem Bahnhof zur Verfügung stellte, was die Scharfmacher aller Parteien zu den wildsten Protesten begeisterte hat. Auch jetzt wieder benutzte das Organ mit dem nichtstählernen Begriffsbegriff das württembergische Ministerium und die Stadt Stuttgart allen staatsbehaltenden Elementen, daß diese Behörden ihre amtlichen Vertreter in einen mit roten Fahnen und roten Tuch drapierten und mit den Bildern von Marx und Lassalle dekorierten Saal entsandt haben.

Das Krupporgan kann unbesorgt sein. Die bekannte Scheu eines gewissen Tiers vor dem roten Tuch ist auch dem württembergischen Minister des Innern nicht ganz fremd, wie er selbst einmal durch die polizeiliche Befestigung einer roten Fahne am Gewerkschaftshaus bewiesen hat. Und wenn er seine Beamten trotz der roten Embleme auf den Arbeiterkongress geschickt hat, so doch jedenfalls in der Überzeugung, daß die Herren eine vollständige Information über Arbeiterfragen recht wohl brauchen können und daß die roten Fahnen des Kongresses nicht so leicht auf die berühmte Unterthanentreue schwäbischer Beamtenseelen abfärben werden.

Das Germanische Museum als Kind des Liberalismus zu reklamieren, ist die neueste journalistische Glanzleistung der ewig jungfräulichen Tante Vossin. Solche ältere Damen haben oft etwas wehrhervorge Verwandtschaftsbegriffe, und sie adoptieren gerne in vorgeordneten Jahren einen strammen Jungen, von dem sie sich in ihrer Jugend sehr vorsichtig zurückgezogen haben würden, aus Furcht, das Kind könnte sie ins Verderben bringen. In diesem Falle hat die Vossin ihre spirituelle Verwandtschaft mit dem Germanischen Museum noch besonders leicht entdeckt, zumal ja der Kaiser mit bekannter oratorischer Wärme dessen nationale Verdienste gefeiert hat. Die Vossin glaubt auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege dem Reichsoberhaupt ein ganz klein wenig Liberalismus ins Gewissen schieben zu können und dem Kaiser zu verstehen zu geben, daß er „eigentlich“, vielleicht ganz unbewußt, mit dem liberalen Gedanken sympathisiere. Das macht sich besonders gut in einer Zeit, wo die letzten politischen Hoffnungen der Vossin nach der Person des Kaisers scheitern und der Völkchenliberalismus ganz offenkundig auf eine allerschärfste Sinnesänderung spekuliert.

Der Verfasser des Tunderbriefes, der bei den Verhandlungen über Dr. Peters im März 1896 eine Rolle spielte, soll nach der Täglichen Rundschau jetzt Dr. Peters bekannt geworden sein. Peters habe gegen diesen Verfasser bereits die Verleumdungsklage angehängt. Genannt wird der Name des Verfassers in dem Artikel der Täglichen Rundschau nicht.

Der Tunderbrief hat bekanntlich eine ganz untergeordnete Rolle in dem Prozeß gegen Hänge-Peters gespielt; das Urteil hat ihn überhaupt nicht erwähnt. Was Dr. Peters mit seiner mythischen Entdeckung bezwecken will, ist durchaus unverständlich. Er scheint unter die Dürantanten gegangen zu sein, die eine gerichtliche Verurteilung nicht verwirken können und sich selbst und anderen die heillose Ungerechtigkeit der bösen Welt suggerieren möchten. An der Täglichen Rundschau hat er eine gläubige Seele gefunden.

Was not thut. Das Specialorgan für allerlei Hofkallisch, das kleine Journal, erzählt „aus zuverlässiger Quelle“, das traurige Ende des Dr. Georg v. Weichroder habe den Kaiser veranlaßt, in entscheidender Weise gegen die Automobilgefahr Stellung zu nehmen. Bereits beim letzten Festspiel in Wiesbaden habe sich der Monarch dem Bürgermeister der Stadt gegenüber geäußert, daß er das Automobil als eine Gefahr für das Leben der Menschen ansehe und die Verordnungen über die Mäßigung der Fahrgeschwindigkeit begünstigen werde. Wir werden also eine lex Weichroder auf demselben Wege bekommen, auf dem wir eine lex Heine bekommen haben.

Neue Ruheblätter der Militärjustiz. Der Soldat Heitsch in Hannover kam mit etwas zerrissener Garderobe zum Dienst. Unteroffizier H. hat ihn deshalb derart geohrfeigt, daß eine Verletzung des Trommelfells eintrat. Dem daraufhin angeklagten Unteroffizier wurden mildernde Umstände bewilligt, da einerseits der Grobheißte wiederholt in nicht ganz tadelsofter Weise zum Dienst erschienen ist und andererseits dem Unteroffizier eine besonders gute (!) Führung nachgerühmt wurde. Das Urteil lautete auf 14 Tage gefängnis.

Da klingt ein Kriegsgerichtsurteil aus Wilhelmshaven anders, es richtet sich freilich auch nicht gegen einen Unteroffizier. Ein allerdings schon vorbestrafter Heizer Sch. erhielt wegen Achtungsverletzung einem Unteroffizier gegenüber sieben Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Der Vertreter der Anklage hatte nur zwei Monate und zwei Wochen beantragt. Das Verbrechen bestand darin, daß der Heizer beim Essenholen auf ein Kommando des diesen „Dienst“ überwachenden Unteroffiziers gesagt hatte: „Nun habe ich 24 Stunden Wache geschoben und soll auch noch erzerrieren.“ Der Unteroffizier hatte den dummen Schnad gehört und verlangte dessen Wiederholung. Wortgetreu gab der Heizer die Neuerung wieder.

kw. Aus Posen, 17. Juni. Heute fiel in der Zweiten Kammer die erste vorläufige Entscheidung und zwar wurde über die Prinzipienfrage der direkten Wahl abgestimmt. Mit 40 Stimmen gegen die vier der Nationalliberalen Jödel, Heidenreich, Koch und Möllinger sowie des Antisemiten Zeun wurde der grundlegende Artikel der neuen Vorlage angenommen, der besagt: „Die Zweite Kammer geht aus direkten Wahlen mit geheimer Stimmabgabe hervor.“ Daß damit aber die Vorlage noch nicht als angenommen gelten kann, bewies die der Abstimmung noch vorangegangene Beratung, in der besonders wieder die ländlichen Abgeordneten mit aller Entschiedenheit gegen eine Vermehrung der städtischen Abgeordneten auftraten, obwohl sie, die bisher die übergroße Mehrheit bilden, dazu wahrhaftig keinen Anlaß hätten, denn wenn eine gleichmäßige Verteilung der Mandate nach der Wohnortzahl durchgeführt wäre, würden die Herren schon längst nicht mehr in der bisherigen Anzahl haben erscheinen können. Die nächsten Tage werden nun die Entscheidung über die „Kantelen“ bringen, ohne welche die Regierung, wie die bürgerlichen Parteien die direkte Wahl nicht verantworten zu können glauben. Ob man glaubt, das Volk könnte sonst zu übermüht werden?

(*) **Stuttgart, 18. Juni.** Bei der vorjährigen großen Eisenbahntarifdebatte, die vom 8. bis 12. Mai dauerte, war von der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag gestellt worden, die Tarife im allgemeinen zu verbilligen mit der Maßgabe, daß für die III. Wagenklasse der Satz für den Kilometer 2 Pfg. betragen solle und den Nahverkehr auszubauen. Ein Antrag des Abg. R. Hausmann forderte von der Regierung ganz allgemein eine Verbilligung der Personentarife. Beide Anträge wurden an eine speziell für diesen Zweck gebildete fünfgliedrige Kommission verwiesen, in welche jede Fraktion einen Vertreter entsandte. In einer Reihe von Sitzungen hat die Kommission sich mit der Tarifreform beschäftigt und der von ihr zum Referenten ernannte Abg. Hausmann hat schon im Januar d. J. einen tiefgründigen gedruckten Bericht erstattet, welcher in den Antrag auslief, die Regierung zu ersuchen, die Tarife zu revidieren in der Richtung, daß alle Ausnahmetarife wegfallen, für Arbeiter, Schüler und Soldaten 1 Pfg. pro Kilometer, im übrigen für die III. Klasse 2 Pfg., für die II. Klasse 4 Pfg., für die erste 6 bzw. 8 Pfg. erhoben, ferner der Schnellzugzuschlag aufgehoben und die Gepäcktarife verbilligt werden. Die Vertreter des Centrums, der deutschen Partei, der Volkspartei und der Sozialdemokratie hatten diesem Antrag zugestimmt, der Ritterschaftsvertreter v. Wollwarth nicht. Nach der Drucklegung des Hausmannschen Berichts stellte die Regierung große Berechnungen über die finanziellen Wirkungen dieser Reform an und natürlich kam sie zu dem Resultat, daß der finanzielle Ausfall ein so enormer sein werde, wie ihn die Staatskasse unumöglich ertragen könne. Darauf trat die eingeschickte Kommission auf neue zusammen, ließ ihren ersten Antrag fallen und beschränkte sich darauf, einen früher gestellten Eventualantrag zum Hauptantrag zu erheben, der als Grundtatsache für die III. Klasse 2 Pfg., für Arbeiter, Soldaten und Schüler 1 Pfg. pro Kilometer forderte. Den Wegfall des Schnellzugzuschlages und die Verbilligung des Gepäcktarifs gab sie preis. Inzwischen kamen aber dem Centrumsmann Heine noch weitere Bedenken, weshalb er den neuen Eventualantrag vorbereitete, die vierte Klasse mit dem 2 Pfg.-Satz einzuführen. Als er aber mit diesem Vorschlag selbst in seiner Fraktion auf Widerspruch stieß, produzierte er wieder einen Zusatzantrag zum neuen Hauptantrag der Kommission, wonach allein in Lokalbügen für den Nahverkehr die Tage auf 2 Pfg. festgesetzt werden soll. Diese Anträge kamen heute in der Zweiten Kammer zur Beratung. Referent Hausmann verteilte den neuen Kommissionsantrag, der noch die weitere Einschränkung erfahren hat, daß die Verbilligung erst dann eintreten soll, wenn nach Meinung der Regierung die Finanzlage denn vorübergehenden Ausfall gestattet. Der Verkehrsminister v. Soden drehte und wurde darin vom Finanzminister v. Behr auch kräftig unterstützt. Dieser machte die sensationelle Mitteilung, daß die Eisenbahndirektion im Jahre 1902 mit einem Defizit von 3 Millionen Mk. abschleße, daß ferner die Ueberweisungen vom Reich einen Ausfall von 740 000 Mk. aufweisen werden; dabei sei an eine Tarifreform nicht zu denken. Keine begründete seine Anträge. Die Debatte geht morgen weiter.

Kleine politische Nachrichten. Kammer Graf Bülow ist vom Kaiser bei der Bonner Fuhrenparade zum Obersten ernannt worden mit der Uniform des Regiments der Königsfuhren und mit der Stellung à la suite der Armee. — Aus Alger wird gemeldet, daß der Juavenleutnant Gottenest mit einer Anzahl eingeborener Soldaten im April eine Expedition nach der Sahara unternahm, um den Raubzügen der Tuaregs ein Ende zu machen. Er hatte ein Gefecht mit 300 Tuaregs zu bestehen, von denen 87 fielen, während auf französischer Seite nur drei Soldaten getötet wurden. Gottenest selbst wurde unerheblich verwundet.

Oesterreich-Ungarn.

Alles bewilligt.

p. h. Wien, 18. Juni. Gestern wurde die Fahrkartensteuer zu Ende beraten. Mit Ausnahme eines einzigen von sozialpolitischer Einsicht zeugenden und merkwürdigerweise angenommenen Abänderungsantrages — der Abg. Lecher hatte nämlich beantragt, daß arbeitssuchende Arbeiter, sofern sie von einer öffentlich-rechtlichen Arbeitsvermittlungsanstalt entsprochen legitimiert seien, von der Entrichtung der Fahrkartensteuer befreit sein sollten — wurde die Regierungsvorlage, die eine Steuer vom Fahrpreis in der Höhe von 12 Proz. bestimmt, glatt votiert.

Infolge einer scharfen Opposition allerdings nur mit einer nicht sehr imposanten Majorität. Die Sozialdemokraten Ellenbogen und Hybelsch und der bekannte fortschrittliche Abgeordnete Lecher gingen der Regierung und der Rameletenmajorität mit scharfen Waffen zu Leibe. Während Hybelsch die Erträgnisse der direkten Steuern mit denen der indirekten verglich und dabei auf die großen Steuerbefreiungen zu sprechen kam, die insbesondere in den höheren Steuerstufen begangen werden, besprach Ellenbogen die Mißwirtschaft und das Freikartensystem auf den Staatsbahnen. Lecher aber rückte die Zusammenhänge, die zwischen den Anforderungen des Militärischismus und der Steuerpolitik der Regierung bestehen, in helles Licht.

Heute soll noch die Mantenvorlage dran kommen, dann wird das hohe Haus seinen üblichen Schlußspektakel haben und dann, nach knapp drei Monaten, in die Ferien gehen. Besagtes Schlußspektakel werden diesmal die Aldeutschen und Oidenischen aufzuführen. Abgeordneter Wolf hat nämlich seinen Kollegen Schall wegen dessen bekannter Drohkühre geklagt, die Aldeutschen aber machen in den letzten Tagen die verzweifeltsten Anstrengungen, daß der Bericht des Immunitätsausschusses über die Auslieferung Schalls nicht auf die Tagesordnung komme und dadurch Schall infolge Verjährung nicht mehr verfolgt werden könne. Ja, sie unterschrieben sogar zu diesem Zweck, als Ende voriger Woche die Jungesche eine kleine Obstruktion markierten, die Obstruktionsanträge der Tscheken. Heute soll nun endlich der Ausschussbericht zur Verhandlung kommen. Die Galerien werden dabei auf ihre Kosten kommen.

Das hohe Haus bewilligt eben alles: der Regierung Steuern und den Zuhörern Unterhaltung, beides in reichstem Ausmaß.

Wie inzwischen Wolffs Bureau meldet, ist die Auslieferung Wolffs und Schalls an die Gerichte vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden.

Die Poleninterpellation im Abgeordnetenhaus.

Wien, 18. Juni. Der Ministerpräsident v. Koerber erklärte mit Bezug auf die gestrige Interpellation des Abgeordneten Klossac und Genossen betreffend die Rede des deutschen Reichskanzlers Grafen v. Bülow: Obwohl ihm das im Wege einer Anfrage an den Präsidenten von den Interpellanten auf ihn ausgeübte Drängen nicht bestimmen könnte, außerhalb des üblichen Geschäftsganges auf eine Anfrage zu antworten, wolle er doch, um jeder Mißdeutung am Schlusse der Session vorzubeugen, kurz erklären, daß er in die erwähnte, die leitenden Grundsätze der preussischen Politik entwickelnde Rede des deutschen Reichskanzlers eine Propaganda nicht hineinzuwenden vermöge, welche die politischen Verhältnisse des österreichischen Staates berühre. Er habe daher seinerseits keinen Anlaß, irgendwie auf dieselbe zurückzukommen. Dagegen müsse er allerdings mit aller Schärfe jene steten Agitationen verurteilen, die hier von ganz vereinzelt Seiten immer wieder versucht würden, und deren Charakter und Tendenz er erst kürzlich bei einem ähnlichen Anlaß gekennzeichnet habe. (Zustimmung.) Die Ansicht von der Mission, welche die Interpellanten der österreichischen Monarchie zuwiesen, „daß sie durch gegenseitige Verbindung von einzelnen kleinen Staaten und Nationalitäten Kraft bekomme, um deren Existenz und Individualität zu schützen und zu erhalten“, könnte, der geschichtlichen Entwicklung und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend ausgelegt, eine gewisse Berechtigung haben. Er müsse aber mit Bezug auf die Fragesteller sagen: „Die Völkerschaft hört wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ (Lebhafte anhaltender Beifall. Gänbelkathken; lärmende Zwischenrufe bei den Tschekisch-Radikalen.) Der Antrag Klossac auf Eröffnung der Debatte über die Antwort des Ministerpräsidenten wird hierauf abgelehnt.

Rußland.

Der Sozialismus in Sibirien.

Der im vorigen Jahre begründete Sibirische sozialdemokratische Verband ist in erfreulichem Wachstum begriffen, teils sammelt er die nach Sibirien verpöngten Teilnehmer der Organisationen im europäischen Rußland, teils ist es ihm gelungen, auch in der örtlichen Bevölkerung Wurzel zu schlagen. Der Verband steckte sich anfangs vorwiegend zum Ziel, die sibirischen Orlschasten mit der illegalen Literatur zu versorgen, legte dann aber in seiner weiteren Tätigkeit an die Organisation von Demonstrationen eifrig seine Hand an. So war unter anderem auch die diesjährige Raimanifestation in Tomsk sein Werk. Die Regierung lebte bis in der letzten Zeit in der Vorstellung, daß sie sich darüber, was hinter dem großen Schlagbaum, der das asiatische Rußland vom europäischen Rußland trennt, vorgeht, nicht zu beunruhigen habe. Und so hatte die Bewegung in Sibirien in manchem etwas freieren Spielraum als in dem europäischen Rußland. Hierüber, wie auch über die Umwandlung, die in dieser Hinsicht in den Anschauungen vor sich gegangen sind, giebt uns die folgende briefliche Mitteilung aus Kansk einen charakteristischen Beitrag: „Was in die letzte Zeit lebten wir Politischen (Verbannte) hier, wenn auch nicht in materieller, so doch in moralischer Hinsicht nicht besonders schlecht. Zur Charakteristik seien die folgenden Tatsachen angeführt. Am 1. (14. April) wurde durch Kansk eine Partie der Moskauer Studenten transportiert. Wie gewöhnlich war unsere ganze Kolonie auf dem Bahnhof erschienen. (Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Siehe zwei Beilagen.

Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz und Umgegend.

***** E. G. m. b. H. *****

Wegen der vorzunehmenden **Inventur** bleibt unsere **Verkaufsstelle für Schuhwaren**

L.-Volkmarsdorf, Kirchstrasse 62

Freitag den 20. Juni geschlossen. Dies den geehrten Mitgliedern zur Nachricht.

Leipzig-Plagwitz, den 19. Juni 1902.

Der Vorstand.

Konsumverein Leipzig-Connwitz u. Umgeg.

***** E. G. m. b. H. *****

Die Abgabe der Dividendenmarken für das Geschäftsjahr 1901/1902 erfolgt von

Nummer	1 bis 1500	Montag den 7. Juli	
"	1501 " 2300	Dienstag den 8. Juli	
"	2301 " 3000	Mittwoch den 9. Juli	[5750]
"	3001 " 3700	Donnerstag den 10. Juli	
"	3701 "	Schluss Freitag den 11. Juli	

In der Zeit von 8 bis 12 Uhr und 2 bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr in unserem Comptoir
Frohburger Strasse.

Für die Röthaer Mitglieder Montag den 14. Juli } nachmittags
Für die Bornaer Mitglieder Freitag den 11. Juli } 2 bis 8 Uhr.

Es werden nur Marken von 1 Mark an aufwärts mit dem Jahresstempel 1901/02 angenommen, kleinere sind bis 28. Juni in sämtlichen Verkaufsstellen gegen grössere umzutauschen. Marken, welche bis zum 31. Juli nicht abgegeben sind, verlieren ihre Gültigkeit.

L.-Connwitz, den 15. Juni 1902.

Der Vorstand.

Konsumverein L.-Connwitz u. Umgeg.

Eingetr. Gen. m. beschr. Haftpf.

Wegen Inventur-Aufnahme bleiben unsere Schnittwaren-Geschäfte in
L.-Connwitz, Bornaische Strasse, den 23. u. 24. Juni
Oetzsch, Hauptstrasse, den 25. u. 26. Juni
geschlossen.

L.-Connwitz, den 15. Juni 1902.

Der Vorstand.

Der Saison-Räumungsausverkauf

Sonnen- und Regenschirmen

in unseren Detailgeschäften

Thomasgasse 1 und Leipzig-Gohlis, Gohliser Str. 47

dauert fort und sind noch ganz bedeutende Posten sowohl hochfeiner als auch mittlerer und billiger Genres am Lager.

Die Preise sind bis zu 66 $\frac{2}{3}$ Proz. herabgesetzt und bieten dadurch jedermann die denkbar günstigste Kaufgelegenheit.

Voeckler & Roh, En gros Export Promenadenstrasse 8, 1.-3. Etage.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Jaech in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Achtung! Tischler der Weißmöbelbranche.

Freitag den 20. Juni abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Goldenen Adler, Lindenau, Ringerstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Streik bei Wagner & Zinkelsen.

2. Gewerkschaftliches.

Alle in der Weißmöbelbranche Beschäftigten Kollegen werden ersucht, zu erscheinen.

[5754]

D. S.

Verein für Naturheilkunde Leipzig-Eutritzsch.

Freitag den 20. Juni abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr grosser Vortrag im Vereins-Lokal Restaurant Holzweilgis über: Naturgemäße Wochen- und Kinderpflege.

[5744]

Former und Giesserei-Arbeiter.

Sonntag den 22. Juni 1902

SOMMER-FEST

Bestehend in Konzert und Ball, sowie Herren, Damen- und Kinderspielen

im Goldenen Adler zu L.-Lindenau

Ringerstraße.

Anfang nachmittags 3 Uhr.

[5758]

Programme im Vorverkauf à 15 Pfennige, an der Kasse à 25 Pfennige.

Hoffnung, Central-Kranken- u. Begräbniskasse der Sattler Deutschlands (Zahlstelle Leipzig).

Sonntag den 22. Juni 1902

[5746]

18. Stiftungs-Fest

im Gasthof zu L.-Neustadt, Kirchstraße

Bestehend in Konzert, Kegelspielen für Damen u. Herren, Blumenverlosung, Kinderspielen u. Ball.

Eintritt 2 Uhr.

Anfang 3 Uhr.

Ende ???

Programme im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Es ladet ergebenst ein Die Ortsverwaltung.

Naturfreunde und Rekonvaleszenten!

Neuer Frühling ist gekommen

Neues Laub und Sonnenschein

"Dyon" hat Ihr im Holz der Nennen

"Grüne Aue", reich Kaffee, Bier und Wein.

[5556]

Rönnertstr. 8 Schleussig Rönnertstr. 8.

Seifartsdorf Gasthaus zur Alm

bei Eisenberg S.-A.

Bringe der werthen Arbeiterchaft, sowie geehrten Arbeitervereinen meine

Bestallungen zur Alm in empfehlende Erinnerung. Schönster Ausflugsort vom

Bahnhof Grossen a. d. Elster nach Klosterlausnitz, Hermdorf etc.

Ihr Arbeitervereine Vorzugspreise. Essen äußerst billig u. gut.

Zu werthen Besuch ladet freundlichst ein Der Almwirt. Besitzer: H. Jahr.

Schluss des Verkaufs

wegen Geschäftsaufgabe am **1. Juli.**
Preise staunend billig.

J. Joske, Konfektion u. Schuhwaren
7 Nürnberger Str. 7.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Hier trafen wir eine Unmasse Gendarmen. Die Begegnung mit den Moskauer Studierenden war überaus herzlich. Von beiden Seiten ertönte der Ruf: „Hoch die Freiheit, es lebe das revolutionäre Russland!“ Die Gendarmen standen ehrfürchtig bei Seite und die Studierenden in einer Zahl von 50 wurden aus dem Arrestantenwagen heraus gelassen. Wir verbrachten mit ihnen eine ganze Stunde zusammen. Sie waren über dieses Willkommen unsererseits sehr erfreut. Elf von ihnen wurden vorübergehend in Kasse gelassen, und man brachte sie nach dem Gefängnis, wo sie den nächsten Schub abwarten sollten. Wir wendeten uns aber an den Präparanten und sie erhielten die Erlaubnis, die Kasse in der Freiheit abzuwarten. Kurzlich kam ein anderer Transport mit Petersburger Studenten in Kasse an. Wir bewillkommneten auch sie; zusammen mit ihnen fingen wir auf dem Bahnhof revolutionäre Lieder. Die Gendarmen wandten sich an das uns umgebende Publikum mit den Worten: „Wir bitten Sie, von hier fortzugehen, die Politischen aber können bleiben.“ In der allerletzten Zeit hat sich das alles sehr schroff geändert. Es genügt, darauf hinzuweisen, was bei der Bestattung eines hier unlängst verstorbenen Studenten geschah. Am 1. Mai starb in dem hiesigen Krankenhaus einer von den elf erwähnten Studierenden, Wladimir Lutschinin. Wir teilten das den verbannten Studierenden und anderen hier lebenden Revolutionären mit. Wir machten einen großen Kranz mit roten Schleifen, auf denen geschrieben war: „Dem Kämpfer für die Freiheit, dem Opfer der russischen Willkür.“ Ein zweiter Kranz mit schwarzen Schleifen trug ähnliche Aufschriften. Die Beerdigung sollte am 6. Mai (n. St.) stattfinden. Zu der Nacht auf diesen Tag versammelten wir uns bei einem Genossen, wo alles organisiert wurde. Als wir aber auseinander waren, erfuhren wir, daß die Polizei und Gendarmen von Kasse schon in Wirklichkeit getreten war. In unserer Abwesenheit waren in mehreren Wohnungen der Deportierten Hausdurchsuchungen vorgenommen und auf den Straßen von Kasse Hauspatrouillen. Einige von den Verbannten, die ohne Erlaubnis hierhergekommen waren, wurden verhaftet. Diese Umwandlung in der Beziehung der Polizei zu den Deportierten erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß auch Sibirien im Sinne der bekannten politischen „Verdächtigkeit“ es dem übrigen Russland nachzusehen will.

Auch in Krasnojarsk in Sibirien war auf den russischen ersten Mai eine Demonstration organisiert. Die Stadt war aber an diesem Tage so stark mit Militär besetzt, daß es keine Möglichkeit gab, den Befehl auszuführen. Die Eisenbahnarbeiter hatten an diesem Tage die Arbeit niedergelegt.

Der Gipfel verbrecherischer Regierungswillkür.

Dem Vorwärts wird mit der Bitte um Nachdruck in der Parteipresse aus Rußland mitgeteilt: Noch vor einigen Wochen sahen es, als ob die zarischen Senken in Wilna das Höchstmögliche der Bestialität geleistet hätten, mehr, dachten wir, kann auch im Reiche der Mensch nicht vergepöndelt werden. Aber wir haben uns getäuscht. Soeben wird aus Białystok folgendes mitgeteilt: „Hier wurde eine Versammlung von ca. 60 jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen verhaftet. Im Polizeihause wurden die Arbeiterinnen der Sittenpolizei übergeben, sie wurden gewaltsam einer ärztlichen Untersuchung unterworfen und man gab ihnen „gelbe Billets“ (Legitimation für Prostituierte).“ Jeder civilisierte Mensch — welcher politischen Richtung er auch angehört mag — wird gegenüber einem Regierungssystem, das solche Mittel in der Verfolgung ehrlicher Arbeiterinnen, die sich an der Organisation ihrer Klasse beteiligen, anwendet, die tiefste Verachtung empfinden.

Ueber die Bestrafung desjenigen, dem die Rache für das vergossene Blut seiner Arbeitsbrüder die Waffe in die Hand drückt, wird noch berichtet: Das Militär-Bezirksgericht, vor welches Gericht Verhaftete gestellt wurde, tagte in Wilna, selbstverständlich bei geschlossenen Türen. Die Hinrichtung fand um 3 Uhr früh am 10. d. Mts. statt. Der Galgen wurde auf dem Exerzierplatze „wojenskoje pole“, außerhalb der Stadt, aufgestellt. Von Soldaten, die der Hinrichtung beigewohnt haben, erfuhren wir, daß der „Verbrecher“ bis zum letzten Moment von einer unerschütterlichen Gelassenheit besetzt war. Festen Schrittes und erhobenen Hauptes näherte er sich und bestieg das Schaffot...

Kleine Chronik.

Leipzig, 19. Juni.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht Freitag die Operette Das silberne Mädel vor. Die Operettenaufführung vor den Herren in Szene. Mit einer Aufführung von Dellingers Jodwaka am Sonntag schließt die diesjährige Operettenfession. Sonnabend wird der erste Teil von Wagners Lieber unsern Herrn im Neuen Theater, Sonntag der zweite Teil dieses Werkes im Alten Theater zum letztenmal in der bisherigen Fassung aufgeführt.

— Herr Jacques Urs, der Heldentenor des Leipziger Stadttheaters hat jüngst am königlichen Theater in Hannover als Tristan einen großen Erfolg errungen. Die durch Absagen in Frage gestellte Aufführung von Wagners Wunderwerk Tristan und Isolde konnte nur dadurch ermöglicht werden, daß Herr Urs, der mit der letzten Fahrgelegenheit nach Hannover reiste, sofort nach seinem Eintreffen dort die schwierige Aufgabe zu lösen imstande war. Die hannoversche Presse berichtet mit seltener Enthusiasmus über den außerordentlichen Eindruck, den die Leistung des Gastes, des derzeitigen besten Tristan-Darstellers, hervorgerufen hat.

Herr Emil Greder, der beliebte Bassist, wird vor seinem Weggange von Leipzig im Theaterfaule des Krystallpalastes noch einen humoristischen Familienabend veranstalten, an dem die Freunde des beliebten Künstlers noch einmal Gelegenheit haben, sich an dessen köstlichem Humor zu ergötzen.

Ks. Ueber die Dauer der Dämmerung in den Tropen werden in der amerikanischen Science einige Angaben gemacht, wonach diese bedeutend länger dauern soll, als man gewöhnlich annimmt. Für den Äquator wird ihre Dauer zu 20, ja bei ganz reiner Luft nur zu 15 Minuten angegeben. Demgegenüber will Herr Bailly von der Harvard-Sternwarte zu Arequipa eine Dämmerung von einer Stunde und 25 Minuten beobachtet haben. Arequipa liegt 8000 Fuß hoch und mit zunehmender Höhe muß die Dauer der Dämmerung sinken. Weiterhin soll in Vinocana, bei 16 Grad südlicher Breite und 14 000 Fuß Höhe, eine Dämmerungsdauer von einer Stunde 12 Minuten beobachtet worden sein. Herr Bailly schließt sogar, daß die tropische Dämmerung niemals kürzer, meistens sogar erheblich länger dauere, als eine Stunde. Uns aber will es scheinen, daß er nur eine sehr be-

Großbritannien.

Englische Justiz. — Richters Dant.

London, 18. Juni. Im Laufe einer Prozessverhandlung in Sligo (Irland), in welcher gegen das Mitglied des Unterhauses Mr. Hugh und zwei andere Irländer unter der Anklage verhandelt wurde, daß sie sich verschworen hätten, gewisse auf irischem Boden ansässige Pächter ständig in Angst und Schrecken zu erhalten, nannte Mr. Hugh einen der Richter einen verfluchten Lügner. Als Mr. Hugh aufgefordert wurde, Abbitte zu leisten, erklärte er den Richtern, daß er noch niemals gegenüber Jemandem von der Art, wie sie es seien, sich entschuldigt habe. Mr. Hugh wurde wegen Mißachtung des Gerichtshofes sofort zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Richters überhandte Volha, Delavey und Dewet ein Telegramm, in welchem er seiner hohen Anerkennung über die Energie und den Takt, mit der sie das Werk der Uebergabe erleichtert hätten, Ausdruck giebt. Die Art und Weise, mit der die Bürger des Landes niederknien, habe den König angenehm berührt und einen tiefen Eindruck auf das britische Volk gemacht, welches die Bürger als Mitbürger herzlich willkommen heiße; er hege die feste Überzeugung, daß nunmehr eine Vera vollkommener Versöhnung in Südafrika eintreten werde.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Einigkeit und jetzt. Im Chemnitzer Tageblatt wird ein Urteil veröffentlicht, das ein schweizerischer Großindustrieller Mitte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts über die sächsischen Arbeiter im Vergleich mit den Arbeitern anderer Staaten gefällt hat. Es heißt da u. a.:

Der sächsische Arbeiter wird dem englischen gewöhnlich den Vorrang ablaufen und über ihn hinausreichen und in der Regel seiner allgemeinen Brauchbarkeit und Geschicklichkeit wegen früher ein Vorkann oder Kusscher werden als dieser. Die größere allgemeine Brauchbarkeit des sächsischen Arbeiters ist entschieden auch verbunden mit einer größeren Moralität und mit besseren Sitten und Gewohnheiten. Die besser unterrichteten und sorgfältiger erzogenen Arbeiter sind erst vollkommen nüchtern und frugal, sie sind nicht in ihren Gemüthen, welche von einer vernünftigeren und gewöhnlicheren Art sind. Sie sind ebenso auch viel höflicher und streben nach besserer Gesellschaft, welche sie ohne Zuhilfenahme aufsuchen und zu welcher sie daher auch schneller Zugang bekommen. Sie kultivieren die Musik, sie lesen, sie genießen die Freude der Natur und machen kleine Landpartien. Sie sind ökonomischer und ihre Ökonomie erstreckt sich über ihre eigene kleine Börse hinaus und hat auch Beziehung auf die Börse ihres Herrn, für den sie gleichfalls sparen. Sie sind daher ehrlich und des Vertrauens wert.

Seitdem das vorstehende Urteil gefällt worden ist, sind beinahe 60 Jahre verstrichen und die sächsische Arbeiterschaft ist dank der sozialdemokratischen Bildungsbestrebungen und Unterstützung in den letzten Jahrzehnten noch erheblich intelligenter geworden; Moral und gute Sitten sind bei ihr zweifellos gestiegen, nicht zuletzt durch den immer mehr wachsenden Einfluß der Arbeiterbewegung. Trotzdem thun unsere Unternehmer und deren Presse stets so, als wäre das Gegenteil Thatsache. Warum? Weil die sächsischen Arbeiter — wenigstens zum großen Teile — ihre Intelligenz nicht nur zur Steigerung der Dividende für Aktionäre anwenden, sondern auch zur Hebung ihrer eigenen Lage. Deshalb sind sie eine „Klotze“, „Amfänger“ etc., die man mit Zuchtungsgeheiß, Wuchterschaften und politischen Lebenswürdigkeiten belumpfen muß. Ja, ja, die gute alte Zeit mit ihren indifferenteren Arbeitern, sie ist dahin und kehrt niemals wieder.

Ueber die Notwendigkeit der Neueinteilung der Landtagswahlkreise verbreitet sich jetzt, nachdem der Landtag geschlossen ist, die sächsische national-liberale Korrespondenz mit besonderem Eifer. Sie schreibt: „Während im Jahre 1882 von der Gesamtbevölkerung etwa zwei Drittel auf dem Lande wohnte, ist der städtische Anteil bis zum Jahre 1884 auf 38 Proz. und bis zum Jahre 1900 auf über 50 Proz. angewachsen; denn nach der letzten Volkszählung kamen 2 102 770 Bewohner auf die Städte und nur 2 099 446 auf das ländliche Land. Daß bei diesem Verhältnis die Einteilung von 37 städtischen und 45 ländlichen Wahlkreisen keine realen Unterlagen mehr hat, liegt auf der Hand. Man braucht überdies nur die Steuerleistungen, die doch für das Wahlrecht von entscheidender Bedeutung sind, zu vergleichen, um die große Ungerechtigkeit

teit desselben zu erkennen. Im Jahre 1900 zahlten die Städte 25 490 000 Mk., das Land nur 9 753 000 Mk. direkte Steuern. Natürlich zeigen die Einkommensverhältnisse zwischen Stadt und Land ein ähnliches Bild. Die städtische Bevölkerung hatte 1 391 907 000 Mk. Einkommen, die ländliche 822 165 000 Mk. Wenn ferner nur noch 18 Proz. der Bevölkerung in Sachsen von der Landwirtschaft leben, so ist ihr bei der Zusammenfassung der ersten Ständekammer ein ganz unverhältnismäßiger Anteil eingeräumt worden. Sie zählt unter 49 Mitgliedern 22 Rittergutsbesitzer, denen als direkte Vertreter von Industrie und Handel nur zwei Mitglieder der Handelskammern gegenüberstehen. Darum muß das Volk, da es auf die Zusammenfassung der ersten Kammer keinen Einfluß hat, mit aller Macht bei der Wahlreform darauf hinwirken, daß eine der Bedeutung von Stadt und Industrie entsprechende Vertretung in der zweiten Kammer dem agrarischen Uebergewicht der ersten Kammer die Stange halten kann.“

Die Nationalliberalen sind nicht für Beseitigung des heutigen Zustandes weil er ungerichtet ist, sondern weil sie bei einer Aenderung für sich Vorteile erhoffen. Bei der Wahlentrichtung wurden sie vom konservativen Bruder nach alten Regeln geübener Täuschungspraktik über den Löffel barbiert. Als Betrogene haben sie nun reformerische Einwände, die bei Nationalliberalen stets der Beweis sind, daß sie sich elend und krank befinden. Im übrigen sind die nationalliberalen Stimmen für eine Aenderung des Landtagswahlrechts nichts weiter als Heulereien, von denen man nur deshalb Notiz nimmt, um erneut zu zeigen, wie tief dieses Konglomerat politisch bankrotter Volksfeinde gesunken ist, das unter der Firma National-liberale Partei sich dem Volke darstellt.

Das amtliche Dresdener Journal druckt mit großem Behagen die blöden Ergüsse des Renegaten Wolfram in Blauen i. B. ab. Aber froh kann das auf Regimentskosten lebende Blatt dabei nicht werden, denn es bemerkt feinsinnig:

„Wollte man sich aber der Hoffnung hingeben, daß derartige Darlegungen die Arbeiterschaft dazu bewegen könnten, sich von der Sozialdemokratie zu befreien, so würde man eine große Enttäuschung erleben. Die Phrase herrscht eben heutzutage und auf der Gewalt der Phrase beruht die Macht der Sozialdemokratie.“

Doch auch selbst das königliche und amtliche Organ ab und zu einmal eine Minute klarer Erkenntnis haben kann, beweist der Umstand, daß es auf die Wolframischen Tiraden keine Hoffnungen setzt. Wenn aber das Blatt keine andere Erklärung dafür hat, als die angeblich auf der Gewalt der Phrase ruhende Macht der Sozialdemokratie, so ist das ein Zeugnis von so großer und hilfloser Armut, deren selbst ein amtliches Blatt sich schämen mußte.

ee. **Witten,** 18. Juni. Der hiesige Stadtrat, sowie auch das Stadtverordnetenkollegium lehnten es ab, den Gemeindevertretertag zu beschicken.

Das hiesige Gewerkschaftsblatt wollte in einem benachbarten Dorf, auf einer direkt neben einem Gasthof liegenden Wiese, ein Sommerfest abhalten. Da erschien aber der Gemeindevorstand und auch der Herr Amtshauptmann und bedeuteten dem Wirt, daß er da erst um Schankkonzession für die Wiese nachsuchen müsse. Da inzwischen aber von anderer Seite dem Wirt die Folgen des Festes ganz in grau gemalt wurden, zeigte er sich dem Gesuche überhaupt abgeneigt. Das Gewerkschaftsblatt hat jetzt auf Ansuchen einen sehr geeigneten Platz im hiesigen Stadtwald zur Verfügung gestellt erhalten.

Zwickau, 18. Juni. Ein empörendes Vorkommnis wird aus Wilsbach berichtet. Zur Hilfeleistung bei einer Entbindung sollte die für die Orte Wilsbach, Langenhof, Marienhof und Wilschänke praktizierende Hebamme geholt werden; jedoch war das Vermögen erfolglos, weil die Hebamme selbst erkrankt war. Da der Zustand der Frau gefährlich war, lief der Mann zum Wilsbacher Förster und bat denselben, er möchte doch nach Schlemma um ärztliche Hilfe telephonieren. Der spätere Nachstunde wegen wurde der Mann aber vom Förster barsch abgewiesen (!) In seiner Verzweiflung lief der Mann nun zur Hebamme in Schlemma, Frau Böbel, die sich sofort hilfsbereit zur Verfügung stellte und mit ihm den bestmöglichen Weg zu der kranken Frau antrat. Glücklicherweise kam ihre Hilfe noch rechtzeitig. Der Mann beabsichtigt, jene für die Kosten verantwortlich machen zu wollen, denen die Verrichtung einer Heberhebamme oblag. Leider wird der Mann damit kaum Erfolg haben. Aber die Handlungsweise des Försters verdient die schärfste Kritik, ebenso wie derartige Zustände, daß neben der einen Hebamme für vier Orte der Ortsgemeinde nicht einmal eine Hilfe für den Notfall bestellt ist. Auch ein Kulturbild, aber ein sehr trübes.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus Freiberg wird gemeldet: Der 52 Jahre alte Schnelbermeister Dieke aus Großbach hat sich, nachdem er vom Schwurgericht wegen Zeugenmord zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, in seiner Zelle erhängt. Den Meinel hatte Dieke vor 2 Jahren in einem Kuppel-Projekt gegen die Gefängnisverwalterin Wäbgen in Döbeln geschossen. Die in dem Projekt vorgenommenen Zeugen suchten die Wäbgen zu entlasten, wurden aber nachher wegen Zeugenmord unter Anklage gestellt und verurteilt. Dieke war bereits der siebente Zeuge, den dieses Schicksal traf. — Zu dem Morde und Selbstmorde in Gähndorf bei Wilschiff ist noch zu melden, daß der Mörder Rühle seinen Verletzungen erlegen ist. Er hatte sich seit einigen Tagen im Dorfe aufgehalten und verschiedene Personen um Geld anzubringen versucht. Das von ihm mit drei Kugeln hingemordete, kaum der Schule entwachsene Mädchen wird ebenso aufrichtig beklagt, wie das herbe Geschick des Schmidt'schen Ehepaares. Rühle war vor einiger Zeit als Marinesoldat entlassen worden.

Eilenburg. In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsartikels wurde über folgende Punkte verhandelt: 1. Herberge und Gewerkschaftshaus Zivoli; 2. Verschleßes. Zum 1. Punkt wurde bekannt gegeben, daß die Herberge am 1. Juni dem Verfall übergeben worden ist. Die Delegierten werden nochmals aufgefordert, an ihre Vorstände und Bevollmächtigten heranzutreten, damit die Herberge in den nächsten Tagen genügend herangutreten werde. Im Verschleßes wurde der Antrag gestellt, an die Vereinsbräuer zu Ersuchen zu richten, im Zivoli am gesundheitslichen Gründen einige Änderungen vorzunehmen. Weiter wurde es für wünschenswert erklärt, daß die Verwaltung der Zivoli-Häuser einmal kritisch erörtert werde, da von den drei Mitgliedern der Verwaltung zwei nicht regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen, für ein Mitglied aber die Erledigung der Geschäfte zu

schwierig ist. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Abrechnung vom Gläubigerstreik in Nürnberg und Schwanstein eingegangen sei. Die Präsenzliste ergab das unentschuldigste Fehlen folgender Delegierter: Steinfeger Zanker, Heiler, Drauer Peterjohn, Müller Hilbert.

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

1. Leipzig, 18. Juni 1902.

Dritter Tag der Verhandlung. (Schluß.)

Darauf gelangt ein Brief Schmidts an Egner zur Verlesung. In diesem fragt Schmidt an, weshalb die Leipziger Bank zögere, die von der Trebergesellschaft beschlossene Kapitalerhöhung zu finanzieren. „Sie erhalten doch dafür einen hohen Provisionsgehalt, den Sie durch andere Geschäfte nicht so bald verdienen werden. Sollten Sie das Geschäft ablehnen, dann wird es jede andere Bank machen und es wird Ihnen nach einigen Monaten leid thun, daß Sie das Geschäft abgelehnt haben. Wenn Sie das Geschäft machen, dann räumen wir Ihnen persönlich ein Optionsrecht von 100 Stück neuer Aktien zum Emissionskurse von 225 Proz. ein.“ — Egner: Ich muß bemerken, daß ich diesen Brief offiziell von der Bank beantwortet habe und das Wort „persönlich“ mit Bleistift ausgefüllt und „der Bank“ darüber geschrieben habe. Von einer Besichtigung war also keine Rede. Wir verlangten für die Finanzierung der Kapitalerhöhung eine Provision von 200 000 Mark, wir wollten aber die Finanzierung nicht allein übernehmen und fragten daher bei der Bankfirma Jacob Landau u. Co. in Berlin an, ob sie dem Garantiefonds beitreten wolle. Diese Firma verlangte jedoch eine Provision von 800 000 Mk., deshalb haben wir die Finanzierung allein übernommen, erhöhten aber unsere Provisionsforderung auf 300 000 Mk., da wir sahen, daß unsere Provisionsforderung doch zu billig war.

Vorsitzender: Sie müssen doch aber dadurch gesehen haben, was man der Trebergesellschaft sich zu bieten erlaubte, so daß dieselbe nicht mehr als sein gelte konnte? — Egner: Wir war bekannt, daß die Firma Landau gewohnt war, hohe Provisionen zu nehmen.

Es wird hierauf ein Brief Egners an Schmidt verlesen. In diesem heißt es: „Wir sind durchaus nicht misstrauisch. Jede andere Bank würde erst nach genauer Prüfung der Rentabilität die Finanzierung akzeptieren, wir thun das aber schon vorher. Es muß doch aber eine Grenze gezogen werden, es darf doch die eigene Liquidität der Leipziger Bank nicht gefährdet werden. Die Leipziger Bank will gern die Führung übernehmen, aber nur mit einer zweiten Prima-Bank. Wenn an der Berliner Börse durch Blankoverkäufe u. dgl. während der Leipziger Bank nicht vorfindig sein. Es liegt auch in Ihrem Interesse, daß wir nicht allein die Finanzierung übernehmen. Thun wir das, dann heißt es, es findet sich eben keine zweite Bank, die Leipziger Bank bleibt wieder allein übrig, dann selbst sowohl das Ansehen der Treber-Gesellschaft als auch das der Leipziger Bank. Treten wir zurück und überlassen das Geschäft einer anderen Bank, dann wird man sagen: die Treber-Gesellschaft schmeißt doch saul zu stehen, die Leipziger Bank ist von der Finanzierung der Kapitalerhöhung zurückgetreten.“ — Vorsitzender: Es fand sich aber keine zweite Bank, die in das Garantiefonds eintreten wollte, die Leipziger Bank übernahm die Finanzierung allein und hatte dafür einen Gewinn von 400 000 Mark? — Egner: Jawohl. Vorsitzender: Dieser Gewinn stand aber nur auf dem Papier, bekommen haben Sie das Geld nicht? Egner: Nein. — Es wird danach ein Brief Egners an Schmidt verlesen, in dem dieser mitteilt, daß er nach Weihen kommen werde, um sich von der Gewinnung des Graphits zu überzeugen. — Vorsitzender: Vergmann hatte den Graphit vorher in den Boden gesteckt und nachdem Sie fort waren, wieder herausgenommen. (Allgemeine Heiterkeit.) Egner: Das wird behauptet, ob es wahr ist, steht nicht fest. — Vorsitzender: Weshalb haben Sie sich denn nicht einen Sachverständigen mitgenommen? — Egner: Schmidt hatte ja Sachverständige mitgebracht. — Vorsitzender: Sie mußten sich doch aber sagen, daß diese Sachverständigen im Solde Schmidts standen? Egner: Ich hegte gegen die Sachverständigen kein Misstrauen.

Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bemerkt Egner: Schmidt zeigte ihm eines Tages an, daß die Trebergesellschaft große Posten Tochterwerte im Portefeuille habe. Er wolle dieselben einem Trustfondum zu 115 Proz. übergeben. Dieses könne die Aktien veräußern und den Kursgewinn sich berechnen. Die Leipziger Bank habe dies Geschäft gemacht und dafür der Treber-Gesellschaft einen Kredit von 5 Millionen Mark bewilligt. — Der Vorsitzende stellt aus dem Protokoll der Aufsichtsratsitzung fest, daß in dieser betreffs des in Rede stehenden Geschäfts Bedenken laut wurden, insbesondere habe Dr. Gensisch auf die Gefährlichkeit dieses Geschäfts hingewiesen. — Angeklagter Dr. Gensisch bekräftigt das.

Der Verteidiger, Justizrat Dr. v. Gordan, beantragt, die Professoren Borchardt und Lohr-Cohn, die das Gutachten betreffs des Geschäfts in Weihen abgegeben haben, als Zeugen zu laden. Diese werden bekunden, daß sie nicht im Solde Schmidts gestanden haben. — Staatsanwalt Dr. Kunz widerspricht dem Antrage. Der Gerichtshof beschließt sich den Beschluß vor. Danach verliert der Vorsitzende gegen 2½ Uhr nachmittags die Verhandlung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr.

1. Leipzig, 19. Juni 1902.

Vierter Tag der Verhandlung.

In dem gestrigen Bericht muß es in der Bemerkung des Justizrats Dr. v. Gordan „betreffs des Graphits, nicht „Geschäfts“ heißen. In der diesbezüglichen Bemerkung des Vorsitzenden muß es „Osen“ anstatt „Boden“ heißen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller eröffnet gegen 9 Uhr vormittags die Sitzung mit dem Bemerkten: Es ist mir ein Schreiben zugegangen, wonach die Schwägerin des Geschworenen Gensel noch heute Besitzerin von Leipziger Bank-Aktien ist. Da so nach Herr Gensel von dem Amt eines Geschworenen ausgeschlossen ist, so ersuche ich den Ersatz-Geschworenen, Herrn Fabritzberger Dr. Ballentiner in die Reihe der Geschworenen einzutreten.

Der Vorsitzende verliest alsdann die Sachverständigen. Danach bleibt er das Wort dem Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Gensisch: Ich war seit 1878 Rechtsanwalt in Leipzig. Im Jahre 1896 wurde ich zum Mitdirektor der Leipziger Bank gewählt. Ich hatte große Bedenken, diese Wahl anzunehmen, denn einmal gingen mir die praktischen Kenntnisse zum Bankdirektor ab und andererseits wollte ich meine Rechtsanwaltspraxis nicht aufgeben. Ich hatte eine sehr große Praxis und kann ohne Ueberhebung sagen, ich erkannte mich als Rechtsanwalt beim hiesigen Landgericht eines großen Ansehens. Auch meine Familie wollte nicht, daß ich meine gute Praxis aufgebe, dagegen redeten mir meine Freunde zu. Und da mir gesagt wurde, daß ich in der Hauptsache die juristische Seite im Direktorium zu bearbeiten hätte, so ließ ich mich schließlich zur Annahme der Wahl bestimmen und habe am 1. Januar 1896 mein Amt angetreten. Ich erhielt ein festes Gehalt von jährlich 10 000 Mk. und 3 Prozent vom Reingewinn nach Abzug von 4 Prozent Dividende. — Vorsitzender: Als Sie eintraten, bestanden schon die Geschäftsverbindungen der Leipziger Bank mit der Trebergesellschaft? — Angeklagter: Jawohl. — Vorsitzender: Den Kreditverhältnissen an die Trebergesellschaft stimmten Sie aber zu? — Angeklagter: Jawohl, ich war über diese Angelegenheit zu wenig orientiert. Und da ein so gewiegter Finanzmann wie Direktor Egner und sämtliche Aufsichtsratsmitglieder dafür stimmten, so stimmte ich auch unbedenklich zu.

Vorsitzender: Kannten Sie die mit Schmidt geführte Korrespondenz? — Angeklagter: Ich hatte von vornherein große Bedenken, daß Egner diese Korrespondenz privatim führte. Ich mußte mir

doch als Jurist sagen, wenn irgend etwas vorkommt, dann kann man uns den Vorwurf der Verheimlichung von Schriftstücken machen. — Vorst.: Haben Sie denn die Briefe gelesen? — Angekl.: Anfanglich nicht, später habe ich den Wunsch geäußert, doch einige Briefe zu lesen, diese wurden mir alsdann von Egner ausgehändigt. Nebenfalls habe ich mich einer Verheimlichung von Schriftstücken nicht schuldig gemacht.

Staatsanwalt Dr. Weber: Sie wollen nur einige Briefe lesen haben? — Angekl.: Jawohl. — Staatsanwalt: Ist Ihnen nicht einmal eine Lücke in der Korrespondenz aufgefallen? — Angekl.: Die Korrespondenz war so umfangreich, daß ich mich darauf nicht mehr erinnere. Soweit mir erinnerlich, ist mir eine Lücke in der Korrespondenz nicht aufgefallen. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordan: Sie sagten doch, Sie haben die Protokolle der Aufsichtsrats-Sitzungen durch vorherige Einstellung der Zahlen vorbereitet, da muß Ihnen doch die Korrespondenz vollständig bekannt gewesen sein? Angeklagter: Dazu war die Kenntnis der gesamten Korrespondenz nicht erforderlich. — Angeklagter Egner: Wir waren genötigt, ein eigenes Sekretariat für Erledigung der wichtigsten Angelegenheiten der Bank einzurichten. Dieses Sekretariat bildete eine vollständige selbständige Abteilung mit besonderen Räumen, einem Prokuristen, dem 12 Beamte unterstellt waren. Dieses Sekretariat hatte ebenso wie eine Filiale eine eigene Bilanz aufzustellen. Sie hatte die Emissions- und Gründungsgeschäfte zu bearbeiten, Kreditgesuche zu prüfen, die ganze Organisation der Bank zu leiten, die Beziehungen der Leipziger Bank mit der Leipziger Hypothekbank zu regeln u. dgl. Diesem Sekretariat lag auch die Regelung der Geschäfte mit der Treber-Gesellschaft ob.

Staatsanwalt Dr. Weber: Wie kommt es aber, daß dieses Sekretariat nur die Conten der Treber-Gesellschaft zu bearbeiten hatte? — Egner: Das ist ein Irrtum, Herr Staatsanwalt, das Sekretariat hatte auch andere Conten zu bearbeiten. — Direktor der Filiale der Deutschen Bank Hermann (Dresden) begutachtet: In großen Banken ist die Errichtung solcher Sekretariate erforderlich. Die Büros aber nicht einen Staat im Staate bilden. Die Buchhalterei mußte auf alle Fälle eine einheitliche sein, ganz besonders müssen aber die Korrespondenzen vollständig offen behandelt werden. Korrespondenzen die die Bank betreffen, dürfen niemals privatim geführt werden. (Direktor Hermann und auch der Verteidiger, Justizrat Dr. v. Gordan, sprachen heute so leise, daß man dieselben auf der Tribüne nur mit größter Mühe verstehen kann. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, wenn der Herr Vorsitzende dafür Sorge tragen wollte, daß die Berichterstatter der Verhandlung folgen können.) — Angeklagter Egner: Es ist geradezu beschämend, daß mein langjähriger Kollege, Herr Dr. Gensisch, eine offenbare Unwahrheit gesagt. Ich kann mir das nur dadurch erklären, daß Herr Dr. Gensisch infolge seiner zwölftmonatlichen Untersuchungszeit an Gedächtnischwäche leidet. Herr Dr. Gensisch hatte bei dem Untersuchungsrichter angegeben: von den Geschäften mit der Treber-Gesellschaft habe er keine Kenntnis, die ganze diesbezügliche Korrespondenz habe Egner allein geführt. Ich habe deshalb so manche schlaflose Nacht in meiner Zelle zugebracht. Ich habe mich schließlich dem Herrn Untersuchungsrichter vorführen lassen und diesen ersucht, die Korrespondenzmappe zur Stelle schaffen zu lassen. Aus dieser ging hervor, daß Herr Dr. Gensisch sämtliche Briefe mit unterschrieben hat. Die Ausführungen des Herrn Dr. Gensisch sind in hohem Maße geeignet, die Herren Geschworenen zu der Ansicht zu führen, ich hätte mich des betrügerischen Bankrotts schuldig gemacht. Ich werde den Beweis führen, daß ich niemals etwas verheimlicht, sondern stets vollständig offen gehandelt habe. Herr Dr. Gensisch hatte von sämtlichen Korrespondenzen, die wir mit der Trebergesellschaft führten, volle Kenntnis.

Verteidiger Justizrat Proba: Ich begrüße es mit Genugthuung, daß das Gedächtnis des Herrn Direktors Egner infolge seiner Untersuchungszeit nicht gestillt hat. Ich frage aber Herrn Egner, ob nicht sämtliche Briefe an die Trebergesellschaft von ihm oder in seiner Abwesenheit von seinem Sekretär Buthe geschrieben worden sind? Egner: Ich muß die Bezeichnung: mein Sekretär Buthe zurückweisen, Herr Buthe war Sekretär der Leipziger Bank. — Justizrat Proba: Ich nehme diesen Ausdruck zurück. — Egner (fortfahrend): Es ist richtig, daß ich die meisten Briefe an die Trebergesellschaft geschrieben habe. Alle konnte ich schon deshalb nicht schreiben, da ich im Interesse der Leipziger Bank oftmals Reisen zu machen hatte. Jedenfalls wurden alle Briefe, die an die Trebergesellschaft gingen, Herrn Dr. Gensisch zur Unterschrift vorgelegt. — Angeklagter Dr. Gensisch: Ich bekenne, daß ich mich bei meiner ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter geirrt habe. Ich habe diese meine erste Aussage auch sehr bald richtiggestellt, so daß keine Ursache vorliegt, weshalb ein solch großes Aufsehen zu machen. Ich bemerke aber wiederholt, daß ich keineswegs alle Korrespondenzen, die mit Kasse geführt wurden, gesehen habe. Ebenso wenig wurde ich nicht von den einzelnen Conten, Bilanzanstellungen u. dgl. unterrichtet. Ich wurde bei den Bilanzanstellungen nicht hinzugezogen. Alle diese Dinge besorgte der kaufmännische Direktor Egner. Ich konnte mir doch nicht denken, daß in einem solch alten, hochangesehenen Bankinstitut, wie der Leipziger Bank, gegen die Fundamente der Buchführung verstößen werden würde.

Sachverständiger Kommerzienrat Blum-Rassel: Gegen die Einrichtung des Sekretariats ist nichts einzuwenden. Derartige besondere Abteilungen bestehen vielfach, jedenfalls hätte aber die Buchhaltung keine gesonderte sein dürfen. Wenn die Geschäfte mit der Trebergesellschaft in der Hauptabteilung gebucht worden wären, dann würden die Aufsichtsratsmitglieder eine bessere Uebersicht erlangt haben und es wäre vielleicht so manches nicht vorgekommen.

Der Angeklagte Dr. Gensisch wird danach über die Geschäfte befragt, an denen er teilgenommen habe. Er wird vom Vorsitzenden zunächst aufgefordert, sich über seine Beteiligung an dem Börsenspekulation zu äußern. Dr. Gensisch bemerkt: Er habe an der Gründung des Börsenspekulation Wertes keinerlei Anteil gehabt, er habe auch von dieser Gründung nichts verstanden. — Angeklagter Egner: Ich bemerke, daß Herr Dr. Gensisch im Aufsichtsrat der Börsenspekulation Gesellschaft gewesen ist. — Angekl. Dr. Gensisch: Das ist richtig, nach der österreichischen Gesetzgebung haben aber die Aufsichtsräte eine mehr nominelle Stellung, die Leitung der Geschäfte beforgte dort der Verwaltungsrat vollständig selbständig. Auf Anfordern des Vorsitzenden, sich über das Trust-Konfession zu äußern, das einen großen Posten Tochterwerte übernommen hatte, wofür der Treber-Gesellschaft ein Kredit von 5 Millionen Mark gewährt wurde, bemerkt Dr. Gensisch: Ich habe davon nichts verstanden, mir fehlte dazu die notwendige kaufmännische Bildung.

Der Vorsitzende stellt danach fest, daß an diesem Trustkonfession beteiligt waren: die Leipziger Bank mit 97 Prozent, Egner, Döbel und der verstorbenen Schenck-Röder mit je 1 Prozent. Nach längerer Erörterung dieser Angelegenheit bemerkt der Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordan: Herr Dr. Gensisch behauptet, er habe von der seitens des Trustkonfession erfolgten Uebernahme der Tochter-Aktien nichts gewußt. Nun hat aber Herr Dr. Gensisch über die Aufsichtsratsitzung, in der dieses Geschäft zur Verhandlung kam, ein ganz eingehendes Protokoll gemacht. Demnach kann doch Herr Dr. Gensisch nicht Unkenntnis vorführen, man müßte denn annehmen: Dr. Gensisch habe das Protokoll laut Diktat nachgeschrieben, ohne den Sinn verstanden zu haben. — Angekl. Dr. Gensisch: Ich habe Herrn Direktor Egner stets vor den Aufsichtsratsitzungen gefragt, was zur Verhandlung kommen werde. Ich habe mir alsdann Notizen gemacht, so daß ich vorher informiert war. Das in Rede stehende Protokoll habe ich nach eingehender Information geschrieben. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordan: Das hat Ihnen wohl Herr Direktor Egner diktiert? — Dr. Gensisch: Jawohl.

Es gelangen danach mehrere Briefe von Schmidt an Egner und umgekehrt zur Verlesung. Einer dieser Briefe von Egner an Schmidt, der sich auf die Bildung des Trust-Konfession bezieht, ist von Dr. Gensisch unterschrieben. — Dr. Gensisch: Ich bemerke, daß ich bisweilen täglich hundert Briefe unterschrieben habe, ohne zu prüfen, ob das darin behandelte Geschäft zu billigen

sei. Ich war ja auch dazu gar nicht in der Lage. Ich mußte mich doch in solchen Dingen auf den kaufmännischen Leiter der Bank verlassen und konnte nicht ahnen, daß man zu einem Geschäft meine Unterschrift verlangt, das der Bank zum Schaden gereichen könnte. — Staatsanwalt Dr. Weber: Es handelt sich aber hier um mehrere Millionen. — Angekl. Dr. Gensisch: Ich hatte eben zu Direktor Egner volles Vertrauen.

Angeklagter Schröder bemerkt: Dem Aufsichtsrat sei nicht bekannt gewesen, daß die Leipziger Bank an dem Trustkonfession mit 97 Prozent beteiligt sei. — Auf Antrag des Verteidigers Dr. Drucker wird aus dem Protokoll festgestellt, daß dies in der Aufsichtsratsitzung mitgeteilt worden sei. — Es tritt danach eine kurze Pause ein.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Juni.

Achtung, Portefeuillier, Galanterie- und Gläubiger! Bei der Firma Anhold u. Co. in Oßnig, S.-M., sind die Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Buchbinderverband ausgesperrt. Da in hiesigen Werkstätten versucht wird, für genannte Firma willige Arbeitskräfte zu bekommen, so bitten wir die Kollegen diese Notiz zu beachten.

Ein dreier Trebertröcker. Das ehemalige Aufsichtsratsmitglied der Kasseler Trebertröckerung F. E. Otto in Dortmund hatte sich an eine Versammlung seiner Gläubiger mit der Bitte gewandt, ihm bis zur Beendigung seines Konkurses eine Unterstützung zu gewähren, da er ohne sein Verschulden verarmt sei. Ehe er neue Beziehungen anknüpfen könne, werde ein Jahr vergehen. Der Konkursverwalter bemerkte hierzu, an Frau Otto seien monatlich 300 Mk. gezahlt worden, damit sie ihre frühere Stellung im Stande zu halten vermöge. Die Stellung sei aber leihweise verkauft worden und damit der Grund fortgefallen, im Interesse der Masse diese Unterstützung weiter zu gewähren. Wollten die Gläubiger jetzt Herrn Otto eine Unterstützung gewähren, so könne es sich nur um einen geringen Betrag für kurze Zeit handeln, vielleicht um 5 Mk. für den Tag. Die Gläubiger lehnten einstimmig die Gewährung der Unterstützung ab. Auch der Vertreter der Konkurs der Leipziger Bank und der Trebertröckerung, dem ein Stimmrecht in der Höhe von 34 Mill. gewährt wurde, stimmte dagegen. Der Konkursverwalter teilte mit, daß bis jetzt 185 000 Mk. zur Masse eingegangen seien, im Herbst würde die erste Abschlagszahlung erfolgen. Auf mehr als ½ Prozent hätten die Gläubiger nicht zu rechnen.

Warenhausphotographie. Der Vorstand des Deutschen Photographenvereins in Leipzig hat beschlossen, die Redaktion des Organs dieses Verbandes wenden sich in einem Aufrufe an die Prinzipale und Mitarbeiter in der Portraitphotographie gegen die sogenannte Warenhausphotographie. Das Warenhaus Jandorf in Berlin hat seine Angestellten der Portraitphotographie, die bei einem Durchschnittsgehalt von 24 Mk. die Woche arbeiten, vor die Wahl gestellt, entweder pro Tag 300—400 Bistkarten bezw. 60—80 Negative zu retouchieren oder ihrer Entlassung gewärtig zu sein. Früher wurden die Leute auf Stückerarbeit beschäftigt und erhielten für ein Negativ 15 Pfg. Wenn ein Arbeiter täglich 60 bis 80 Negative retouchieren will, so wird er unzweifelhaft in aller kürzester Zeit seine Gesundheit völlig untergraben. Von einer gewissenhaften Arbeit kann bei einer solchen maschinellen Leistung natürlich auch keine Rede sein; die Arbeiter werden unter solchen Umständen Pflücker. Es ist deshalb auch erklärlich, daß die meisten der selbstständigen Portraitphotographen Mitarbeiter, die früher in einem sogenannten Warenhausatelier beschäftigt waren, nicht engagieren. Der Vorstand des Deutschen Photographenvereins hat nun beschlossen, den Leiter der Stellenvermittlung des Verbandes in Berlin anzuweisen, dem genannten Warenhause keinen photographischen Mitarbeiter zu vermitteln.

Die Warenhausphotographen sind eine „Errungenschaft“ der Neuzeit, die sich allmählich auch in anderen größeren Städten einbürgert. In Leipzig haben sich photographische Ateliers aufgethan, die dem Publikum für unumgängliche Preise ihre „Waren“ anbieten. Ein Dutzend Bistbilder werden in solchen Warenateliers für 2 Mark, für Kabinets für 5 Mark angeboten, während das reelle Geschäft mindestens das Dreifache berechnet. Unter solchen Schleuderpreisen hat nicht nur das solide Gewerbe zu leiden, sondern auch die Gehilfen, deren Organisation sich mit Recht gegen diese Zustände wendet. Und auch das Arbeiterpublikum hat ein Interesse daran, die Gehilfen in ihrem Kampfe gegen die Warenhausphotographie zu unterstützen, da bei den Schleuderpreisen dieser Institute ein reelles photographisches Erzeugnis nicht geliefert werden kann.

Die Ferienferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September. Während dieser Zeit werden nur in Ferienferien Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Ferienferien sind: 1. Strafferien, 2. Arrestferien und die eine einstweilige Verfügung betreffende Sachen, 3. Weh- und Markferien, 4. Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern von Wohn- und anderen Räumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Mieter in die Mieträume eingebrachten Sachen, 5. Wechselsachen, 6. Bauwesen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird. Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Ferienferien bezeichnen. Die gleiche Befugnis hat vorbehaltlich der Entscheidung des Gerichts der Vorsitzende. Zur Erledigung der Ferienferien können bei den Landgerichten Ferienkammern, bei den Oberlandesgerichten und dem Reichsgericht Ferienkammern gebildet werden. Auf das Mahnwesen, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß. Durch die Ferienferien wird der Lauf einer Frist gehemmt; der noch übrige Teil der Frist beginnt mit dem Ende der Ferien zu laufen. Fällt der Anfang der Frist in die Ferien, so beginnt der Lauf der Frist mit dem Ende derselben. Diese Bestimmungen finden auf Notfristen und Fristen in Ferienferien keine Anwendung. Notfristen sind nur diejenigen Fristen, die in dem Gesetze als solche bezeichnet werden. Diese Ausführungen gründen sich auf § 201 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und § 201 der Zivilprozessordnung. Wer daher noch einen rechtskräftigen Titel vor den Ferien erlangen will, mag sich mit Einreichung der Klage beeilen, noch ist es Zeit, um den Schuldnern nicht zwei Monate unfreiwillige Frist gestatten zu müssen. Bei der

Unterschieden von größerem Geschäftsumfange empfiehlt es sich, mit Einreichung der Klage die Bitte um Verhandlung der Sache noch vor den Ferien zu verbinden.

Ein äußerst frecher Einbruch ist vergangene Nacht in dem Grundstücke Windmühlenstraße 39 verübt worden. Die Diebe haben dort aus einem Geschäftslokal einen acht Centner schweren Geldschrank gestohlen, zu dessen Fortschaffung sie einen zweirädrigen Handwagen, der im Hofe des betreffenden Grundstückes gestanden hat, verwendeten. Wahrscheinlich haben sie den Geldschrank mit einer großen Leinwandplane überdeckt, denn es fehlt eine solche in dem Geschäft. Den Eingang in das Grundstück und in die Geschäftsräume verschafften sich die Einbrecher durch Verwendung von Nachschlüsseln und durch Aufbrechen der Thüren. Mit dem Schranke sind den Dieben sämtliche Geschäftsbücher, sowie 1500 bis 2000 Mark bares Geld, darunter eine Anzahl Hundertmarkscheine, ferner mehrere Coupons 3/4-prozentigen Aktien des Erbäländischen Ritterchaftlichen Kreditvereins in die Hände gefallen. Ueberdies haben die Diebe etwa 1 Centner Cervelat- und Salamiwurst und 1 Faß Butter, M. S. 157 signiert, mit fortgenommen. Sachdienliche Mitteilungen wolle man ungekürzt an die Kriminalabteilung des Polizeiamts gelangen lassen.

Einbrecher versuchten in der Nacht zum Mittwoch in einem Grundstück in der Kossstraße einzubrechen. Die Diebe bohrten das Schloss der Eingangstür eines Geschäftslokals an, wobei sie aber gestört worden sind und infolgedessen ihre Arbeit aufgeben mußten. Mehr Glück hatten dagegen die Einbrecher, die am Kriminalischen Steinwege in der Nacht zum Dienstag einen Schrank aufgebrochen und seinen Inhalts, bestehend aus 18 Hemden verschiedener Farbe, beraubt haben.

Fleischdiebstahl. Weil er seinem Meister größere Mengen Fleisch gestohlen hat, die er einem Kassebudenbesitzer zustellte, wurde ein 21 Jahre alter Fleischergeselle aus Rudolfsbrunn zur Verantwortung gezogen. Mit ihm wird sich der Besitzer der Kassebude wegen Fälschung zu verantworten haben.

Ein 28 Jahre alter Fleischergeselle aus Dresden bestahl seinen Arbeitgeber wiederholt um Wurstwaren und wurde deshalb verhaftet.

Erhängt aufgefunden wurde am Dienstag im Wipfischholze bei Connewitz der Leichnam eines Mannes, der sich Tags zuvor aus Paunsdorf unter Mitnahme eines Geldbetrags von 100 Mk. und eines graulibergrohen Handtellers mit zwei schwarzen Lederhosen und Blechschuhen an den Ecken entfernt hatte. In dem Koffer befanden sich Arbeitsachen. Außerdem hat der Mann einen rotbraunen Spazierstock bei sich geführt. Ein Teil des Geldes wurde bei der Leiche vorgefunden, wogegen Koffer und Spazierstock fehlen. Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib dieser Sachen würden der Kriminalpolizei angezeigt sein.

Kleine Polizeinacht. Feuer brach gestern in einer Wohnung der Universitätsstraße infolge des Umstehens eines Petroleumofens aus. Der Brand konnte von Hausbewohnern unterdrückt werden, so daß die Feuerwehr nicht in Tätigkeit kam.

In einem Grundstück der Wendestraße ging gestern vormittag ein Aufschuß durch. Das Tier ist eine 64jährige Frau, die dabei leicht verletzt wurde.

Am Magdeburger Bahnhof wurde gestern eine Frau aus Gommern von einer Droschke über den linken Fuß gefahren. Die Frau kam ohne erhebliche Verletzungen davon.

Auf der Goethestraße ist ein Radfahrer, ohne sein Versehen eine Frau um. Die Frau schien keinen Schaden genommen zu haben.

Gestern Abend wurde in der Nikolaistraße ein 54jähriger Anabe von einem Radfahrer angefahren. Der Unfall ging ohne Folgen ab.

Wegen der Unterschlagung einer goldenen Kette, die ihr zur Aufbewahrung anvertraut war, erfolgte die Verhaftung einer schon vielfach bestraften 23 Jahre alten Frauensperson.

In einem Restaurant zu L.-Kleinschöcher ging vor einiger Zeit ein 27 Jahre alter Arbeiter aus Großschöcher mit einer größeren Geldsumme durch. Der geschädigte Wirt traf den Dieb und ließ ihn festnehmen.

In Haft genommen wurde eine 10 Jahre alte Frauensperson von hier wegen des dringenden Verdachts, einem Herrn 80 Mk. gestohlen zu haben.

Einen Schuhmachermeister in der Ostvorstadt wurden von einem 16jährigen Burschen, der für ihn die Wege ging, wiederholt Geldbeträge in Gesamthöhe von 65 Mk. entwendet. Der uneheliche Bursche wurde zur Verantwortung gezogen.

In der Thomaspasse wurde gestern nachmittag von einem Wagen ein Stück schwarzer Kammerstoff im Werte von 210 Mark gestohlen.

Aus einem Grundstück der Berliner Straße sind am 12. d. Mts. 100 Stück neue Eisenplatten, je 25 Centimeter lang und 12 Centimeter breit, gestohlen worden. Die Platten sind zum größten Teil D R P 88 540 gezeichnet.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Der Amerikanische Grubenarbeiterstreik. Wie die Frankfurter Zeitung aus New York erfährt, berufen die vereinigten Grubenarbeiter eine allgemeine Tagung aller Kohlenarbeiter Amerikas ein, und der Generalkongress dürfte auch im Weichholzen gebiet proklamiert werden. Dieser Umstand wird die gesamte Industrie schwer schädigen, da schon jetzt der Kohlenmarkt schlecht steht. In Patterson erregten die Streikenden der Seidenfabriken Unruhen, sie schossen auf die Polizei und verletzten verschiedene Personen; eine Frau wurde getötet.

Von Nah und Fern.

Zwei kapitalistische Massenmorde.

In den Saksdamer Kohlengruben bei Gron ereignete sich am 17. Juni eine Explosion schlagender Wetter, durch die zehn Arbeiter erschlagen wurden. Sieben Arbeiter wurden tot und drei lebend hervorgezogen.

Bei Gießen steht die Friedrugsgrube in Flammen. Zwei Personen sind tot, sechs schwer verwundet; auch von diesen soll neuerer Nachricht zufolge schon zwei gestorben sein. Die Ursache des Brandes wird auf eine Kohlenstaubexplosion zurückgeführt.

Arbeiterisiko.

In dem Petroleumhofen zu Reicholz bei Düsseldorf stürzte am 18. Juni ein hölzernes Gerüst an einem Petroleumkessel, auf welchem sich drei Monteur beim Kleben des Kessels befanden, zusammen. Die Monteur erlitten unter das Gerüst und wurden schwer verletzt; einer derselben starb alsbald.

Ein netter Gefangenenerwart.

Das Elbinger Schwurgericht verurteilte den Gefangenen aufseher Soboschinsky von Elbing wegen Sittlichkeitsverbrechen, verübt an mehreren weiblichen Gefangenen, sowie wegen Meinesides zu dreieinhalb Jahren Gefängnis.

Unschuldig verurteilt.

Im Jahre 1883 war der Bergmann Spitz in Essen wegen Sittlichkeitsverbrechen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er trotz unaufhörlicher Unschuldsbeteuerung verbüßte. Die Verurteilung war auf die Aussage seiner mit ihm in Streit lebenden Stiefkinder erfolgt. Diese wurde jetzt derart von

Gewissensbissen gepeinigt, daß sie dem Gerichte anzeigte, damals falsche Aussagen gemacht zu haben. Im Wiederaufnahmeverfahren ist hieraufhin Spitz von der gestrigen Strafkammer freigesprochen worden.

Kirchenfreunde.

Ein im Gouvernement Tiflis belegenes Kloster des Heiligen Antonius wurde kürzlich abends von zehn Räubern überfallen, während gerade eine Seelenmesse abgehalten wurde. Die Räuber gaben in der Kirche mehrere Schüsse ab, worauf alle Anwesenden die Flucht ergriffen. Die Räuber wollten dann den die Messe lesenden Mönch zwingen, ihnen die Klosterkasse zu zeigen, erreichten jedoch ihren Zweck nicht. Sie mußten sich vielmehr damit begnügen, einen Teil der Kirchengüter mitzunehmen.

Petroleumbrand.

Seit dem 16. Juni abends wütet auf der Rapphafundstätte in Bibl-Elsb in Waku ein Brand; 16 Bohrtürme sind niedergebrannt, drei Behälter sind gesprungen.

Briefkasten der Redaktion.

G. B., Schenkendorffstraße. Nein, das berechtigt Sie nicht, ohne Kündigung auszuziehen zu können. Anders wäre es, wenn Sie beim Einmieten den Wirt danach gefragt haben würden und dieser Ihnen die beiden Uebelstände verschwiegen hätte. Sie müssen also ordnungsgemäß kündigen.

G. W., Anhaltstraße. Wir können auch aus Ihrem zweiten Schreiben nicht ersehen, daß Gründe vorhanden wären, die es den betreffenden Personen zur Pflicht machen, diesem Verein nicht beizutreten. Ein Hindernis kann doch nur dann vorhanden sein, wenn die Tätigkeit in dem Verein mit den sonstigen Anschauungen der Betreffenden im Widerspruch steht. In letzterer Beziehung können wir jedoch nicht urteilen, weil uns die statutarischen Bestimmungen völlig unbekannt sind.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 19. Juni: 160. Abdon. Vorstellung (4. Serie, Braun): **Des Meeres und der Liebe Wellen.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer. Regie: Ober-Regisseur Adler.

Hera	Fr. Laue
Der Oberpriester, ihr Oheim	Fr. Borchardt
Deander	Fr. Feistel
Nauferos	Fr. Taeger
Janthe	Fr. Höbner
Der Hüter des Tempels	Fr. Höbner
Heros Eltern	Fr. Borchardt
Ein Diener.	Fr. Kungschmann

Altes Theater.

Donnerstag bis Sonnabend: Geschlossen.
Freitag: **Spelkanstalt I (Johannisplatz):** Peterhilfe mit Kinderspiel.
Spelkanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffelschinken mit Schöpfenspeise.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:
Spelkanstalt I (Johannisplatz): Peterhilfe mit Kinderspiel.
Spelkanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffelschinken mit Schöpfenspeise.

200 Mk. Belohnung!

In der vergangenen Nacht wurde in der Butter- und Käse-Großhandlung von Leibert & Wenzel, Windmühlenstraße 30 im II. Hofe, ein ungewöhnlich frecher Einbruch verübt. Die Einbrecher, deren mindestens drei beteiligt gewesen sein dürften, haben sich entweder im Hofraum des genannten oder des Nachbargrundstückes einschließen lassen oder das Gitterthor an der Windmühlenstraße mittels Nachschlüssels geöffnet. Sie haben alsdann die zu ebener Erde gelegene Niederlage mit Nachschlüssel aufgeschlossen, dort die Thüre zum Comptoir erbrochen und im Comptoir sämtliche Kasse aufgesprengt und durchwühlt. Auch den dort befindlichen braun gestrichenen Geldschrank älterer Konstruktion — Größe Nr. 2 — haben sie umsonst zu erbrechen versucht, hierauf den eiserne, wenigstens 6 bis 8 Centner schweren oberen Teil vom Boden losgewuchtet, auf einen der Firma gehörigen zweirädrigen Kastenhandwagen mit Gabeln geladen und mit diesem das Grundstück nach der Windmühlenstraße zu — wahrscheinlich in der vierten Morgenstunde — verlassen.

In dem Geldschrank befanden sich:

1. etwa zehn Hundertmarkscheine,
2. etwa Dreihundert Mark in Gold und Silber,
3. eine größere Anzahl Coupons (vielleicht für 700 Mk.), darunter für 110 Mk. 25 Pfg. Coupons von 3/4, proz. Aktien des Erbäländischen ritterchaftl. Kreditvereins,
4. die Geschäftsbücher der Firma.

Außerdem haben die Diebe etwa 1 Centner Cervelatwurst, 1 oder 2 M. S. 157 gezeichnete Fässer mit Butter und eine Wagenplane gestohlen. Die letztere ist von einer größeren Plane abgeschnitten und trägt die Buchstaben C...pert...zig.

Die Diebe haben nach den aufgefundenen Fußabdrücken Schuhe mit Gummisohlen getragen.

Für die Ermittlung der Thäter und Wiederbeschaffung des Gestohlenen wird die obige Belohnung vom Polizeiamt und den Bestohlenen je zur Hälfte ausgesetzt.

Mitteilung erbitten wir an unsere Kriminalabteilung Wächterstraße 5, Erdgeschoss links.

Leipzig, am 19. Juni 1902.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung.

Allen denen, die die Verhandlungen des Bankprozesses gegen Exner und Gen. mit Interesse verfolgen, sei zur Anschaffung die vorzügliche Broschüre

Krach — Krisis und die Arbeiterklasse

von Georg Bernhard

bestens empfohlen.
Der Verfasser beleuchtet mit grosser Schärfe das Gebiet der jüngsten Bankschwindelen und deren Einfluss auf das ganze Wirtschaftsleben. Der Preis der Broschüre beträgt 15 Pfg. und nehmen alle Austräger der Leipziger Volkszeitung Bestellungen entgegen.

Wohnungsanzeigen.

Schöne Wohnungen 340, 380, 320 Mk. in Stütz, Nähe d. Parks, per 1./7. zu verm. Näb. d. b. Stelzer, III. ob. Vo. Luisenstr. 42.

In Großschöcher, Hauptstr. 85, schöne Wohnung, 3 St., 2 K., K. u. Bodenr. f. 320 Mk. sof. zu verm. Näb. d. b. im Laden.

Stube, K., K., f. 182 Mk. per 1./7. zu vermieten. Connewitz, Brandstraße 17, p.

Leere Stube mit Ofen zu vermieten. Plagwitz, Biegelstraße 19, I. r.

Leere Stube. Stube per 1./7. zu vermieten. Klisch, Baumannstr. 7, II. r.

Weniger. Stube mit Kochen sofort zu vermieten. Klisch, Klingenstr. 88, III. r.

1. Stube m. Kochen f. 6 monatlich einl. Berl. p. 1./7. v. m. Gumborf. Str. 19, IV. r.

Stube m. Kochen f. 5 Mk. zu vermieten. Kleinsch, Schleifg. Weg 22, II. l.

Leere Stube m. Kochen zu vermieten. Volkmarstraße, Gwaldfstraße 8, I.

Fein möbl. 2. St. Zimmer für 2 Berl. a 2.50 Mk., Ruhmstr. 22, III. Selbst.

Freundl. sep. Schlafstelle b. Kinderlosen Leuten. Anger, Felixstraße 2, p. l.

Freundliche Schlafstelle zu vermieten. Göhlis, Dorothienstraße 15, Hof II. l.

Freundliche Schlafstelle zu vermieten. Frau Michel, Mahmannstr. 9, I. r. Stg.

Schlafstelle bei kinderlosen Leuten zu vermieten. Lind., Hermannstr. 19, II. r.

Fein möbl. Schlafst. für 2 Herren zu verm. Bagerische Str. 9, II. r. Müller.

Schöne Schlafstelle zu vermieten. Härtelstraße 11, IV.

Freundl. Schlafstelle für Herrn offen. Plagwitz, Weihenfelder Straße 62, II. r.

Schlafstelle für Herrn od. Mädchen zu vermieten. Plagwitz, Alte Str. 11, G. IV. r.

Fein möbl. Schlafst. f. 2 anst. Mädchen zu verm. Leipzig, Weststr. 4, IV. l. R. Sieger.

Logis gesucht im Preise von 250-350 Mk. zum 1. Oktober. Offerten unter A. Z. an die Exp. d. Bl. erbeten.

Vermischte Anzeigen.

Schuhmacher auf Reparatur gesucht Anger, Rudolfsstr. 4, pt.

Ord. Frau f. Arbeit i. Waschen u. Reinem. Richter, Gutrich, Deltischer Str. 84, G. p.

Junge Frau sucht Arbeit im Waschen u. Reinemachen. Stölterh. Mittelstr. 46, II. l.

Größ. Schulmädchen zu 2 Kindern sof. gesucht Anger, Mölkauer Str. 6, II. M.

Damen- u. Kinderkleider und Hüfen fertigt billig Bergstr. 13, III. l.

Wohnung von heute ab Stölteritz, Wassertr. 24, I. 5752

E. Stecker, Gebamme.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Wer leih. e. Darlehn v. 50 Mk. geg. pünktl. mon. Rückz. m. G. Off. u. 55 a. d. Exp. d. Bl.

Fortschritte der Technik und Rückschritte der Arbeiterlebenshaltung.

von Krefeld, 15. Juni.

Seit einiger Zeit gärt es ganz gewaltig unter den Webern, sowohl der Stoff- als der Sammetbranche, am Niederrhein. Der nie ruhende menschliche Erfindungsgeist, der vor einigen Jahren den mechanischen Kraftstuhl so ausrüstete, daß die kompliziertesten Stoffe darauf hergestellt werden konnten, ist dabei, durch einen neuen technischen Fortschritt in kurzer Zeit annähernd die Hälfte der Sammetweber überflüssig zu machen. Wie bedeutungslos der Handbetrieb für Sammetgewebe geworden ist, beweisen ein paar Zahlen. Während man nämlich im Handelskammerbezirk Krefeld im Jahre 1897 noch 1637 Handstühle zählte, waren im Jahre 1901 nur noch 649, und zwar zeitweilig, im Betrieb. Einen Teil des Jahres stehen diese Stühle überhaupt still, weil dieselben sich in den ländlichen Bezirken befinden und die Weber sich zur Feldbestellung und Erntezeit entweder bei einem Bauer oder Gutsbesitzer verdingen. Die Handweberei ist nicht mehr lohnend und es ist nur eine Frage der Zeit, wann der letzte Handstuhl verschwindet. Doch auch die Zahl der mechanischen Sammetstühle vermindert sich infolge des technischen Fortschrittes von Jahr zu Jahr, trotzdem der Verbrauch an Sammet immer größer und selbstverständlich der Bedarf auch gedeckt wird. Die Zahl der mechanischen Sammetstühle ist von 2214 im Jahre 1898 auf 1961 im Jahre 1901 gesunken, und zwar handelt es sich hier nur um Krefelder Firmen. Während es aber früher als der Gipfel der Vollkommenheit galt, wenn auf einem Kraftstuhl zwei Stücke Sammet zu gleicher Zeit gewebt wurden, eins oben und das andere unten, webt man jetzt sechs Stücke zu gleicher Zeit und zwar drei nebeneinander und gleichzeitig drei darunter. Die Produktionskosten sind dadurch bedeutend gefallen. Trotz allen Fortschritts war es bis vor einiger Zeit nicht gelungen, mit mehr als einem Schiffchen auf den Sammetstühlen zu arbeiten. Die Einrichtung war so, daß ein Schuß durch die oberen drei Werte, wie der technische Ausdruck lautet, und der andere durch die unteren Werte ging. Durch eine neue Erfindung ist es jetzt aber möglich, zwei Schiffchen zu gleicher Zeit durchzubringen. Der Erfolg ist derart, daß es einem guten Weber möglich ist, zwei Drittel an Ware mehr herzustellen als mit einem Schiffchen. Die Textilindustriellen sind eifrig dabei, die Stühle mit den Einrichtungen zu versehen, damit auf denselben mit zwei Schiffchen gearbeitet werden kann. Dieser technische Fortschritt wird wieder Elend und Not für die Sammetweber im Gefolge haben, den Vorteil allein haben, wie überall, und solange wir keine anderen gesellschaftlichen Zustände herbeigeführt haben, die Unternehmer. Das erste, was die Sammetbarone thaten, war, den Lohn für die Zweischiffchenwerke um 25 Proz. und mehr zu kürzen.

Die Weber verlangen eine einheitliche Lohnliste bei allen Unternehmern, der Abzug soll nur 20 Proz. betragen und die Arbeitszeit soll entsprechend verkürzt werden. In mehreren großen Versammlungen sind diese Bedingungen festgelegt worden und es kann, wenn die Unternehmer sich nicht Verhandlungen geneigt zeigen, zu einem allgemeinen Sammetweberausstand kommen; sogar das Organ der christlichen Textilarbeiter plädiert für Streik. Um Uneinigkeit unter den Webern zu erzeugen, sind einige Unternehmer auf ein ganz raffiniertes Mittel verfallen, sie lassen nämlich die Arbeiter, die auf den Zweischiffchenstühlen beschäftigt sind, 10½ Stunden arbeiten, wogegen die anderen nur 8 Stunden beschäftigt werden. Sie denken dadurch, daß sie einem Teil der Weber einen größeren Verdienst zukommen lassen, einen Teil in die Bewegung zu treiben. Ob es gelingen wird, muß die nächste Zeit lehren. Auf alle Fälle wird die neue Erfindung eine große Arbeitslosigkeit für die Sammetweber des Niederrheins im Gefolge haben.

Genau das nämliche Schicksal steht den Seiden- oder Stoffwebern bevor. Während in dieser Branche die Arbeiter früher nur einen Stuhl zu bedienen brauchten, ist jetzt das Dreistuhlsystem gang und gäbe. Und schon ist man in einigen Betrieben dabei, das Dreistuhlsystem einzuführen; es ist nur eine Frage der Zeit, daß diese Einführung allgemein wird. Im Gegensatz zu den Sammetwebern, wo keine Frauen beschäftigt werden, nimmt in den Stoffwebereien die Frauenarbeit überhand. Dieser Umstand, in Verbindung mit der Einführung des Zweistuhlsystems haben die Stoffweber es zu danken, daß die Löhne so tief stehen, wie in keinem anderen Teil der Textilbranche. Um die Lage dieser Kategorie von Arbeitern in etwas zu heben, arbeiten die Vertreter der freien Gewerkschaften mit den christlichen Hand in Hand. Nach langer Vorbereitung hat dieser Lage eine Konferenz von Vertretern der Stoffweber des ganzen Niederrheins in Krefeld stattgefunden, an welcher die Vorsitzenden der verschiedenen Textilarbeiterverbände teilnahmen. Diese Konferenz, der auch viele Frauen als Delegierte beizuhören, stellte folgende Forderungen auf: Die Accordlohnfrage ist so zu regulieren, daß bei 10stündiger Arbeitszeit jedem Weber und jeder Weberin ein Wochenlohn von 20 Mk. garantiert ist, die Arbeitszeit soll auch auf dem Lande zehn Stunden nicht übersteigen, alle Bestrebungen der Unternehmer, die darauf gerichtet sind, über das Dreistuhlsystem hinauszugehen, sollen energig abgewehrt werden. (19) Diese und die folgende von einem christlichen Führer eingebrachte Forderung wurde auch von Vertretern des Deutschen Textilarbeiterverbandes, um keine Uneinigkeit hervorzurufen, trotz ihrer sonderbaren Fassung (und ihres noch sonderbareren Inhalts. Nummerierung d. Red.) angenommen. Sie lautet: 1. Diejenigen Industriearbeiterinnen, die auf die Arbeit zu ihrem Lebensunterhalt angewiesen, ohne höhere sittliche und gesellschaftliche Verpflichtungen zu haben, ist die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft in der Industrie nutzbar zu machen, nicht zu nehmen. 2. Alle Rücksichten sind jedoch beiseite zu setzen vor den Forderungen der Moral und Sittlichkeit einerseits und vor denjenigen, die im Interesse der Gesellschaft gestellt werden müssen andererseits. 3. Genannte Forderungen gipfeln in der Notwendigkeit der gänzlichen Beseitigung der Industriearbeit

verheirateter Frauen und in der Möglichkeit, dem heranwachsenden weiblichen Teile der Arbeiterbevölkerung Erziehung und Vorbildung zum Hausfrauen- und Mutterberufe zu geben.

Die Stoffweber sind gewillt, ihre Forderungen mit Nachdruck zu verteidigen. Es kann am Niederrhein in nächster Zeit zu schweren wirtschaftlichen Kämpfen kommen.

Die bayerische Wahlrechtsreform vor dem Landesparteitag.

Der bayerische Landesparteitag hat nun die Verhandlungen über die Wahlrechtsreform geschlossen, auf die von bayerischer Seite so vielfach als auf eine Offenbarung hingewiesen worden ist. Wir geben die Verhandlungen nach dem Bericht eines bayerischen Parteiorgans wieder, um unseren Lesern ein selbstständiges Urteil zu ermöglichen.

Das Referat über die Wahlrechtsreform erstattete Landtagsabgeordneter Adolf Müller-München. Er führte aus:

Am 10. Mai d. J. ist nach neunjährigem Kampfe der bayerischen Sozialdemokratie um die Reform des Landtagswahlrechts eine vorläufige Entscheidung gefallen. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Abgeordnetenkammer einer Resolution zugestimmt, die nach langen Verhandlungen im Wahlgesetzausschusse angenommen worden war und auf Grund der die Regierung sich bereit erklärt hat, dem Landtag zum Beginn seiner nächsten Session, also noch in der gegenwärtigen Wahlperiode, den Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes vorzulegen.

Die Wohlthaten des noch geltenden Gesetzes kennen Sie aus eigener Erfahrung zur Genüge, um ohne weiteres einen Vergleich ziehen zu können zwischen dem was vorher war, wenn das neue Gesetz auf der Grundlage der Resolution des Wahlgesetzausschusses wirklich zu Stande kommt und zwischen dem, was wir jetzt als Wahlrecht besitzen. Es müßte daher von Rechts wegen genügen, Ihnen kurz die Verhandlungen im Ausschusse zu skizzieren, einen gedrängten Überblick der Plenarverhandlungen vom 15. und 16. Mai d. J. zu geben und den Wortlaut der Resolution zu verlesen. Ich bin auch überzeugt, daß alle, die den Ereignissen bisher aufmerksam gefolgt sind und schon ein oder mehrere Male eine Wahl unter dem gegenwärtigen Gesetze miterlebt haben, anerkennen werden, daß ein Erfolg erzielt wurde, den wir vor zwei Jahren, als wir in Kürze bestimmen waren, nicht erwartet hätten.

Mein einige Prinzipienwächter in unserer Partei haben wieder einmal das unabwendbare Bedürfnis verspürt, über die richtungslosen bayerischen Wahlen zu Gericht zu sitzen. Die Gefahr wäre vielleicht vorhanden gewesen, daß sie vielleicht auch einmal einen Erfolg der bayerischen Landtagsarbeit hätten rühmen müssen und das wäre ja gegen alle heilige Ueberlieferung. Anstatt das bestehende Gesetz und dessen Wirkungen genau zu studieren, die besonderen Umstände gerecht und billig abzuwägen, haben sie einen Teil der Parteipresse gegen uns mobil gemacht und Vorwürfe wie Wettbewerbs und den Ruin der Partei, Wahlentscheidung nach sächsischem Muster u. gegen uns erhoben.

In der neuen Zeit war es Genosse Weibel, der diese wissenschaftliche Methode mit einem keineswegs wissenschaftlichen Artikel gegen uns verfaß. Dieser Aufsatz ist in Anbetracht der Bedeutung seines Autors in unserer gesamten bayerischen Parteipresse reproduziert worden und so zweifellos zur Kenntnis der meisten Delegierten gelangt. Daß auch der Vorwärts ein wenig mitthat, ist selbstverständlich, unserem Zentralorgan sind die bayerischen Verhältnisse leider nicht hinreichend bekannt. Doch muß anerkannt werden, daß er seine Polemik in anständiger Form führte. Ferner ist vorhanden eine Resolution der Augsburger Genossen. Alle diese Vorgänge nun, deren Erwähnung ich vorweg nehme, um die ständige Sachlichkeit meines eigentlichen Referates nicht zu stören, gaben die Veranlassung, etwas weiter auszuholen, als anfangs beabsichtigt war. Zu diesen Feststellungen gehört zunächst eine kurze Rekapitulation der Entwicklung von 1893 bis 1902. Bevor die Sozialdemokratie in den Landtag eintrat, war hinsichtlich der Wahlrechtsreform völlige Ruhe über den Wassern. Die bürgerlichen Parteien hatten sich ansehnend mit der Forderung des Gesetzes vom Jahre 1848 beruhigt, die im Jahre 1881 zu Stande gekommen war. Die einzige Frage blieb die Wahlkreisgeometrie, bezüglich der die Centrumpresse bei jeder Wahlperiode jammerte, sie sei von der Regierung zu Gunsten der Liberalen besorgt worden. Nebenher gibt nun eine eingehende Darstellung der Wahlrechtsbestrebungen in Bayern.

Ich habe Ihnen gezeigt, wie während des ganzen Kampfes um die Wahlrechtsreform gerade die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts das Hauptbestreben der sozialdemokratischen Landtagsfraktion war, wie bis zur letzten Minute im Ausschusse gegen die Hinaufhebung des Wahlalters gekämpft wurde. Schließlich aber standen 11 gegen 148, und die Regierung und die Gewalt der reaktionären Mehrheit geht vor. Nachdem die Entscheidung im Ausschusse gefallen war, stand die Fraktion einfach vor der Frage, sollen wir dieser Verschlechterung wegen die Reform überhaupt bereiteln oder sollen wir durch Ermöglichung des direkten Wahlverfahrens wenigstens der Mehrheit der Wahlberechtigten dazu verhelfen, ein Recht auszuüben, das sie auf dem Papiere zwar besitzt, das aber für das Proletariat in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Nebenher geht dann auf die Zustände bei den Landtagswahlen in Nürnberg ein.

In München, in Ludwigshafen waren die Verhältnisse so, daß in den ländlichen Bezirken und den inneren Stadtbezirken auf einen Wahlmann nur ein Siebentel der abgegebenen Stimmen traf; gegenüber den Bezirken, in denen das städtische Volk wohnte; die Bauern, die Besitzenden hatten daher das siebenfache Wahlrecht gegenüber dem Proletariat. Die Wirkung zeigte sich in der Wahlbeteiligung. Bei den Reichstagswahlen 1893 war die Beteiligung 64,2 Proz., bei den Landtagswahlen 60,3 Proz., 1898 bei den Reichstagswahlen 60,8 Proz., 1899 bei den Landtagswahlen (trotz unserer und der Bauernbündler energischer Agitation) nur 51 Proz. In den ländlichen Bezirken, wo wir infolge des indirekten Verfahrens, das jedes Wahlgeheimnis ausschließt, überhaupt nicht in die Wahl eintreten konnten, war die Beteiligung sogar auf 15 Proz. heruntergegangen. Von den 10 054 Wahlmännern im Jahre 1899 trafen auf uns nur 747, gleich 7,4 Proz., trotzdem von je 100 abgegebenen Stimmen 26,6 uns gehörten! Von diesen 747 Wahlmännern aber waren in München 1 und in der Pfalz etwa 200 nur durch das bekannte Kompromiß auf unsere Seite gekommen. Infolge der Schwierigkeiten, Wahlmänner für uns zu bekommen, konnten wir in weiten Bezirken des Landes überhaupt nicht in die Wahl eintreten. So in München I, in Wiesbach (mit den Bergarbeitern u. a.), in Traunstein, in Ingolstadt, in Landshut, in Landau a. J.; Orte wie Benzberg, Reiffenberg mußten ebenfalls ausbleiben. In ganz Niederbayern hatten wir keinen einzigen Wahlmann; im 3. und 6. pfälzischen Wahlkreis keinen, in der ganzen Oberpfalz keinen, in Kulmbach ganze 2, im 4., 5. und 6. mittelfränkischen Wahlkreis keinen, in Aschaffenburg einen, im 4., 5., 6., 7., 8., 9. unterfränkischen Wahlkreis keinen, in ganz Unterfranken ganze 31! In Augsburg ganze 8 und in allen übrigen schwäbischen Wahlkreisen keinen einzigen. In allen den genannten Bezirken war also das Wahlrecht unserer Genossen völlig illusorisch, und so steht das Wahlrecht aus, das wir durch Zustimmung zu der Resolution verschlechtert haben sollen. Dazu kam die Notwendigkeit der Kompromisse bei den Wahlmännerwahlen, der

Strohhandel bei den Abgeordnetenwahlen, und ohne solche prinzipiell doch sicher wertvolle Strohhandels ist bei dem gegenwärtigen Gesetze für uns überhaupt nichts weiter zu erreichen. Von den sonstigen Schönheiten des gegenwärtigen Gesetzes, von den endlosen Nachwahlen (siehe Wahrenth), der völligen Preisgabe der Urwähler an oft unzuverlässige Wahlmänner wäre noch viel zu reden, allein ich kann im Rahmen dieses Referates auf weitere Einzelheiten nicht mehr eingehen.

Parteienossen! Ich habe mich trotz der heftigen und meiner innersten Ueberzeugung nach ungerechten Angriffe, die wir erfahren haben, bemüht, so sachlich als möglich zu bleiben. Ich habe jedes unnötige Pathos und jeden rednerischen Aufschwung zu vermeiden gesucht. Aber eines darf ich doch wohl noch sagen, an Mühen und Kämpfen, um dem bayerischen Volke ein besseres Wahlrecht zu verschaffen, hat es die sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht fehlen lassen. Wir sind nur 11 unter 150, eine winzige Minorität gegenüber zwei großen Parteien, die bei keiner Wahlrechtsreform viel zu gewinnen haben. Trotzdem haben wir, gestützt auf den Willen des Volkes, die Sache in Kürze gebracht. Zur hochindustriellen Sachse haben die Ordnungsparteien auf die Wahlrechtsforderungen unserer stark organisierten Freunde mit völliger ventaler Wahlentziehung geantwortet. In Preußen mit seinen besseren sozialdemokratischen Organisationen, mit seiner Hauptstadt der Intelligenz, ist es noch nicht gelungen, das schändliche Dreiklassen-Wahlrecht ins Wanken zu bringen — in Bayern haben wir gegenüber dem jetzigen Zustand der Wahlrechtsbeschränkung durch das indirekte Wahlverfahren, der völligen Wahlentziehung in weiten Bezirken des Landes, die ich Ihnen skizzenmäßig vorgeführt habe, immerhin einen wesentlichen Fortschritt erlangt. Sie haben uns in die Abgeordnetenkammer geschafft, nicht um Neben zum Fenster hinaus zu haken, sondern um praktisch zu erreichen, was zu erreichen ist, damit die Sache des wertvollen Volkes gefördert, damit zur weiteren Ausbreitung unserer Prinzipien freie Bahn geschaffen werde, damit auch auf dem Gebiete des Wahlrechts von dem jetzt Erreichten aus unser volles Prinzip mit der Zeit ganz zum Siege gelangen kann. (Lebhafter Beifall.)

Kollwagen-Augsburg erstattet das Referat: Mich können alle Einwände nicht abschrecken, meine geistige Meinung auszusprechen. Die erste Forderung der sozialdemokratischen Fraktion und ihr gewichtigstes Argument gegen die bürgerlichen Parteien war das Wahlrecht. Ich habe mich wieder von Weibel noch von Barbus beeinflussen lassen. Es ist richtig, daß Grillenberger erst ganz und gar im Sinne des Programms seine Forderungen stellte. Müller hat alles angeführt, was für den Beschluß der Fraktion spricht, nicht aber, daß z. B. Grillenberger, als Altlinger (i. d. B.) das Wahlalter auf 25 Jahre festsetzen wollte, ausrief: „Das geht doch über die Pfutzma!“ Der Redner bespricht die einzelnen Punkte der Wahlrechtsresolution und erklärt, unter gar keinen Umständen dürfe man darauf eingehen, daß der Spielraum zwischen 32 000 und 44 000 Seelen festgelegt werde. Nach den vorzüglichen Ausführungen Segl's mußte man im höchsten Grade verwundert sein, daß die Fraktion dann für die Resolution stimmte. (Sehr richtig!) Die Zweidrittelmajorität wird ohnehin nicht zu Stande kommen wegen der Bauernbündler und Centrumsbauern. Sogar der Minister v. Feilitzsch hat seine Verbannung darüber ausgesprochen, daß von unserer Seite der „Präzedenzfall“ zugestimmt wurde. Der Präsident der Reichsratskammer hat erklärt, daß er in der ganzen Resolution nicht einen Punkt findet, dem er nicht zustimmen könne. In solcher Gesellschaft befinden wir uns also. (Weiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß die Fraktion gar keine Veranlassung gehabt hätte, für die Resolution einzutreten. Sie wäre auch ohne die Stimmen der Fraktion angenommen worden. (Sehr richtig!) Die Regierung hat gefragt, wie das Wahlrecht gemacht werden soll, und da hätte ihr mit dem Hinweis auf unser Programm geantwortet werden sollen: Das war das Verwerfliche, was die Fraktion gethan hat. Weibel hat recht, daß wir völlig lahmgelegt sind, denn was unsere Genossen im Landtag festgelegt haben, das soll uns als Richtschnur dienen. Der Staatsreich, den die Fraktion in Bayern gemacht hat, kann ihr nie vergiesen werden. Müller hat die Vorteile geschildert, die München, Nürnberg und Ludwigshafen zu teil werden. Ja, machen wir denn die Wahlrechtsreform nur für die großen Städte oder für das ganze Land? Wir beantragen, zu erklären, daß die Fraktion es an agitatorischer Schärfe fehlen ließ und daß ihre Haltung von dem Erfurter Programm abweicht. (Lebhafter Beifall bei den Gästen.)

Zur Diskussion wird gestellt der Antrag 34. Die Anträge 1 und 33 werden nicht genügend unterstützt.

Dirreiter-Ludwigshafen beschwert sich über die furchtbare Länge der Landtagsberichte, die in diesem Umfange nicht gelesen werden. Dem Antrag 34 können wir nur zustimmen. — Was das Wahlrecht betrifft, so war die Art, wie die Presse aufeinander losgeschlagen hat, nicht nach dem Geschmaek eines jeden. Wenn auch die Münchener Post gereizt war, so konnte man sich den „russischen Sozialrevolutionär“ scheiden, ebenso den auf Weibel gemünzten „Prinzipienwächter“. Der Entwurf selbst enthält gewiß eine Reihe Verschlechterungen, besonders die Hinaufhebung des Wahlalters. Ich kann der Pfälzischen Post nicht beistimmen, daß davon Arbeiter und Bauern den gleichen Schaden haben, denn die Arbeiterklasse hat ein viel längeres Lebensalter. Den Beifall der Stichwahlen bedauere ich nicht im mindesten, da nun einmal dem Strohhandel vorgebeugt wird. Es sind also nicht nur Nachteile, sondern auch ganz bedeutende Vorteile da und ich würde bedauern, wenn die Resolution nicht zu Stande käme. Dem Antrag Kollwagen-Braun schließe ich mich in seinem ersten Teile an; es hat an der nötigen Agitation gefehlt. Im übrigen können wir der Haltung der Fraktion zustimmen.

Witz-München: Müller hat die Entwicklung des Wahlrechts so eingehend dargestellt, daß ich dazu nichts mehr zu sagen habe. Die Gegner haben sehr oberflächlich gearbeitet. Ueber Barbus und Weibel wundere ich mich nicht, wohl aber über Kollwagen. Wir können in vielen Gegenden gar nicht in die Wahl eintreten, weil wir einfach keine Wahlmänner bekommen. Nicht einmal in Augsburg konnten wir alle Bezirke besetzen. (Hört, hört!) Ja, ist denn das keine Wahlentziehung? Wenn das aufhört, nehme ich schon einige Verschlechterungen in Kauf. Mit der Massenwahlerei können wir nicht viel machen (Ra, na!), anders ist es ja in der Wahlbewegung selbst. Ich hätte es für einen taktischen Fehler gehalten, wenn die Fraktion der Resolution nicht zugestimmt hätte.

Schmaller-Kaiserslautern tadelt mit Dirreiter, daß über die Wahlrechtsfrage keine Versammlungen abgehalten wurden.

Segl: Ich habe die Ueberzeugung, daß ich noch nie so wirksam die Interessen der Partei vertreten habe, wie in der Wahlrechtsfrage. Die Diskussionen, die mich sehr überrascht haben, würde man am besten abschneiden, wenn man Barbus und Weibel ein Exemplar des bayerischen Wahlrechts überreichte. (Sehr gut.) Auch Kollwagen hat heute bezeugt, daß er nichts davon versteht. Ich habe die Interessen der Partei viel entschiedener vertreten, als Grillenberger. Hat man davon in Berlin nichts gelernt oder fürchtete man sich vor ihm? Grillenberger besaß freilich ein ziemliches Maß von Grobheit. (Weiterkeit.) Jetzt kommt in München auf 33 000 und in Nürnberg auf 65 000 Seelen ein Abgeordneter, zu Zukunft auf 44 000 Seelen. Und das soll eine Verschlechterung

sein. Es ist auch eine eigentümliche Taktik, daß man unser Tun danach beurteilt, was unsere Gegner dazu sagen. (Sehr richtig!) Genosse Mollwagen ist noch der irrthümlichen Meinung, als ob uns die Regierung gestraft hätte, wie wir das Wahlrecht haben wollten. So war es nicht, der Anstoß ist doch von uns gegeben worden. Wenn wir mit 18 oder 20 Mann in den Landtag einzutreten, können wir für eine weitere Wahlrechtsreform doch besser arbeiten als jetzt. (Sehr richtig!) Das indirekte Wahlsystem ist seitens der Sozialdemokratie noch nie so sehr verteidigt worden, wie in den letzten Wochen. (Sehr gut!) Wer glaubt, es sei in Bayern durch Massenversammlungen ein Druck auf die Reform des Wahlrechts auszuüben, der irrt sich. Man sieht doch, wie es in Sachsen gegangen ist (Sehr richtig!) und warum ist es in Preußen nicht gelungen, ein Wahlrecht zu verlangen? (Lebhafter Beifall.)

H. Braun-Münchberg: Wir haben nicht lediglich durch Sachlichkeit zu wirken, sondern wir müssen auch die Massen aufregen und agitieren. Nie ist im Lande etwas gegen die Reichsratskammer geschehen. Ab. Müller hat uns viel Schönes vorgebracht; aber wir stecken das Parteiprogramm viel zu oft in die hinterste Tasche. Wir haben alle Veranlassung, in der Frage der Wahlrechtsreform scharf zu kritisieren. Es ist noch nicht abgemessen, daß wir stolz wären auf die Zustimmung zu einer Resolution, die von allen Mentionären und auch von der Regierung gelobt wird.

Echhart polemisiert gegen Mollwagen: Zu dem, was jetzt geschehen ist, mußten die bürgerlichen Parteien und die Regierung von Schritt zu Schritt gezwungen werden. Graf Verdenfeld wurde von Mollwagen falsch citiert, er hat vielmehr die Regierung scharf gemacht. Wenn irgend ein Ort ein Interesse daran hat, mit dem feigen Wahlrecht aufzuräumen, so ist das Augsburg. Es war früher das Volkswort des Sozialismus und was ist heute daraus geworden? Wenn uns vorgeworfen wird, wir hätten uns gegen das Programm verstoßen, so ist das nicht wahr; in unseren ursprünglichen Anträgen stand alles darin. Die Resolution Mollwagen-Braun ist das Todesurteil für die Fraktion. (Stürmischer Beifall.)

Schellhammer-Speier: Bezüglich des Wahlrechts könne Theorie und Praxis nicht in Einklang gebracht werden. Die Theoretiker haben in vielem recht, aber wir müssen praktisch handeln. Die Vorgänge in Speier haben gezeigt, daß das ganze Wahlrecht korumpierend auf die Massen wirkt. Wir können eben unser Programm nicht auf einmal durchdrücken. Medner empfiehlt seine Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie nimmt den parlamentarischen Nachschaffsbericht der Landtagsfraktion entgegen und erklärt sein Einverständnis mit deren Gesamthaltung. Er befindet sich in vollem Einklang mit seinen Abgeordneten und ist überzeugt, daß diese auch in Zukunft in gleicher Weise wie bisher für die Volksinteressen eintreten werden. Der Parteitag begrüßt es insbesondere mit Genugthuung, daß die Reform des Landtagswahlrechts durch die unermüdete Tätigkeit der Fraktion endlich soweit gefördert ist, daß die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes gesichert erscheint und spricht der Fraktion sein Vertrauen aus, daß diese alles aufbieten wird, um unsere Forderungen an ein gerechtes Wahlrecht so weit durchzusetzen, als unter den gegebenen Machtverhältnissen nur immer zu erreichen ist.

Clement-Kaiserslautern: Er habe die Parteigenossen Echhart und Segly noch nie so groß gehört. Es soll kein Stab gebrochen, sondern nur Kritik geübt werden. Hier handle es sich nur darum, in dem einen Punkt hervorzuheben, daß der Programmabsatz das Wahlalter von 21 Jahren festzuhalten, nicht genug verteidigt wurde. Auch der Vorstandsstand habe mit der Agitation seine Schuldigkeit nicht getan. Er erinnere an das Zuchtstrafgesetz. Er erkenne das Gute im neuen Wahlgesetz an, aber man solle das Programm hochhalten.

Hermann-Würzburg: Vor 12 Jahren seien in Halle ähnliche Prinzipienfragen behandelt worden. Ihm stehe das deutsche Parteiprogramm höher als das bayerische. Die Partei solle in der Gesamtheit wirken. Die Opposition habe in diesem Sinne gesprochen, sie wolle niemand verlegen. Er begründet folgenden Antrag: Der 6. Parteitag der Sozialdemokraten Bayerns beschließt sich nicht der Erkenntnis, daß durch eine Wahlrechtsreform, wie sie durch die vom Landtag beschlossene Resolution in Aussicht gestellt wird, nicht das Gebotene wird, was nach den Grundfäden der sozialdemokratischen Partei gefordert werden muß. Nichts desto weniger erblickt sie in der beschlossenen Wahlrechtsreform einen wesentlichen Fortschritt und billigt die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Frage.

Die Nebenliste ist erschöpft; das Schlusswort nimmt Vollmar: Ich werde mich nicht aufregen und kalt sein, wie eine Hundsfangene. (Seiterkeit.) Ich werde auch nicht persönlich werden. So viel, wie irgend ein Unwesender, sind auch wir für das Erfurter Programm eingetreten. Und ist weiter nichts nachzuweisen, ob das, was wir bekommen, nicht besser ist, als das, was wir haben. Das Prinzip hochhalten kann jeder, der nichts gelernt hat, dazu gehört gar nichts. Von unserer Politik, die Rücksicht nimmt auf die Verantwortung, die wir haben, gehen wir nicht ab. Wenn Sie anders beschließen, dann stellen Sie andere Leute an unsere Stelle. Von den Einwänden, die gegen uns vorgebracht wurden, ist keiner stichhaltig. Die Agitation bei direkten Wahlen ist doch eine ganz andere, als bei indirekten. In ganzen Provinzen, wo wir bei der Reichstagswahl Tausende von Stimmen haben, wird bei der Landtagswahl nicht eine einzige Stimme von uns gezählt, weil wir keine Wahlmänner bekommen. Die Fortschritte in der Wahlrechtsfrage wären ohne das Kompromiß gewiss nicht gekommen; aber angenehm sind solche Kompromisse nicht, obwohl sie eine absolute Notwendigkeit waren. Die Resolution sieht auch eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses vor, die doch auch nicht zu unterschätzen ist. Für die geplanten Verschlechterungen wollen wir die Verantwortung der Gegner gewiss nicht abschwächen; aber es darf auch nicht übertrieben und so getan werden, als ob wir daran schuld wären. Wenn es irgend ein Mittel gebe, die Hinaufdrückung des Wahlalters den Wählern zu ersparen, dann hätten wir gewiss nicht auf einen Anstoß von außen gewartet. Der Census ist eine Verfassungsbestimmung und kann nicht von uns beseitigt werden; im Gegenteil haben wir noch dafür sorgen müssen, daß die Regierung nicht an zu viel Leute die Steuerfreiheit erliehe. Die Stanzzeit hat leider eigentlich gar keine Bedeutung. Die Vertumelung des Ministers über die Einstimmigkeit des Beschlusses betraf nicht die Sozialdemokraten, sondern die Bauernbündler und den bayerischen Teil des Centrums. Der Vorwärts schrieb in einem Entreefeuille, ein großer Bundesstaat (Bayern) habe die bessere Hand an sein Wahlrecht gelegt. (Hört, hört!) — Man soll doch auch dem Urteil der Fraktion trauen, die doch auch die Verhältnisse ein wenig kennt und einstimmig nach ganz kurzer Debatte sich zur Zustimmung entschloß. Wenn wir nicht zugestimmt hätten, dann hätten wir unterantworlich und thöricht gehandelt. (Sehr richtig!) Wenn wir jemals einen Anspruch auf Ihre Billigung erworben haben, so ist es in der Frage des Wahlrechts. Dieselbe Mühe, die wir heute haben, mußten wir früher aufwenden, um den Parteigenossen zu beweisen, daß wir uns überhaupt an den bayerischen Landtagswahlen beteiligen müssen. Damals meinte man, wir sollten warten, bis das Landtagswahlrecht vom Reich aus verbessert wird; da hätten wir aber lange warten können. (Seiterkeit.) Das Resultat der Reform ist sehr mangelhaft von unserem Stand-

punkt aus, aber besser, als wir es jemals nach Lage der Verhältnisse erwartet haben. Man hat bemängelt, daß wir ohne Not zugestimmt haben. Prinz Ludwig hat in der oberen Kammer gesagt, weil die Resolution einstimmig gefaßt wurde, halte er es für eine Pflicht der Bourgeoisie, daß auch der Reichsrat zustimme. — Wer glaubt, daß wir durch Massenversammlungen etwas erreicht hätten, der ist ganz schief gewidelt. Der Vergleich mit dem Massenstreik stimmt nicht; noch weniger der mit dem Zuchtstrafgesetz. (Sehr richtig!) Wenn man uns gute Lehren giebt und dabei allzu laut wird, so dürfen wir die Freunde in Preußen und Sachsen doch wohl fragen: Was habt denn ihr eigentlich mit eurer Taktik erreicht? Wir müssen jetzt wissen, ob wir das volle Vertrauen unserer bayerischen Parteigenossen hinter uns haben. Der Antrag Mollwagens ist ein offenes, glattes Mißtrauensvotum, und man muß sich genau im klaren sein, daß wir mit einer solchen Resolution belastet nicht unser Mandat weiter ausüben können. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, sich das genau zu überlegen und ob man unsere ganze politische Tätigkeit für recht hält. Sie haben eine wichtige Entscheidung in Ihren Händen. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Schmid wird in namentlicher Abstimmung mit 74 gegen 1 Stimme bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. Sie lautet: Der 6. Parteitag der Sozialdemokraten Bayerns beschließt sich nicht der Erkenntnis, daß durch eine Wahlrechtsreform, wie sie durch die im Landtag beschlossene Resolution in Aussicht gestellt wird, nicht das Gebotene wird, was nach den Grundfäden der sozialdemokratischen Partei gefordert werden muß. Nichts desto weniger erblickt sie in der beschlossenen Wahlrechtsreform einen wesentlichen Fortschritt und billigt die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Frage.

Mollwagen-Braun hatten folgende von Rudolph, Adolf, Sternbauer, Sädler, Uelauß, Hammerbacher, Wilh. Herrmann, Ruppert unterstützte Resolution beantragt: Der Ludwigshafener Parteitag möge zum Ausdruck bringen: 1. daß die Haltung der Landtagsfraktion es an agitatorischer Schärfe fehlen lasse, 2. daß die Stellungnahme zur Landtagswahlreform in dauerlicher Weise von der klaren im Erfurter Programm gezogenen Richtlinie abweicht.

65. Sitzung der Bolltarifskommission.

Berlin, 18. Juni 1902.

Die Beratung der Textilliste verläßt der Kommission mehr den Charakter einer Sachverständigen-Kommission, da immer mehr Produkte — Nohseide, Seidengespinnste, Seidengewebe etc. — zur Anschaulichmachung der vorgeschlagenen Gründe ausgestellt werden. Besonders die Sozialdemokraten legen allerhand Warenproben vor. Gegen die Rollent der Mehrheit nicht das mindeste.

Den Antritt einer Handelsgesellschaft geben aber der Kommission die in den Koulors antichambrierenden Deputationen von Industriellen aller Branchen, die auf Abgeordnete wie auf Regierungsvertreter gleichermasse einzuwirken suchen, um ihr Wünsche in der Kommission zur Erfüllung zu bringen. Der Schacher blüht.

Die Seidenzölle interessieren nicht nur die Unternehmer, die Verstellung dieses schönen Produkts trifft zum Teil auch direkt die Arbeiter. Besonders der Zoll auf Seidenwürnen, der nach der Vorlage, Post. 897: Seidenwürnen aller Art, gemischt mit anderen Spinnstoffen oder Gespinnsten, gefärbt oder ungefärbt, in Aufmachungen für den Einzelverkauf; aus Nohseide oder künstlicher Seide 300 Mk., aus Floretseide 75 Mk., gegen früher um 100 Mk. erhöht werden soll, schädigt die Arbeiterkassen der Konfektionsbranche, die zu ihren Arbeiten oft die Zuthaten, auch Seidenwürnen selbst kaufen müssen. Außerdem hebt aber der Abg. Baubert, der den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit begründet, hervor, daß derartige Zölle den Abschluß von Handelsverträgen erschweren. Dem Regierungsvertreter v. Henle, der die Ansicht auspricht, daß die Konfektionsbranche schwerlich diese Waren durch die Arbeiterinnen kaufen lassen würden, erwidert Abg. Reichhaus, daß der Kommission das Gebot zweifellos nicht herrsche, denn es sei Thatsache, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektion den Seidenwürnen selbst kaufen müßten zu ihrer Arbeit. Trotz alledem wird Zollfreiheit abgelehnt und die Position nach der Vorlage angenommen.

Bei Position 898, Nohseide, künstliche Seide oder Floretseidengespinnste in Verbindung mit Metallfäden (Draht oder Zahn), 300 Mk., rügt Abg. Baubert, daß man durch solche Zölle sogar noch drücken auf die Branchen wirke, in denen die Arbeiter wenigstens noch einen besseren Lohn erhalten, als zum Beispiel in der Baumwollbranche.

Müller-Fulda meint, wolle man hier Zollfreiheit einführen, hätte man sie auch für die vorhergehenden Positionen beschließen sollen, nun müsse man konsequent dem Zoll auch hier zustimmen. Dieser Ansicht treten die Abgg. Grünberg (Sog.), der außerdem auf die Baumwollweberei hinweist, und Stabihagen entgegen. Sollte man den Zoll für diese Position zu hoch, müsse man ihn herabsetzen oder beseitigen und bei der zweiten Lesung dann auch bei den vorhergehenden Positionen entsprechend verfahren.

Müller-Sagan wünscht zu wissen, wie die Vertreter der beteiligten Industrien im wirtschaftlichen Ausblick sich über diese Zölle ausgesprochen haben. Die Regierungsmotive seien gar zu dürftig.

Die Position wird nach weiteren unwesentlichen Neußerungen nach der Vorlage angenommen.

Der gleiche Vorgang spielte sich bei Position 899, bichte, ungemüllerte tafelförmige Gewebe, ganz aus Seide des Maulbeerspinnners oder Seidenpinneren etc., ab, wofür 300 Mk. Zoll ausgesetzt ist; die Vorlage wird nach kurzer Debatte gegen den Antrag auf Zollfreiheit angenommen.

In einer vom Abg. Baasche hervorgerufenen Geschäftsordnungsdebatte wünscht dieser, die Sozialdemokraten möchten doch ihre Anträge auf Zollfreiheit für Ganzfabrikate, wenn Halbfabrikate oder Rohstoffe verzollt worden sind, wie in diesem Abschnitt, zurückziehen im Interesse der Industrie.

Dem widersprechen die Abgg. Stadthagen und Baubert, die meinen, dann brauche die Kommission überhaupt nicht zu bisputieren; die sachliche Unbegründetheit der Zollsätze müsse doch nachgewiesen werden.

Eine längere Debatte entspinnt sich über die Positionen 400/1, bichte Gewebe für Möbel- und Zimmerausstattungen: 400, ganz aus Seide, als Stück in Meterware eingehend: 900 Mk., abgepaßt (als Vorhänge etc.) auch mit Befehl und Frauen: 1200 Mk.; 401, teilweise aus Seide: 500 resp. 600 Mk. Eine Anmerkung zu diesen Positionen will Abschnitte von Meterware von 4 Meter und weniger wie abgepaßt verzollt. Müller-Fulda beantragt, die Anmerkung zu streichen. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Grünberg beantragt, das Wort „teilweise“ zu streichen, dafür zu sagen: „nach dem Prozentsatz aus Seide“. Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen, die Anmerkung wird dagegen gestrichen.

Zu Position 402 Sammet und Plüsch: ganz aus Seide 800 Mk.; teilweise aus Seide 450; ferner zu 403, bichte Gewebe, anderweit nicht genannt, ganz aus Seide 800 Mk.; teilweise aus Seide 450 Mk., beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit. Baubert und Reichhaus begründen diese Anträge in ausführlicher Weise und weisen dabei nach, daß eine Reihe von Industrien — unter anderen die Spielwaren-Industrie — sehr geschädigt werden durch diese Zölle. Kein Wunder, wenn deutsche Export-Industrien über die Grenze gingen.

Auch diese Positionen werden nach der Vorlage angenommen. Position 404: Tüll ganz oder teilweise aus Seide, ungemüllert 250 Mk., gemüllert 300 Mk.; 405: Dentelluch ganz oder teilweise aus Seide 1000 Mk. Brömel beantragt den Zusatz für 404: Tüll zum Besticken: 120 resp. 300 Mk.; die Sozialdemokraten beantragen für diese Positionen Zollfreiheit.

Reichhaus und Baubert vertreten den letzteren Antrag dem Geheimrat Wermuth gegenüber. Baubert erörtert die Systemlosigkeit des Entwurfs, der die tatsächlichen Verhältnisse in ausländischen und einheimischen Industrien nicht berücksichtigt, wie es sich gebühre. Die Dentelluchweberei in der Schweiz schädige in Deutschland niemand. In der Debatte wird noch besonders die Schädlichkeit betont, die der Mäulerei mit dem hohen Zoll auf Dentelluch bereite; das müsse die Agrarier veranlassen, gegen diesen Zoll zu stimmen. Aber dieser Appell fruchtet nichts, die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Post. 406 setzt für unlichte Gewebe ganz oder teilweise aus Seide (Gaze, Krepp, Flor etc.) 1200 Mk. Zoll aus; eine Anmerkung verlangt für diese Stoffe „zum Besticken auf Erlaubnisscheinen unter Ueberwachung der Verwendung“ 1000 Mk.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Brömel und Baubert beantragen, für diese Waren Gewichtssunterschiede zu machen; ersterer will „von mehr als 20 Gramm auf 1 Quadratmeter Gewebefläche 400 Mk., von 20 Gramm oder weniger 1000 Mk.“; Baubert 1000 resp. 1500 Mk. Zoll. Schlumberger beantragt unter Befassung des Textes der Vorlage 1500 Mk.

In der Debatte stellt Brömel fest, daß nur zwei Fabriken in Deutschland Trauerkrepp herstellen und die betreffenden Industriellen privatim erklärt hätten, sie seien zufrieden, wenn der alte Zoll — 1000 Mk. — bestehen bliebe. Aber die ganze Gunst der Regierungssonne habe den beiden Fabriken geleuchtet. (Bewegung.) Mit Entzückung wende er, Medner, sich deshalb gegen die Zollherabsetzung.

Geheimrat Wermuth erwidert, die Regierung fühle sich durch den Brömel'schen Vorwurf nicht getroffen, sie habe die Zollherabsetzung allgemein vorgenommen zum Schutz der leichteren Gewebe; daß dabei die betreffenden zwei Fabriken einen kleinen Vorteil hätten, falle nicht ins Gewicht; der Vorgang beweiße, wie gewissenhaft die Regierung alle Zweige der Industrie ins Auge gefaßt habe.

Reichhaus begründet den Antrag auf Zollfreiheit, besonders mit Rücksicht auf die Konsumenten von Krepp. Die genannten beiden Fabriken verkauften Krepp ins Ausland billiger. (Hört! hört!) Der Zoll sei eine Liebesgabe für sie.

Nach längerer Debatte wird der Antrag Brömel angenommen, die Vorlage abgelehnt; ebenso beschließt die Kommission bezüglich der Anmerkung.

Schluss 2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadterordnetenrathsaale.

(Sitzung vom 18. Juni 1902.)

Aus der Registrande ist hervorzuheben: Der Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke ladet die Stadterordneten zur Versammlung am 22. Juni ein. Der Vorsteher stellt den Besuch den Mitgliedern anheim. — In einem Ratschreiben wird mitgeteilt, daß der zum 27. und 28. Juni in Aussicht genommene Gemeinderat in Pirna in Rücksicht auf den gegenwärtigen Gesundheitszustand des Königs auf unbestimmte Zeit vertagt wird. — Weiter teilt der Rat mit, daß er bei dem Beschluß des Stadterordnetenkollegiums betr. Ablehnung der Erhöhung der Straßenbahnfahrts Verhütung gefaßt hat. — Den Stadterordneten wird ein Projekt der Schiffbarmachung der Lippe unterbreitet, das Leipzig auf dem Wasserwege mit der Saale verbindet. — Der Gemeinnützige Verein Vortwärts in Gohlis wünscht die Errichtung einer Realschule in Gohlis und die Verbreiterung der Böttcher- und Gartenstraße. — Durch die Wahl des Stadtrats Dr. Schmid zum Oberbürgermeister von Plauen machen sich einige Ertragswahlen notwendig. Der Vorsteher schlägt vor, die Stelle nicht auszufüllen; das Kollegium ist hiermit einverstanden. — Die letzte Sitzung vor den Ferien wird am 16. Juli stattfinden.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Wahl zweier befohlener Stadträte und werden die Herren Lampe mit 61 und Dr. Wagner mit 63 Stimmen nunmehr auf Lebenszeit wiedergewählt.

Der 73. Waisenratsbezirk wird geteilt; Herr Eger, Hilfsgeistlicher, Connewitz, Königstr. 38 wird zum Waisenrat, Herr Haferland, Kantor, Connewitz, Königstr. 4, zum Stellvertreter gewählt.

Der Rat will den Namen: „Städtische Fortbildungsschule für Mädchen“ in „Städtische Schule für Frauenberufe (Städtische Fortbildungsschule für Mädchen)“ umändern; der Schulausschuß beantragt, den Rat zu ersuchen, die in Klammern stehenden Worte (Städtische Fortbildungsschule für Mädchen) fallen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tröndlin ersucht, es bei dem Ratsvorschlag bewenden zu lassen, um die staatlichen Zuschüsse zu erhalten und die Schule unter dem Kultusministerium zu belassen.

Stadtr. Reinhardt beantragt, die Schule „Städtische Handels- und Gewerbeschule für Mädchen“ zu nennen. Der Ausschussantrag wird mit 40 gegen 24 Stimmen angenommen.

Eine Eingabe der Schreibwarenhändler, die sich gegen den Bedarf von Schulbedarfartikeln seitens der Lehrer und Schulhausmänner wendete, hatte das Kollegium dem Rate zur Verächtlichmachung überwiefen. Die Rückführung des Rates geht dahin, daß eine Konkurrenz nicht vorhanden sei. Das Kollegium faßt hierbei Veräußerung.

Für neue Gasrohrleitungen und Einrichtungen bezw. Verbesserungen öffentlicher Beleuchtungsanlagen wurden 216 500 Mk. bewilligt, und zwar: 1. in der Schützenstraße 8000 Mk., 2. im Peterssteinweg 30 000 Mk., 3. im Ring, vom Neumarkt bis zum Königsplatz und vom Peterssthor bis zum Königsplatz, 15 000 Mk., 4. in der Nürnberger Straße 6000 Mk., 5. in der Reichenhainer Straße 30 000 Mk., 6. in der Schenkenstraße, Arndt- und Elisenstraße 7000 Mk., 7. in der Lothringer Straße, erste Rate, 16 500 Mk., 8. in der Straße nach dem Südfriedhofe 9000 Mk., 9. in Gausch, 1. Rate, 7500 Mk., 10. in Dösch, 1. Rate, 7500 Mk., 11. in Dösch, 1. Rate, 4000 Mk., 12. in Dösch, 1. Rate, 50 000 Mk. und 13. in der Delitzscher und Carolafstraße 26 000 Mk.

Weiter wurden für Gasrohrleitung und Beleuchtungseinrichtung in den Straßen der Gemeinnützigen Baugesellschaft in König 25 000 Mk. bewilligt.

Zur Asphaltierung der Ferdinand-Rhodestraße zwischen der Wächter- und Beethovenstraße werden 18 690 Mk. bewilligt.

Die zweite nördliche Vorflutklausel soll in den Jahren 1902 bis 1906 mit einem Kostenaufwande von 1 450 000 Mark ausgeführt werden und zwar mit 1 200 000 Mk. aus Anleihe, 210 000 Mk. aus Stammvermögen und 40 000 Mk.

aus Betriebsmitteln. Der Referent führt aus, jedenfalls sei die Schenkung mit geringeren Mitteln herzustellen, doch haben die Ausschüsse von Abstrichen abgesehen, um die Ausgaben nicht zu niedrig einzuschätzen. Die Ausschüsse beantragen, dem Rat zur Erwägung zu geben, an Stelle der Profile III und IV eiförmige Profile zu wählen, wie die Profile I und II.

Stadt v. H y s s e l beantragt, die 40 000 Mk. aus bereiten Betriebsmitteln des Stammvermögens zu verausgaben. Das Kollegium stimmt dem Ausschussantrag und dem Antrag H y s s e l zu.

Zum 2. Termin der städtischen Einkommensteuer beantragte der Finanzausschuss 70 Prozent des Normalsteuersatzes zu erheben. Der Vizepräsident Herr H y s s e l begründet den Antrag eingehend, wogegen Herr H y s s e l meint, mit 65 Prozent auszukommen, beantragt aber 67½ Prozent, um wenigstens einen kleinen Teil den Steuerzahlern zu ersparen. Der Ausschussantrag wird mit 32 gegen 31 Stimmen angenommen, sonach sind im 2. Steuertermin, wie im ersten, 70 Prozent zu entrichten.

Vom Schornsteinfeger Ruppert in L.-Lindenau lag eine Eingabe vor, das Regulativ für Ausübung des Schornsteinfegergewerbes abzuändern. Auf Antrag des Verwaltungsausschusses wurde beschlossen, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Gegen die Aufnahme eines Darlehens von 25 000 Mk. vom Kirchenvorstand zu St. Nicolai erhoben nur die Sozialdemokraten Bedenken.

Mit einem Kostenaufwande bis zu 4741 Mk. wird der Einführung der Wasserleitung in verschiedene Wege des Johannisbühl zugestimmt.

Die städtischen Grundstücke Klosterstraße 11 und 13, sowie kleine Fleischergasse 1—7 sollen nach dem 30. Septbr. 1903 abgebrochen werden; erfolgt Zustimmung.

Der Rat erachtet um Zustimmung zur Prozeßeingehung auf die Klage der Brauerei Klein-Erositz (H. Oberländer) gegen die Stadtgemeinde wegen Verbauung des Areals vor dem Goldenen Anker in Eutritsch. Die Zustimmung wird erteilt.

Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Vierter deutscher Gewerkschaftskongress.

g. Stuttgart, 18. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Bömelburg eröffnet die heutige Sitzung.

Meusch-Leipzig erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 156 Mandate für gültig erklärt worden. Diese Mandate werden von 156 Delegierten ausgeübt, die 681118 Stimmen vertreten. Der Vertreter der Vorsteher wurde vorläufig nicht zugelassen. Nachdem aber der Vorsitzende des Verbandes der Vorsteher sich mit dem Frankfurter Memorandum einverstanden erklärt hat, wonach eine Konkurrenz des Verbandes der Vorsteher mit dem Verband der Buchbinder ausgeschlossen ist, stellt die Kommission es dem Kongress anheim, den Vertreter als Gast zuzulassen.

Für ungültig erklärt wurde das Mandat von Fr. Imle, weil der Verband der Bureauangestellten, der sie entsandt hat, keine Beiträge über drei Quartale an die Generalkommission entrichtet und auch nicht um die statutenmäßige Stundung derselben nachgesucht hat.

Abgelehnt wurde die Zulassung von Vertretern der Gewerkschaftskarteile.

Den Vertretern des Vereins Arbeiterpresse soll bei den Punkten Arbeitersekretariat und Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte beratende Stimme eingeräumt werden.

In Bant ist vom Gewerkschaftskarteile eine Resolution gegen die Buchdrucker gefasst worden, in der diese ausgeschlossen wurden, weil sie als nicht mehr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend anerkannt werden könnten. Infolge einer Beschwerde der Buchdrucker ist die Mandatsprüfungskommission damit beauftragt worden. Die Kommission empfiehlt dem Kongress, dem Bant Gewerkschaftskarteile seine Mißbilligung auszusprechen.

Das Mandat des Fr. Imle wird vom Kongress „großmütig“ für gültig erklärt unter der Voraussetzung, daß die restierenden Beiträge vom Verband der Bureauangestellten nachgezahlt, auch die laufenden Beiträge fortgezahlt werden. Es wird ausdrücklich betont, daß sich auf künftigen Kongressen andere Organisationen mit ähnlichen Sünden nicht auf diesen Fall berufen dürfen.

Im übrigen stimmt der Kongress den Vorschlägen der Mandatsprüfungskommission einstimmig zu.

Der Kongress fährt hierauf in der Beratung der Tagesordnung fort.

Die Punkte Allgemeine Agitation und Korrespondenzblatt werden zusammen behandelt.

Es liegen dazu Anträge vor, die Unterrichtskurse über Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands, die Bildung von Provinzialagitationskommissionen, die Veröffentlichung aller die Gewerkschaften berührenden Gerichts-urteile im Korrespondenzblatt, ein wöchentliches Erscheinen des polnischen Gewerkschaftsblattes Oświata und zur Förderung der Agitation am Niederrhein von der Generalkommission dort die Errichtung und Erhaltung einer Agitationskommission verlangen. Ein weiterer Antrag verlangt freie Lieferung des Korrespondenzblattes an die Gewerkschaftskarteile.

Legen äußert sich zu den Anträgen. Die Errichtung von Unterrichtskursen seit von der Zentralinstanz technisch nicht durchzuführen. Die Errichtung von Provinzialagitationskommissionen sei wünschenswert, die Generalkommission betrachte den Antrag als Anregung. Die Zusammenstellung der Gerichtsurteile würde zu umfangreich werden. Wer das Material nicht gründlich studiert habe, werde sich kaum darin zurechtfinden.

Die Reichspresse mache gerade in den die Gewerkschaftsbewegung so eng berührenden Fragen des Vereins- und Versammlungsrechts fortwährend Klärungen der Richter. Je nach der mehr oder weniger liberalen Auffassung der Richter werden diese aus der Reaktionsperiode stammenden Gesetze mehr oder weniger liberal ausgelegt. Er halte es für sehr bedauerlich, daß die letzten beiden Anträge zurückgezogen werden. Die Kosten für die Oświata werden jetzt nur zum Teil von der Generalkommission getragen. Werde die Oświata durch Beschluß des Kongresses in ein wöchentlich erscheinendes Blatt umgewandelt, so würde die Oświata die ganzen Mehrkosten allein zu tragen haben, was jedenfalls der Kongress nicht wolle. Man könne also nur die Generalkommission beauftragen, mit den beteiligten Faktoren sich über die genannte Frage zu verständigen. Der Agitation am Niederrhein werde von der Generalkommission die größte Aufmerksamkeit geschenkt; er bitte den Antrag auf Errichtung einer besonderen Agitationskommission der neu zu wählenden Generalkommission zur Erwägung zu überweisen. Das Korrespondenzblatt werde in so vielen Exemplaren verfaßt, als die Verhältnisse verlangen, der Antrag auf Lieferung an die Karteile sei deshalb überflüssig.

In der Diskussion kommen zahlreiche Wünsche auf Förderung der Agitation in einzelnen Distrikten wie in einzelnen Gewerben, so dem Müllereigewerbe, zum Ausdruck.

Lischendörfer tritt mit Nachdruck für die Errichtung von Unterrichtskursen ein, die namentlich für die sehr auf sich selbst

angewiesenen Gewerkschaftsführer in den Mittelstädten sehr fruchtbringend sein würden.

Neghäuser hält den Gedanken der Unterrichtskurse für gut gemeint, aber für praktisch undurchführbar.

Rohrloch-Stettin beantragt, im Korrespondenzblatt eine regelmäßig tabellarische Uebersicht über die Streikstatistik zu veröffentlichen.

Legen hält es für besser, diese Uebersicht in dem von der Generalkommission herauszugebenden Statistischen Handbuch zu veröffentlichen.

Gegen die Herausgabe des Statistischen Handbuchs wendet sich Neghäuser, er unterläßt den Antrag Rohrloch.

Silberschmidt-Berlin tritt für Förderung der Agitation in den Grenzdistrikten, namentlich in der Textil-, Metallarbeiter- und Bauarbeiterbranche ein, eventuell unter Schaffung neuer Stützpunkte, wie sie bereits in Posen und anderswo gegründet worden sind. Er wünscht weiter, daß die Generalkommission und die Verbände die freien Hilfsklassen bei aller Anerkennung ihrer früheren großen Leistungen jetzt als überlebt betrachten und die guten Kräfte, die noch dort thätig sind, den Ortskrankenkassen, die heute viel größere Bedeutung haben, zugänglich gemacht werden. Den Ortskrankenkassen liegt der Ausbau großer sozialpolitischer Einrichtungen wie Lungenheilstätten, Erholungsstätten ob, für welche die in den Gewerkschaften lebendigen Kräfte nutzbar zu machen seien. Auch den Handwerkskammern müssen Generalkommission und Verbände größere Aufmerksamkeit schenken. Die Gewerkschaften sollten in Gesellenausstufen gehen und dort auf die Gestaltung des Lehrlingswesens einwirken.

Von verschiedenen Seiten wird gewünscht, daß das Korrespondenzblatt „aufgeschnitten“ geliefert wird.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Der Antrag betr. Errichtung von Unterrichtskursen wird der Generalkommission überwiesen.

Weiter wird beschlossen: Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften ein gemeinschaftliches Arbeiten der Organisationsleute an den größeren Orten durch Zusammenkünfte nach Bedarf.

Der Antrag Rohrloch, im Korrespondenzblatt regelmäßig eine tabellarische Streikübersicht zu veröffentlichen, wird der Generalkommission zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag auf Zusammenstellung der wichtigsten Gerichts-urteile im Korrespondenzblatt wird abgelehnt. Ebenso der Antrag, die Oświata wöchentlich erscheinen zu lassen.

Der Beschluß des Frankfurter Kongresses betr. die Herausgabe eines Jahrbuchs der Gewerkschaften wird aufrecht erhalten.

Der Antrag auf Errichtung einer Agitationskommission am Niederrhein wird der Generalkommission zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag, das Korrespondenzblatt aufgeschnitten zu liefern, wird der Generalkommission zur Verurteilung überwiesen.

Der Antrag, das Korrespondenzblatt den Gewerkschaftskarteilen frei zu liefern, wird abgelehnt.

Nach der Verlesung einiger Begrüßungen durch den Vorsitzenden Bömelburg tritt die Mittagspause ein.

Vertagung. In dem Bericht über die gestrige Sitzung ist eine persönliche Bemerkung dem Abg. Sachs in den Mund gelegt, die Neghäuser-Leipzig gegen den Abg. Sachs gemacht hat.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Bömelburg eröffnet die Sitzung und schlägt vor, die Frage der Streikunterstützung beim Punkt Karteile zu verhandeln.

Beim Punkt Streikstatistik will Birbig-Stralau die Haltung der Generalkommission, speziell des Genossen Röske, gegen den Streik der Glasarbeiter zur Sprache bringen, wird aber vom Vorsitzenden daran gehindert. Er empfiehlt den Ausbau der Streikstatistik, damit die Verbände für ihr Vorgehen geeignetes Material in Händen hätten.

Bömelburg weist auf die Mängel der vom Reich aufgenommenen Streikstatistik hin. Die Generalkommission sollte sich die Aufgabe stellen, diese Mängel nachzuweisen. Es sind zahlreiche Streiks überhaupt nicht in der Reichstatistik aufgenommen. Das Statistikamt sollte nicht nur die Polizeibehörden, sondern auch die Verbände der Gewerkschaften befragen. Dann würde eine vollständige Streikstatistik zu Stande kommen und unsere Maßnahmen wären überflüssig.

Umbricht-Hamburg erklärt namens der Generalkommission, daß von ihr bereits die Ausföhrung der von Bömelburg gegebenen Anregung beabsichtigt sei.

Der Punkt Streikstatistik ist damit erledigt.

Es folgt der Punkt Reichsarbeitersekretariat. Von der Generalkommission liegt folgender Antrag vor:

Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichsarbeitersekretariat zu errichten, welches die Refurse, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Refurse in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen hat.

Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission. Zur Deckung der durch die Errichtung des Reichsarbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (bis zum nächsten Gewerkschaftskongress den Betrag von 15 000 Mk. pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 8 auf 4 Pf. pro Mitglied und Quartal erhöht.

Körsten-Berlin führt als Referent aus: Die Gewerkschaften konnten bisher nicht recht zum praktischen Ausbau ihrer Bewegung kommen, weil sie zu sehr mit der Abwehr der ihnen drohenden Geseßgebungsaktionen zu thun hatten. Jetzt, wo eine Zeit lang Ruhe herrscht, beschäftigen sich die Gewerkschaften mehr und mehr mit praktischen Dingen. Der vorliegende Antrag liegt auf dem von mir gekennzeichneten Gebiete. Die Gewerkschaften müssen sich nicht nur ihrer Gesunden, sondern auch ihrer Kranken annehmen. Nachdem durch die Entwicklung der Industrie und des Kapitalismus die Zahl der Unfälle immer mehr wächst, müssen wir den Opfern der heutigen Wirtschaftsmethode Schutz gewähren. Redner bemängelt die neuerlich zu Tage getretene Spruchpraxis des Reichsversicherungsamts, die das Unfallversicherungsgesetz jetzt viel ungünstiger für die verletzten Arbeiter auslegt, als es in früherer Zeit der Fall war. Es gebäre jetzt tatsächlich ein gewisses Massentum des Arbeiters dazu, der Berufsgenossenschaft den Unfall nachzusuchen. Der Begriff „Betriebsunfall“ werde jetzt so eng ausgelegt, daß dem Arbeiter die Vertretung seiner Rechte immer schwieriger wird. Die Vertreter der Berufsgenossenschaften würden hoch entschädigt und seien beim Termin anwesend, dem Arbeiter werde in der Vorberatung gesagt, er brauche nicht zu erscheinen, und er komme deshalb auch sehr oft nicht. Sei er aber auch da, so könne er nicht reden. Ueber das Geschick des Arbeiters werde dann kurzerhand nach den Darlegungen des Vertreters der Berufsgenossenschaft abgeurteilt. Viel Zeit habe das Gericht nicht; was in den Akten stehe, wisse meist nur der Vorsitzende und der Referent. Stadthagen habe im Reichstags die Mißstände gezeigelt, besonders auf den Mißbrauch mit dem Institut der Vertrauensgäste hingewiesen. Graf Posadowsky erwiderte darauf, daß § 89, 3 dem Arbeiter gestatte, einen Arzt seiner Wahl mit der Untersuchung zu betrauen. Thatsache sei, daß die Arbeiter viel zu wenig von diesem Recht Gebrauch machen. Freilich, es gäbe in Deutschland kaum hundert Ärzte, die dem Arbeiter seine Erwerbsunfähigkeit bescheinigen, so sehr haben sich diese in den Dienst des Unternehmertums gestellt. Bleibe es bei der jetzigen Spruchpraxis, so habe das Unfallversicherungsgesetz bald keinen Wert mehr. Schon das Verfahren bei dem Schiedsgericht sei nicht objektiv zu nennen. In sechs bis sieben Minuten würden die Sachen abgeurteilt, und dabei handle es sich doch um Menschenfleisch und Menschenleben und

nicht um alte Lumpen. Die Arbeiter leiden unter diesen Dingen furchtbar, und die Gewerkschaften müssen hier Schutz gewähren.

Allmählich hat man sich mit den Arbeitersekretariaten abgefunden, unsere Vertreter werden jetzt höflicher behandelt, die Frage, ob die Vertretung „gewerkschaftlich“ geschieht, wird seltener gestellt. Aber es bleibt noch viel zu thun übrig. Obwohl Graf Posadowsky das Gegenteil einmal im Reichstag für wünschenswert erklärt hat, hat der Arzt immer noch das Hauptwort bei der Feststellung der Projekte der Erwerbsunfähigkeit zu sprechen. Die Fachleute aus dem Gewerbe, die helfen, sind meist nur Staffage, in 6 bis 7 Minuten kann man sich kaum ein Urteil bilden. Welsch müssen aber die Verletzten abgewiesen werden, weil sie das betreffende Material nicht rechtzeitig zur Stelle geschafft haben. Es wird ja nicht nach sozialen Gesichtspunkten, sondern rein juristisch geurteilt. Die Gewerkschaften müssen sich um die Versicherungsrechtspflege mehr kümmern als bisher. Sie müssen mit dieser Aufgabe die Arbeitersekretariate betrauen, sie müssen die Bureau für die Sozialgesetzgebung bilden. Der Arbeitersekretär findet sich in diese Dinge schnell und gut. Abseits dürfen die Arbeitersekretariate von den Gewerkschaften nicht stehen, sie müssen tatsächlich die Bureau der Gewerkschaften werden. Jetzt werden ja die Sekretariate auch von der Partei in Anspruch genommen, ohne daß von ihr Beiträge gezahlt werden. Es wäre aber nicht praktisch, den jetzigen Zustand zu ändern. Die Sekretariate geben jetzt Auskunft an Unorganisierte. Ich will daran nichts ändern. Ich halte es aber für richtig, daß Schriftsätze zc. für Unorganisierte nicht ausgeführt werden, sondern daß man den Patienten den Rat giebt, den Organisationen beizutreten, wenn sie größere Arbeiten vom Sekretariat verlangen. Das ist besser, als Bezahlung zu nehmen, aus der vielleicht doch noch die Gewerkschaftlichkeit der Ratseinstellung herausdestilliert werden könnte. Der vorliegende Antrag der Generalkommission trifft das Richtige, der hier vorgeschlagene Weg ist billiger als die bisherige Praxis, besondere Vertreter für jeden einzelnen Fall zu übernehmen. Ich hoffe, Sie werden dem Antrag zustimmen. Wird von der Regierung das Reichsarbeitersekretariat als „gewerkschaftlich“ gestempelt, so schadet es auch nichts. Dann würde es klar sein, daß man unsere praktische Arbeit nicht will. Der Kostenpunkt kann nicht in Frage kommen. Für die Vertretung müssen Leute mit den nötigen Geseßkenntnissen und den nötigen Umgangformen gewonnen werden. Rechtsanwältin hatte ich dafür nicht geeignet, sie haben sich mit den Geseßmaterialien nicht eingehend genug beschäftigt. Die im Antrag der Generalkommission vorgesehenen Kosten werden reichen. Bei der Berliner Gewerkschaftskommission besteht bereits ein derartiges Sekretariat. Zu den dort vorhandenen zwei Personen brauchte nur noch eine Person hinzuzutreten. Es ist ein beabsichtigtes Stück praktischer Arbeit, das hier geleistet wird. Sperren Sie sich nicht dagegen, weil es Ihnen einige Kosten macht. Benutzen wir die Vorteile, die uns das Gesetz giebt. Wir sind die besten Vertreter, die unsere Mitglieder in schwerer Lage zu schätzen haben.

Von der Regierung wohnen heute dem Kongress Gewerberat Hölzer als Vertreter des Reichsamts des Innern und Regierungsrat Schmidt von der württembergischen Centralstelle für Handel und Gewerbe, beauftragt vom württembergischen Ministerium, des Innern, bei.

Mattutat-Stuttgart referiert nun über die Thätigkeit und die rechtliche Stellung der Arbeitersekretäre. Es bestehen jetzt in Deutschland 37 Arbeitersekretariate, abgesehen von einigen Instituten, die von der Centrumpartei oder im Anschluß an sie gegründet worden sind. Vor drei Jahren gab es nur 17 Arbeitersekretariate. Die rasche Zunahme weist schon das vorhandene Bedürfnis nach. Die Sekretariate haben außerordentlich segensreich gewirkt durch ihre Auskunftserteilung in Dingen der sozialpolitischen Geseßgebung. Einzelne Behörden haben aber trotzdem eine feindselige Haltung gegen die Arbeitersekretariate eingenommen und sie mit Strafverfügungen belästigt. In Benthien, Gera, Posen und Bochum sind solche Molestierungen erfolgt. In Gera wurde der Sekretär als unzuverlässige Persönlichkeit bezeichnet, weil er eine Gefängnisstrafe wegen Betrugs verurteilt hatte. Die übrigen Sekretariate wollten man als Rechtsbureau, die gewerkschaftlich betrieben wurden, unter Polizeiaufsicht stellen. Im Benthien Fall wurde vom Landgericht und Oberlandesgericht die Gewerkschaftlichkeit angenommen. Die Gewerkschaftlichkeit wurde darin erklärt, daß die Rat suchenden Personen den Gewerkschaften zugeführt worden sind, die ein Interesse an den vermehrten Beiträgen haben. Die Angelegenheit führte zu einer Interpellation im Reichstag, und Graf Posadowsky beantwortete diese Annahme der Gerichte. Der Justizminister Preußens hat die Staatsanwaltschaften angewiesen, die Arbeitersekretariate nicht mehr als gewerkschaftlich zu betrachten. Trotz dieser Erklärung hat das Oberlandesgericht Breslau das Urteil des Landgerichts Benthien bestätigt, und ganz neuerdings ist ein gleicher Verstoß gegen das Bochumer Sekretariat von unteren Behörden erfolgt. Man weiß nicht was man zu dieser „Einheitsrichtigkeit“ im deutschen Reich sagen soll. Die unteren Organe müssen sich doch nach der Meinung der oberen richten. Die Reichslage der Sekretariate ist also noch immer keine ganz klare, schon weil Graf Posadowsky die Frage der Gewerkschaftlichkeit verschiedentlich interpretiert hat. Einmal hat Graf Posadowsky gesagt, die Gewerkschaftlichkeit müsse mit Gewinn verbunden sein, das andere Mal hat er gesagt, ein gewerkschaftliches Unternehmen ist dann vorhanden, wenn es auf die Schaffung eines dauernden Einkommens gerichtet ist. Die zweite Definition ist entschieden zu eng, nur die erste ist richtig. Dauerndes Einkommen können völlig humanitäre Einrichtungen haben, ohne daß von einem Gewinn geredet werden kann. Schwierigkeiten würden die Sekretariate haben, die die Einnahmen dem Sekretär als Gehalt überweisen. Ein Vorstoß der Behörden gegen die Gebühren-erhebung würde dazu führen, die Gebühren-erhebung aufzugeben und die Unorganisierten von der Ratberechtigung auszuschließen. Das würde eine Schädigung des Proletariats bedeuten und große Erbitterung hervorrufen. In Württemberg ist von einer Antipathie gegen die Sekretariate nicht die Rede, hier haben wir bei den Behörden stets das größte Entgegenkommen gefunden. Es sind aber nicht alle Arbeitersekretariate in Württemberg und dieser Umstand muß in Berücksichtigung gezogen werden. Der Wert der Sekretariate wird zuweilen überschätzt, der Rahmen der Sekretariate manchmal zu weit gesteckt. Zum Beispiel das Nürnberger Sekretariat hat sich zu große Aufgaben gestellt, wie Erhebungen über Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen zc. Bei der Auskunftserteilung kann noch manches gebessert werden. Für das Reichstudium mangelt den Sekretären meist die nötige Zeit. Sie sind sehr mit Arbeit überlastet und haben mit mangelhafter Einrichtung der Institute zu rechnen. Zum Teil stoßen die Sekretäre auf recht geringes Verständnis bei Erfüllung ihrer Aufgaben. Als ein Sekretär einmal einen Kommentar zur Zivilprozeßordnung verlangte, wurde ihm erwidert, mit seinen juristischen Kenntnissen müsse es nicht weit her sein. (Große Heiterkeit.) Leute mit solchen Ansichten, die zum Glück nur vereinzelt vorhanden sind, können einem Sekretär das Leben sauer machen. (Sehr richtig!) Die Sekretariate müssen entlastet werden. Die Frequenz steigt immer mehr. Das Frankfurter Sekretariat hat über 24 000 Personen Auskunft erteilt, von denen über 12 000 nicht organisiert waren. In Frankfurt hat man die Gemeinde schon um eine Subvention gebeten. Die Gemeinde Frankfurt, die für alle anderen Dinge etwas übrig hat; hat für diesen Zweck nichts übrig und das Gesetz abgelehnt. Es fragt sich nun, ob die Unentgeltlichkeit in der bisherigen Weise aufrecht zu erhalten ist. Ich halte den Vorstoß der Unentgeltlichkeit für die Organisationen für sehr problematisch. Empfehlenswerter ist die Unentgeltlichkeit da, wo die Kosten keine Rolle spielen, wo das nicht der Fall ist, müssen die Gemeinden um Beiträge erlucht werden. Bleiben diese aus, so müssen Gebühren erhoben werden. Kostenersparnisse können durch Vereinfachung der Geseßföhrung erzielt werden. Die Kenntnisse unserer so-

zialen Gesetzgebung muß den Arbeitern in erhöhtem Maße durch die Presse zugänglich gemacht werden. Das Korrespondenzblatt und die Gewerkschaftspressen bieten hierzu das geeignete Mittel. Die Gründung eines Reichsarbeitersekretariats liegt im Interesse der Arbeitersekretariate selbst, sie werden durch dasselbe entlastet werden. Die Arbeiter aber können durch das Reichssekretariat Einfluß auf die soziale Gesetzgebung gewinnen. Mit dem Wunsch, daß dieses Ziel erreicht wird, schreibe ich meine Ausführungen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Bömelburg begrüßt die Vertreter der Behörden, den Gewerbe- und Handelsrat, den Regierungsrat Schmidt und die Fabrikinspektoren Werner und Hardegg, sowie den Gewerbe- und Handelsrat Dr. Siegel mit folgenden Worten: Ich heiße die Herren herzlich willkommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Herren einen guten Eindruck von den Verhandlungen gewinnen und ihren Auftraggebern mitteilen werden, daß die bisher gegen Arbeiterkongresse bei den Behörden in Erscheinung getretene Vorurteilshaltung nicht am Platze war. Zu gleicher Zeit bitte ich die Herren, Berücksichtigung zu wollen, daß die Frauen und Männer, die hier das Wort nehmen, nicht in früher Jugendzeit auf hohen Schulen vorgebildet worden sind, sondern die schlechtesten Schulen, zum Teil nur Dorfschulen besucht haben. Ich bitte das zu berücksichtigen, wenn Sie einen Unterschied zwischen unseren Verhandlungen und anderen Verhandlungen finden sollten. Ich heiße die Herren nochmals in unserer Mitte willkommen.

(Die Begrüßten erheben sich von ihren Plätzen und bezeugen sich nach dem Bureau zu.)

Simanowski: Berlin referiert hierauf über Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung. Mehr berichtet über die umfassende Tätigkeit des Berliner Arbeitervertretervereins, der die Wahlen zu allen durch die Sozialgesetzgebung geschaffenen Arbeitervertretungen vorbereitet hat. Die Berliner Organisation sollte überall als Vorbild dienen im Interesse aller versicherten Arbeiter. Er weist eingehend nach, wie notwendig die Betätigung der Gewerkschaften in der Ausübung der durch die sozialpolitische Gesetzgebung gewährleisteten Rechte ist. Zur Erreichung dieses Zieles müsse ein Verband der Arbeitervertretervereine Deutschlands gegründet werden, für den er einen Statutenentwurf ausgearbeitet hat. Danach bezieht der Verband:

1. Aufklärung und Belehrung unter der Arbeiterschaft zu verbreiten über die durch die Arbeiterversicherungsgesetze erordneten und ihr hieraus zugehenden Rechte und Pflichten, insbesondere unter denjenigen, die bei Ausübung aller in der Arbeiterversicherungsgesetzgebung vorkommenden Ämtern tätig sind;

2. durch Feststellung von Schäden, Lücken und Mängeln, welche in den Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzen enthalten und bei Ausführung derselben zu Tage treten, durch Einbringung gemeinsamer Entwürfe zu deren Beseitigung auf gesetzlichem Wege hinzuwirken;

3. den Versicherten, sowie deren Organisationen aus praktischer Erfahrung zur Erlangung ihrer Rechte mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und

4. bei den auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetzgebung vorzunehmenden Wahlen zu Vertretern von versicherungspflichtigen Personen den Wählern nach Verständnis mit den Gewerkschaften geeignete Kandidaten in Vorschlag zu bringen, die Wahlen im Verein mit den Gewerkschaften oder deren Vertretung (Generalkommission und Kartellen) zu leiten und einen Überblick über den Geltungsbereich und die Wirksamkeit der gewählten Vertreter zu gewinnen.

Dieser Zweck soll erreicht werden

a) durch Abhalten regelmäßiger Mitgliederversammlungen und Veranstaltung von geeigneten Vorträgen in den Vereinen;

b) durch mündliche Anregungen über gesetzliche Bestimmungen, Besprechungen über Vorgänge, Einrichtung und Leistungen der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und der Landesversicherungsanstalten;

c) durch regelmäßige Berichte über Entscheidungen des Reichs- und der Landesversicherungsämter, sowie der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung;

d) durch Sammlung aller erreichbaren, das Arbeiterversicherungswesen behandelnder Publikationsorgane und Zeitschriften, sowie statistischen und anderes Material, welches die Bestrebungen zu einer einheitlichen immer gezielteren Wirksamkeit sämtlicher Arbeitervertreter und deren Stellvertreter zu unterstützen geeignet sind.

Die Diskussion über die drei Referate wird auf Donnerstag früh vertagt.

Mit der Verlesung von Begrüßungstelegrammen — eines davon ist unterzeichnet: Die Vaterlandslosen Gesellen von der Hohenstraße in Hamburg — wird die Sitzung geschlossen.

Verichtigung. Im gestrigen Bericht ist in der Rede von H. E. ein Satz in sein Gegenteil verkehrt worden. Que hat, wie aus dem Sinne der übrigen Ausführungen schon hervorgeht, gesagt: „Wären die Äußerungen gegen die Gewerkschaftsbewegung in der Leipziger Volkszeitung und der Buchdrucker-Wacht parteiunabhängig, so hätten die recht, welche besagen: Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung seien unvereinbare Gegensätze.“

Vereine und Versammlungen.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Am 15. d. M. tagte im Restaurant Weiske in Plagwitz eine Versammlung mit der Tagesordnung: Die Entwicklung Leipzigs und seine Verkehrsverhältnisse. Der hierzu bestimmte Referent führte aus, daß sich in Leipzig die Verkehrsverhältnisse besonders schnell entwickelt hätten. Er schätzte dann das Verkehrsnetz im allgemeinen. Es sei nun klar, daß bei dieser Verkehrsvermehrung sich Verkehrsstörungen einstellen müßten. Neben den Straßenbahnen komme der Verkehr der Post, der Feuerwehr, der Droschken und Equipagen, sowie zahlreicher anderer Fuhrwerke hinzu. Das Schaulagenlegen und Straßenbauern trage besonders zur Störung des Verkehrs bei. Bei all diesem Durcheinander müßten sich die Verkehrsführer sehr anstrengen. Es sei nun, weil eben der Verkehr ein so großer sei, am Platze, wenn sich die im Verkehrsgewerbe beschäftigten Leute verständigten und sich nicht gegenseitig die Arbeit erschwerten. In der Diskussion legte Kollege Schubert klar, daß die Verkehrsführer in der Gießer- und Nonnenstraße in Plagwitz leicht mit dem Gehe in Konflikt kommen könnten, weil an den Bahnübergängen immer noch kein Signalwärter angestellt sei. Sodann kritisierte Kollege W. den schwachen Versammlungsbesuch. Es wurde gewünscht, daß der Rat sein Augenmerk mehr auf Verbreiterung der Straßen richten solle, als Radfahrer- und Reitwege anzulegen. Der Referent betonte in seinem Schlußwort, daß die Anlegung der Radfahrwege für Leipzig geradezu notwendig sei. Es würde dadurch mancher Unglücksfall verhütet. Reitwege seien allerdings nur für eine Schicht der Bevölkerung da. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Wallwieners und Braun ehren die Anwesenden, indem sie sich von ihren Plätzen erheben.

Mitgliederversammlung der Schmiede.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Bär in üblicher Weise gedeut. Sodann hielt Herr Redakteur G. Jaech einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Die Ausführungen des Referenten sind bereits aus der Volkszeitung bekannt. Den Bericht von der Herberge erstattete der Vorsitzende. Danach ist alles in bester Ordnung gesunden worden. Es sei aber erwünscht, eine Herbergskommission zu wählen, und etwaige Be-

schwerden an diese zu richten. Dilem Wunsch wurde entsprochen und die Kollegen Werner, Knitsch und Hermann hierzu bestimmt. Weiter erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, sich mehr in unserem Verkehrslokal sehen zu lassen. Unter Gewerkschaftlichen wurde auf die Unfallversicherung der Schmiede in den Kleinbetrieben und auf die Wahl von Vertretern hingewiesen. Der Gesellenauschuß wurde beauftragt, in dieser Angelegenheit bei der Innung vorstellig zu werden. Weiter wurde das Verhalten eines Kollegen wegen Umgehung des Arbeitsnachweises scharf kritisiert und die übrigen Kollegen ermahnt, besser zu verfahren. Der Vorsitzende wies noch auf die nächste öffentliche Versammlung hin, die am 5. Juli in der Flora tagen wird.

Die Maschinisten und Geiger.

Hielten am Sonntag den 15. Juni eine Versammlung in Stadt Hannover ab, in der zunächst acht Beisitzer gewählt wurden, die alle 14 Tage in ihren Bezirken die Wochenbeiträge zu kassieren und mindestens alle Monate mit dem stellvertretenden Vertrauensmann abzurechnen haben. Des weiteren kritisierte die Versammlung die unsolidarische Handlungsweise zweier Kollegen, die als eine der modernen Arbeiterbewegung unwürdige Bezeichnung wurde, weshalb im Wiederholungsfalle der Ausschuß beim Zentralvorstand beantragt werden soll. Die neuen Verbandsstatuten wurden verteilt, wobei besonders auf die Vorschriften der Arbeitslosenunterstützung aufmerksam gemacht wurde. Jeder Kollege, der die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nimmt, hat sich mindestens jeden zweiten Tag beim Stellenvermittler, Kollegen Pfefferkorn (Volkszeitung), zu melden.

Arbeiterverein Stötterli.

In der am 14. Juni abgehaltenen Versammlung referierte Genosse Emil Hiltner über die vier letzten Gemeinderatsitzungen. Die Pflichtenarbeiten in der Kirchstraße sind dem Steinsehmeyer Hiltner übertragen worden. Die Arbeiten über Schulangelegenheiten werden wieder früher auf dem Rathaus angefertigt. Sämtliche Gemeindevorstände, die ein Einkommen unter 2000 Mk. haben, sind in der Leipziger Ortsklasse versichert worden; die Beiträge werden von der Gemeinde bezahlt. Die Wahl von sechs Gemeindevorständen und sechs Stellvertretern ist vorgenommen worden. Eine Beschwerde des Schmiedemeisters Wiedemann über mangelnden Schutz an den neubauten Häusern hat vorgelegen. Der Wirt im Rathaus sucht um Entziehung von seinem Nachvertrag nach. Die Gemeindevorstandsliste ist ausgeschrieben worden. Mehrere Male hat sich der Gemeinderat mit der Anstellung des Impfarztes beschäftigt. Der bisherige Impfarzt Dr. Tostlowe ist mit den Beschüssen des Gemeinderats nicht einverstanden, daß ein Jahr Dr. Tostlowe, das andere Jahr Dr. Schmidt als Impfarzt fungieren soll. Diese Angelegenheit schwebt noch bei der Amtshauptmannschaft. Ein Besuch des Gemeinderats, den Lehrer Lehmann im Gemeinderat zu belassen, ist vom Rat der Stadt Leipzig sowie von der Schulinspektion abgelehnt worden. Verschiedene Neuwahlen zu den Ausschüssen sind vollzogen worden. Von der Festlegung des sächsischen Gemeindetages ist abgesehen, jedoch ein Beitrag in der Höhe von 10 Mk. bewilligt worden. Herr Lehrer Lehmann, der vom Gemeinderat als Gemeindevorstand gewählt worden ist, hat in einem Schreiben dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, daß er die Wahl ablehne. An den Bericht schloß sich eine längere Debatte, in der betont wurde, daß die zur Stadt Leipzig gehörigen Wege, so am großen Mittergute, nicht in dem Zustande sich befinden, als wie es erforderlich sei. Ferner wurde noch zur Kenntnis gebracht, daß vor mehreren Jahren auf Anzeige des Gendarmen die Gemeinde verpflichtet wurde, den Schlammgraben am Anger-Großendörfer Wege zu beschließen und überbauen zu lassen. Der zur Stadt gehörige Teil ist bis heute noch in demselben Zustande wie zur damaligen Zeit, trotzdem sich der Gemeinderat damals mit dem Rat der Stadt Leipzig ins Einvernehmen gesetzt hat. Eine Veränderung ist aber um so mehr notwendig, als sich unterhalb der Heilmühle für Jungen Kranke Arbeiter befindet. Am 28. Juni wird ein Vortrag gehalten werden.

Die Bergolder.

Hielten am 14. Juni ihre Monatsversammlung im Coburger Hof ab. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Späthge-Vorlin beschäftigte sich die Versammlung in der Hauptsache mit der Fragestellung zweier Kollegen der Firma W. Groß, Kunststalt, Altiengesehäft. Gemeindegeld wurden ohne Grund und Ursache der Fälligkeit und der Werkstückenbetriebsmann. Mit großer Entschiedenheit nahm die Versammlung Kenntnis von den Verhältnissen der dortigen Werkstätte. Hauptächlich hatte der eine der Herren bei der Entlassung des Fälligkeitbetriebs die unanständigen Worte gebraucht. Der Verbandsvorsitzende, der wiederholt mit in die Debatte eingriff, wunderte sich, daß die dort Beschäftigten sich solch gemeine Handlungsweise gefallen lassen; ihre Pflicht wäre es gewesen, sämtlich die Arbeit niederzulegen, solange, bis der Chef eine menschenwürdige Behandlung garantiert hätte. Die Gefangenen im Buchstabe würden besser behandelt, als die Kollegen bei Groß. Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Klage gegen den Werkführer Westermann, weil dieser beim Schiedsrichter nicht erschienen war, beim Amtsgericht eingereicht worden sei. Ein Antrag, nach dem beide entlassene Kollegen als gemindert zu betrachten sind, wird von der gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen. Ebenso eine Resolution, wonach die Chef, weil diese keine Kommission mehr empfangen wollen, brieflich eingehend von den Umständen in ihrer Fabrik unterrichtet werden sollen, gleichzeitig auch der Aufsichtsrat der Altiengesehäft.

Eine Versammlung der Bauarbeiter von Wöckern und Umg. wurde am 8. Juni im Wöckerschen abgehalten. Die Tagesordnung lautete: Die Kämpfe der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da der Referent, Genosse Grenz, nicht erschienen war, so mußte dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden. Die Versammlung sprach dabei ihre Mißbilligung aus. Unter Verschiedenem wurde die Verschmelzungsbilge mit Leipzig I nochmals eingehend besprochen. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der besagt, die Einzelmitgliedschaft in Wöckern bestehen zu lassen und nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Leipzig I gemeinsam zu regeln. Die hierzu gewählte Kommission hat dementsprechend zu handeln. Unter anderem wurden von mehreren Kollegen die unschicklichen Ausdrücke eines Wöckers am Wöckerschen Neubau in Wöckern scharf geteilt, die sich organisierte Kollegen nicht bieten lassen können. Mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gemeinnütziger Verein Eutritsch.

In der Mitgliederversammlung am 7. d. M. hielt Genosse Jaech einen Vortrag über die Wandlungen in der sozialistischen Theorie und Praxis. Den Ausführungen des Referenten, die aus früheren Vorträgen bekannt sind, schlossen sich noch mehrere Redner an und erklärten, daß es unsere Hauptpflicht sei, unsere Klassen-genossen fortgesetzt aufzuklären und zu organisieren. Unter Verschiedenem ergriff der Vorsitzende zur regen Beteiligung am Sommerfest, das am 22. d. M. in Wöckern im Wöckerschen abgehalten wird. Für die Versammlung am 21. Juni wird eine wirtschaftliche Rundschau und Erleuchtung des Fragestoffs auf die Tagesordnung gesetzt. Letzterer soll von jetzt ab in jeder Versammlung abgehandelt werden. Vom Vorsitzenden wird für die nächste Zeit ein Vortrag über Religionsfragen gewünscht. Hierauf erfolgt 1/12 Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur Krankheit des Königs wird aus Sibyllenort gemeldet: Mittwoch abend haben die Ärzte die feste Ueberzeugung gewonnen, daß das Ableben des Königs nur eine Frage weniger Tage ist. Die Schwäche des Patienten ist groß; er vermag nicht mehr durch das Zimmer zu gehen, will auch nicht mehr im Liegestuhl oder auf dem Sofa ruhen, sondern wünscht im Bett zu bleiben. Trotzdem ist der Patient guten Mutes und ahnt nicht den Ernst der Lage, sondern hofft vielmehr, daß seine gute Natur, wie bisher, so auch jetzt, über die Krankheit siegen werde. Nur die äußerst sorgfältige, ärztliche Ueberwachung erhält ihn noch. Das Herz wird bei der geringsten Bewegung, die das Aufrichten im Bett mit sich bringt, so unruhig, daß der König schleunigst wieder eine bequeme Lage einnehmen muß; nur durch unverändert ruhiges Verhalten ist eine Verhütung des Herzstills herbeizuführen. Die Schloßherrschaft hat einen bedrohlichen Charakter angenommen, die Kräfte verfallen immer mehr. Das Befinden des Kranken war so ungünstig, daß der Erbprinz von Sachsen-Meiningen mit der Erbprinzessin nicht an das Lager treten durften, auch die Königin konnte sie nicht empfangen. Spät abends sind beim König die bedrohlichen Herzerscheinungen wieder aufgetreten; die königliche Familie ist versammelt. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der König im Sterben liegt.

Die letzte Nachricht lautet: Sibyllenort, 19. Juni, 7 Uhr morgens. Auf den gestrigen unter den Erscheinungen großer Schwäche verlaufenen Tag folgte eine verhältnismäßig ruhige Nacht. Der König hat mit leblichem gutem Appetit gefrühstückt. Eine bereits seit längerer Zeit bestehende Anschwellung der unteren Extremitäten hat in den letzten Tagen etwas zugenommen. Dr. Fiedler. Dr. Seile. Dr. Hoffmann.

Unsere sächsischen Handelskammern haben leider schon manchen Beweis dafür geliefert, daß sie der modernen Arbeiterbewegung, auch wo sie sich nur in der Organisation des Konsums betätigt, nichts weniger wie freundlich gegenüberstehen. Aus Dresden kommt eine Nachricht, die das aufs neue bestätigt. Einige Mitglieder des Wirtschaftssparvereins des Staatsbahnpersonals hatten an die Generaldirektion einen von mehreren hundert Mitgliedern unterstützten Antrag gestellt, den Sparverein in einen Konsumverein umzuwandeln. In einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung des Vereins soll über den Antrag endgültig abgestimmt werden. Die Dresdener Handelskammer hat nun in ihrer letzten Sitzung zu der Angelegenheit Stellung genommen und gegen eine Stimme beschlossen, der Erwartung Ausdruck zu geben, „daß die hohe königl. sächsische Staatsregierung im Falle der beabsichtigten Gründung eines Konsumvereins für sämtliche Staatsbeamte Dresdens und der Vororte derselben jede direkte und indirekte Förderung verjagen werde.“

Wie gewählt die Herren sich ausdrücken. Daß die Regierung die beabsichtigte Neugründung verbieten soll, wird zwar nicht gesagt, aber fördern darf sie dieselbe nicht. Selbstverständlich versteht die Handelskammer unter einer Genehmigung auch eine Förderung. Also Regierung, lehne ab. Sollte die Regierung tatsächlich dem Wunsche der Dresdener Handelskammer Rechnung tragen, so darf man gespannt sein, wie sie das begründen wird, nachdem sie erst kürzlich den Wert der Konsumvereine für die Arbeiter anerkannt und eine Sonderbesteuerung abgelehnt hat. Bei der sächsischen Regierung ist es aber nicht ausgeschlossen, daß sie jetzt entgegengekehrt der vor einigen Wochen ausgesprochenen Ansicht handelt.

Dresden, 18. Juni. Ueber den verstorbenen Genossen Gruner berichtet die sächsische Arbeiterzeitung: Genosse Gruner war einer der Genossen, die der älteren Garde angehören, und deren intensive Tätigkeit für die Sache der Arbeiter mehr im internen Rahmen liegt. Gruner war seit Jahrzehnten in der Bewegung tätig. Unter dem Sozialistengesetz hat er der Partei viele Dienste geleistet, für die er sich wegen seines unauffälligen Wesens und Wirkens besonders eignete. Was Gruner hatte, war unter allen Umständen gut aufgehoben, besonders als Kassenvorstand war er eine sehr geeignete Person. — Seit 17 Jahren bekleidete er den Posten eines Hauptkassiers der Central-Frankenkasse der Arbeiter Deutschlands; für den Verband der Löhner war er als Generalreferent tätig. In der weiteren Öffentlichkeit ist der Verstorbene dadurch bekannt geworden, daß er sechs Jahre sozialdemokratischer Abgeordneter im sächsischen Landtage war. Er ist einer derjenigen unserer Leute, die durch das Dreiklassenwahlrecht aus dem Landtage hinausgedrängt wurden. Ueberall, wo es zu thun gab, war er zu haben, ohne daß er sich aus Eitelkeit etwa besonders bemerkbar gemacht hätte. Verschwiebenheit war ein Grundzug im ganzen Wesen des Verstorbenen. Unserem Zeitungsunternehmen hat er vom ersten Augenblicke an das größte Interesse entgegengebracht, und mancher gute Ratsschlag ist ihm zu danken. Vor genau neun Wochen stellte sich das Gehirnleiden ziemlich unvermittelt ein, dem G. nun erlegen ist. Allen Genossen, die ihn kannten, kam die Krankheit ganz überraschend, da G. immer eine sehr gesunde und rüstige Person war. Das Leiden verschlimmerte sich bald dermaßen, daß die Ärzte die Hoffnung auf Wiedererholung schließlich aufgeben mußten. Die Dresdener Genossen werden die Verdienste des Verstorbenen um die Sache der Arbeiter nicht vergessen.

Sächsischer Gemeindetag. Nach einer Bekanntmachung des Vorstandes des Sächsischen Gemeindetages hat sich dieser mit Rücksicht auf die Erkrankung des Königs veranlaßt gesehen, die am den 27. und 28. Juni dieses Jahres in Pirna anberaumte Gemeindetags-Versammlung auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen.

ee. Plauen i. N., 18. Juni. Auch die hiesige Ortskrankenkasse hatte im vergangenen Jahre unter der wirtschaftlichen Krise sehr zu leiden. Sie mußte dem Reservefonds etwa 4000 Mk. entnehmen, obgleich diesem an der gesetzlichen Höhe noch 100 000 Mk. fehlten. Der hiesige Stadtrat als Aufsichtsbehörde der Kasse stellte diese vor die Wahl, entweder die Beiträge zu erhöhen oder die Leistungen herabzusetzen. Der Kassenvorstand entschied sich für letzteres und schlug der gestrigen Generalversammlung vor, die seitherigen 1 1/2 Proz. des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes betragenden Beiträge auf 2 Proz. zu erhöhen. Aus der Mitte der Versammlung kam aber der Antrag, die Beiträge auf 3 Proz. zu erhöhen. Obgleich die Kassenvorwaltung die Vorteile eines solchen Antrages anerkannte, bekämpfte sie ihn doch, weil dann eine Anzahl Unternehmer ausstreuen und eigene Betriebskrankenkassen gründen könnten. Man einigte sich schließlich auf 2 1/2 Proz. Die Erhöhung wird eine jährliche Mehreinnahme von 96 000 Mark bringen.

Meiningen, 18. Juni. Der Buchhändler Berthel wurde wegen Beleidigung des Staatsministers v. Strenge und der übrigen beteiligten Mägen durch zwei Wochsirenen zu 1200 Mk. Geldstrafe verurteilt.